

2025-08-29 Fassung 3 AK

cvtx

29. August 2025

Inhaltsverzeichnis

S Satzung	1
S- SPD-Frauen	
S- Beteiligung von Frauen in Satzung und Wahlordnung verankern	
.....	1
A Arbeitspolitik	4
A- ASG Bezirk Hannover	
A- Ausbildungskosten	
.....	4
A- SPD-Ortsverein Nordstemmen	
A- Mangelberufe von Zeitarbeit ausnehmen	
.....	5
A- Jusos Bezirk Hannover	
A- Ausbildung stärken – Zukunft sichern!	
.....	6
A- Selbst Aktiv Bezirk Hannover	
A- Erhalt von inklusiven Arbeitsplätzen durch eine Neuregelung der Besteuerung von Sozialkaufhäusern	
.....	7
A- SPD-Ortsverein Kleefeld-Heideviertel	
A- 8-Stunden-Tag muss bleiben!	
.....	8
A- AG 60plus Unterbezirk Diepholz	
A- Recht auf Teilhabe durch das Recht auf Vorhaltung analoger Dienstleistungen	
.....	10
D Demokratie	11
D- Jusos Bezirk Hannover	
D- Demokratie verteidigen statt Symbolpolitik - AfD-Verbotsantrag jetzt voranbringen!	
.....	11
F Finanzpolitik	15
F- SPD-Unterbezirk Lüneburg	
F- Solidarität statt Ungleichheit – Wiedereinführung der Vermögenssteuer, jetzt!	
.....	15

Ge Gesellschaft	17
Ge- SPD-Unterbezirk Uelzen/Lüchow-Dannenberg Ge- Mehr Wertschätzung für Freiwillige: Bessere finanzielle Rahmenbedingungen im Freiwilligendienst	17
Ge- Jusos Bezirk Hannover Ge- Never again is now – Kein Platz dem Antisemitismus	18
Ge- SPD-Region Hannover Ge- Ermutigungskampagne Diversität im Öffentlichen Dienst	19
Ge- Selbst Aktiv Bezirk Hannover Ge- Schnellere Beendigung der Umsetzungspause beim EU Schwerbehindertenausweis.	20
Ge- Selbst Aktiv Bezirk Hannover Ge- Behindertenmitwirkungsgesetz anlog zum Seniorenmitwirkungsgesetz!	21
Ge- AK Tierschutz Bezirk Hannover Ge- Verbot von Qualzuchten bei landwirtschaftlich genutzten Tieren	21
Ge- AK Tierschutz Bezirk Hannover Ge- Überarbeitung des niedersächsischen Erlasses zur Genehmigung von Tiertransporten in Drittländer	22
GS Gesundheit und Soziales	27
GS- SPD-Unterbezirk Landkreis Harburg GS- Verpflichtender Kita-Sozialindex für Niedersachsen	27
GS- SPD-Unterbezirk Landkreis Harburg GS- Förderung von Psychotherapie im ländlichen Raum	27
GS- SPD-Ortsverein Uelzen GS- Antrag zur besseren Unterstützung bei psychischen Erkrankungen durch kürzere Wartezeiten und durch Aufklärungskampagnen über psychische Erkrankungen	28
GS- ASG Bezirk Hannover GS- Unikliniken	29
GS- SPD-Unterbezirk Holzminden GS- Betriebskindergärten	30

GS-	SPD-Unterbezirk Hildesheim	
GS- Keine Pauschalisierung bei Versorgung von Mutter und Kind		
.....		30
GS-	Jusos Bezirk Hannover	
GS- Die Welt gehört in Kinderhände! Bundesweite. Standards für Qualität und Zuverlässigkeit in Kindertagesstätten.		
.....		33
GS-	Jusos Bezirk Hannover	
GS- Unsichtbare Frauen in der Wissenschaft – Maßnahmen gegen den Matilda-Effekt		
.....		43
GS-	AfA Bezirk Hannover	
GS- Nichtärztliche Gesundheitsberufe aufwerten		
.....		46
GS-	AfA Bezirk Hannover	
GS- Apotheken stärken – Arbeitsbedingungen verbessern, Versorgung sichern		
.....		48
GS-	SPD-Frauen	
GS- Versorgung und Unterstützung von Frauen in Zeiten von Schwangerschaft und Geburt		
.....		52
GS-	AfA Bezirk Hannover	
GS- Änderungsantrag auf vollständige Kostenübernahme von visuellem Hilfsmittel z.B. medizinisch, therapeutische Brillengläser durch die gesetzlichen und privaten Krankenkassen		
.....		54
GS-	AfA Bezirk Hannover	
GS- Geschlechtersensible Medizin und Endometrioseversorgung stärken		
.....		55
GS-	Selbst Aktiv Bezirk Hannover	
GS- Verbesserung der Barrierefreiheit in Niedersachsen		
.....		58
GS-	Selbst Aktiv Bezirk Hannover	
GS- Für eine differenzierte gendergerechte, neurodivergent bezogene Psychopharmakologische und Co-Medizinische Versorgung insbesondere von ADHS/Autismus betroffene Mädchen und Frauen einsetzen		
.....		59
GS-	Selbst Aktiv Bezirk Hannover	
GS- Einführung eines Landespflegegeldes Emanzipation und Entbürokratisierung für in einem handlungsfähigen Sozialstaat.		
.....		61

I Internationales	63
I- Jusos Bezirk Hannover I- Das Versöhnungsabkommen zwischen Deutschland und Namibia muss neu verhandelt werden! - Wir müssen unsere historische und juristische Schuld anerkennen! 63	63
I- SPD-Unterbezirk Holzminden I- Sicherheit und Souveränität stärken: Schaffung einer europäischen Armee 67	67
I- Jusos Bezirk Hannover I- Für Demokratie und Freiheit – Solidarität mit der türkischen Opposition 68	68
I- Jusos Bezirk Hannover I- Slava Ukraini – Solidarität kennt kein Ablaufdatum! 70	70
K Kommunalpolitik	75
K- SPD-Ortsverein Uelzen K- Kommunalverwaltung, die wirkt – bürgernah. digital. gemeinsam. 75	75
O Organisationsfragen	77
O- SPD-Unterbezirk Landkreis Harburg O- Ausrichtung der politischen Arbeit auf soziale und linke Themen 77	77
O- SPD-Ortsverein Vahrenwald-List O- Entwicklung einer Wahlkampf-App zur effizienten Plakatierung und Wahlkampfführung an der Basis 81	81
O- SPD-Unterbezirk Holzminden O- Doppelspitze OV-Vorsitz: Zulassung von Kombinationen 83	83
O- SPD-Unterbezirk Holzminden O- Digitale Beteiligungsplattform für den SPD-Bezirk Hannover 83	83
O- Jusos Bezirk Hannover O- Glaubwürdig erneuern – für die SPD als linke Volkspartei! 84	84
O- SPD-Unterbezirk Region Hannover O- Frauenförderung und breitere Teilhabemöglichkeiten für Engagierte und Funktionsträger:innen 85	85

O-	SPD-Unterbezirk Hameln-Pyrmont	
O- Voneinander profitieren, gemeinsam wachsen - für eine starke SPD vor Ort		
.....		88

R Rechts- und Innenpolitik **90**

R-	Jusos Bezirk Hannover	
R- Gerechtigkeit für Lorenz – Konsequente Aufklärung und entschlossener Kampf gegen rassistische Polizeigewalt		
.....		90
R-	Jusos Bezirk Hannover	
R- Menschenwürde statt Maschinengewalt - Letale autonome Waffensysteme international verbieten		
.....		92
R-	Jusos Bezirk Hannover	
R- Parteitagsbeschlüsse einhalten: Kein Wehrpflicht-Mechanismus!		
.....		97
R-	Jusos Bezirk Hannover	
R- JA heißt JA, auch in Deutschland!		
.....		98
R-	AK Europa	
R- Grenzkontrollen stoppen, Europarecht einhalten		
.....		99
R-	SPD-Unterbezirk Region Hannover	
R- Änderung des Sparerpauschbetrages		
.....		100
R-	SPD-Unterbezirk Region Hannover	
R- Freiwilliges Soziales Jahr in Politik in den Parteien ermöglichen		
.....		100
R-	AfA SPD-Bezirk Hannover	
R- Überschrift: Vorrangiger Einsatz des Beschleunigten Verfahrens (§§ 417– 420 StPO) bei Angriffen auf Angehörige der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)		
.....		101
R-	SPD-Ortsverein Kleefeld-Heideviertel	
R- Für eine starke Mitbestimmung beim Einsatz Künstlicher Intelligenz		
.....		103
R-	SPD-Unterbezirk Göttingen	
R- Femizide verhindern – Gewaltschutz für Frauen verbessern – Prävention stärken		
.....		104
R-	SPD-Frauen	
R- Femizide verhindern - Gewaltschutz für Frauen verbessern – Prävention stärken		
.....		107

U Umweltpolitik	110
U- Jusos Bezirk Hannover	
U- Licht aus, Nachtruhe! - Lichtverschmutzung entgegenwirken und natürliche Habitats schützen	
.....	110
U- SPD-Unterbezirk Schaumburg	
U- „Halten wir die Trinkwassertemperatur niedrig“	
.....	113
U- SPD-Unterbezirk Holzminden	
U- Anlagen Erneuerener Energien in kommunaler Hand	
.....	115
U- SPD-Unterbezirk Holzminden	
U- Faire Klimapolitik durch verpflichtende Kopplung der CO2Steuererhöhung an das Klimageld	
.....	116
U- SPD-Unterbezirk Region Hannover	
U- Energiewende für alle I: Klimaneutraler Strom im Mehrfamilienhaus! – Einführung der Gemeinschaftlichen Gebäudeversorgung	
.....	117
U- SPD-Unterbezirk Region Hannover	
U- Energiewende für alle II: Klimaneutrales heizen im Mehrfamilienhaus! – PV-Strom für Wärmepumpen unbürokratisch abrechnen	
.....	118
V Verkehrspolitik	121
V- AG 60plus Unterbezirk Diepholz	
V- Teilhabe auf Mobilität durch bessere analoge Verkaufsbedingungen des Deutschlandticket	
.....	121
V- SPD-Unterbezirk Lüneburg	
V- Die Verkehrswende auch auf der Schiene zwischen Hannover und Hamburg realisieren	
.....	121
V- Jusos Bezirk Hannover	
V- Die Verkehrswende auch auf der Schiene zwischen Hannover und Hamburg realisieren	
.....	125
W Wirtschaftspolitik	129
W- SPD-Unterbezirk Göttingen	
W- Forderung nach einem landesweiten Förderprogramm für studentischen Wohnraum	
.....	129
W- SPD-Ortsverein Nordstemmen	
W- Leerstand von Wohnimmobilien zeitlich begrenzen	
.....	133

W-	SPD-Unterbezirk Diepholz	
W- Gesetzliche Pflicht zur Breitbandanbindung von Neubaugebieten		
.....		134
W-	SPD-Unterbezirk Holzminden	
W- Verbrauchertransparenz bei Produktveränderungen		
.....		135

S Satzung

Antrag S- SPD-Frauen

Beteiligung von Frauen in Satzung und Wahlordnung verankern

- 1 Im Hinblick auf die aktive politische Beteiligung und
2 Positionierung von Frauen, sind die Satzung des Be-
3 zirks Hannover, die Richtlinie zur Tätigkeit der SPD-
4 Fraktionen des Bezirks sowie die Wahlordnung der
5 Bundes-SPD nicht in allen Bereichen eindeutig ge-
6 regelt, bzw. aus unserer Sicht noch dringend ergän-
7 zungswürdig. Aufgrund dessen stellen wir den An-
8 trag, folgende Punkte zu ändern und hoffen auf Zu-
9 stimmung: **Forderungen:**
- 10 1. §23 (2), 4, Satz 2 Bezirksstatut: Ersetze “kann”
11 durch “muss” Neu: „Wenn in der abgelaufe-
12 nen Wahlperiode ein Geschlecht in der SPD-
13 Fraktion dauerhaft zu weniger als 40 Prozent
14 vertreten war, *muss* bei der Besetzung der
15 Plätze 1 und 2 das unterrepräsentierte Ge-
16 schlecht auch beide Plätze einnehmen, sofern
17 die in Ziffer 2 vorgesehene Bedingung für den
18 Gesamtvorschlag eingehalten wird.”
- 19 2. § 23 (2) Bezirksstatut: Ergänze am Ende: Neu:
20 „5. In Gebieten mit nur einem Wahlbereich
21 ist die Liste alternierend in aufeinanderfol-
22 genden Wahlen von dem jeweils anderen Ge-
23 schlecht auf Platz 1 anzuführen.“
- 24 3. Punkt 8 Richtlinien zur Arbeit in den Frak-
25 tionen: Streiche “weibliche” und ersetze “an-
26 gemessen” durch “paritätisch”. Neu: „8. Bei
27 der Besetzung von herausgehobenen Funk-
28 tionen, wie Verwaltungsausschuss und Kreis-
29 ausschuss, Fraktionsvorstand und Ausschuss-
30 vorsitz, Aufsichtsräten und Verwaltungsräten
31 sind Fraktionmitglieder *paritätisch* zu beset-
32 zen.”
- 33 4. Punkt 8 Richtlinien zur Arbeit in den Frak-
34 tionen: Ergänze am Ende: Neu: „11. Zu beach-
35 ten ist außerdem die Fraktionszusammenset-
36 zung in der vergangenen Legislaturperiode.
37 Der Posten als Vorsitzende/r der Fraktion soll
38 möglichst alternierend besetzt werden.”
- 39 5. §3 (5) Wahlordnung der SPD: Ergänze nach
40 „Geschlecht“ als separaten Punkt: „Zudem ist
41 die Doppelspitze als favorisiertes Modell des
42 Vorsitzes zu betrachten und soll auf allen
43 Ebenen eingesetzt werden. Eine Doppelspitze
44 muss paritätisch besetzt werden, wobei Män-

ner und Frauen zu je 50 Prozent zu berücksichtigen sind.“

6. §3 (5) Wahlordnung der SPD: Streiche den Satz „Die Personalvorschläge der Vorstände müssen Frauen und Männer mindestens zu je 40 Prozent berücksichtigen, sie sollen Frauen und Männer zu je 50 Prozent berücksichtigen.“ Und ersetze ihn durch: „Die Personalvorschläge der Vorstände müssen Frauen und Männer zu je 50 Prozent berücksichtigen.“

Begründung

Wir kämpfen zwar erst seit über 100 Jahren für die wirkliche Gleichberechtigung - aber selbst im Jahre anno 2025 ist noch deutlich Luft nach oben. Derzeit sind nicht überall alternierende Lösungen festgelegt. Auch wenn wir es wirklich wertschätzen, dass bereits viel erreicht wurde und ein großer Teil unserer männlichen Mitbürger zu uns stehen sowie mit und für uns kämpfen - muss auch bis in die kleinsten Kommunen vermittelt werden, dass sozialdemokratische Politik FÜR ALLE nur **VON ALLEN** funktioniert und die Menschen in unserem Land mit ihren Bedürfnissen widerspiegelt.

- Wenn in unserer Partei kein Frauenanteil von 50 % besteht, heißt das nicht, dass wir nur einen geringeren Anteil an GLEICHBERECHTIGUNG gewähren können. 35-40 % Gleichberechtigung ist keine v o l l e Gleichberechtigung. *Beispiel: Einer Fraktion stehen 4 Sitze in einem Verwaltungsausschuss zu. Innerhalb der Fraktion gibt es 12 Mandate. Hiervon z. B. 3 Frauen. Dann darf es nicht sein, dass alle 4 Sitze von Männern besetzt werden. Nur eine paritätische Besetzung mit 2 Frauen und 2 Männern würde die politischen Interessen von Männern und Frauen gleichermaßen vertreten.*
- Dort, wo Frauen fehlen, werden künftig mehr vertreten sein, wenn politisch interessierte Frauen sehen, dass in unserer Partei wirkliche Gleichstellung und Parität gewollt, gelebt und umgesetzt wird.
- Frauen stellen 50% der Menschheit dar, können allerdings noch immer nicht genug am politischen Leben teilhaben, geschweige denn mitwirken.
- Männer kleben oftmals an Positionen mit der Begründung, erfahrener zu sein; ABER auch sie haben einmal un-erfahren angefangen. Ohne Chance, keine neuen Wege.
- Statuten und Richtlinien in der Partei dürfen

96 kein Bremsschuh sein, sondern Frauen befähigen,
97 Politik aktiv und entscheidend mitzugestalten
98
99 • Das muss unser Ziel sein: Eine gleichmäßige
100 Repräsentation der Geschlechter und aktive
101 Frauenförderung. Gemeinsam schaffen wir
102 gerechte Politik für alle.

103 Nach Artikel 3. (1) unseres Grundgesetzes, sind ALLE
104 Menschen vor dem Gesetz gleich. (2) Männer und
105 Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die
106 tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung
107 von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung
108 bestehender Nachteile hin. (3) Niemand darf
109 wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung,
110 seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft,
111 seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen
112 Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.
113

114 UND DOCH sowie NOCH IMMER werden Frauen in
115 unserer Gesellschaft benachteiligt - obwohl Frauen
116 50 % unserer Gesellschaft darstellen - und das sind
117 derzeit rd. 4,1 Milliarden weibliche Seelen.

118 Wir von der Arbeitsgemeinschaft der SPD-Frauen
119 verstehen nicht, worin die Berechtigung der männlichen
120 Gesellschaft liegt, Frauen in vielerlei sowie in
121 politischer Hinsicht zu benachteiligen. Fakt ist, dass
122 vorgegeben wird, Parität in politischen Gremien zu
123 wollen, u m g e s e t z t wird dies aber - trotz Statuten -
124 nicht genug, bzw. nicht gerecht, weil nur anteilmäßig
125 verfahren wird, statt eine generelle zu 50-Prozent-Beteiligung.
126

127 Um Frauen in der kommunalen Politik ausreichend
128 und vor allem **m i t w i r k e n d** vertreten zu haben,
129 stellen wir den Antrag, unser Organisationsstatut
130 (Stand 11.12.2021) wie folgt, zu optimieren.
131 Nur so haben Frauen die Möglichkeit, statutengemäß
132 in führende Positionen zu gelangen, in denen
133 Männer oft langjährig ihre Positionen verteidigen -
134 wie z. B. in den Positionen: Kreisausschuss, Stellv.
135 Bürgermeister, Fraktionsvorsitz, Haupt- bzw. Verwaltungsausschuss,
136 Ausschussvorsitz.... uvm. In den Kandidat:innen-Listen
137 zu jeweiligen Wahlen sollen Frauen auch als Spitzenkandidatin
138 vertreten sein - Platz 1 (nicht mindestens Platz 2, wie bisher -
139 Frauen sind keine Menschen 2. Klasse). Eine Nicht-Gleichstellung
140 ist n i c h t sozialdemokratisch.
141 Wir brauchen mehr Frauen in unserer Politik und bitten
142 unseren Antrag zuzustimmen.
143

A Arbeitspolitik

Antrag A-

ASG Bezirk Hannover

Ausbildungskosten

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich
2 dafür einzusetzen, dass die Kosten der Ausbildung
3 von Pflegefachpersonen aus allgemeinen Haus-
4 haltsmitteln des Bundes oder der Länder finanziert
5 werden statt wie aktuell mittelbar über die Pflege-
6 bedürftigen bzw. die Pflegekassen.

9 Begründung

10 Bewohnerinnen und Bewohner stationärer Pflege-
11 einrichtungen bzw. deren Angehörige müssen regel-
12 mäßig einen hohen Eigenanteil leisten, der in den
13 letzten Jahren aus unterschiedlichen Gründen stark
14 gestiegen ist. Er liegt - abhängig von der Einrichtung
15 und der Wohndauer im Heim - in Niedersachsen ak-
16 tuell bei rund 2.700 Euro pro Monat. Daraus ergibt
17 sich eine teilweise existentielle Belastung für Pfl-
18 egebedürftige. Die Eigenanteile setzen sich zusam-
19 men aus

- 21 • pflegebedingten Kosten,
- 22 • Kosten der Unterkunft und Verpflegung so-
23 wie
- 24 • Investitionskosten.

26 Die Finanzierung der Ausbildung der Pflegekräf-
27 te ist im Pflegeberufegesetz (PflBG) geregelt. Die
28 Ausbildungskosten werden danach nicht direkt von
29 den einzelnen Ausbildungseinrichtungen getragen.
30 Stattdessen erfolgt die Finanzierung über einen
31 Ausgleichsfonds, der auf Landesebene eingerichtet
32 ist. Alle Pflegeeinrichtungen zahlen - unabhängig
33 davon, ob sie selbst ausbilden oder nicht - eine Um-
34 lage an den Landesausgleichsfonds.

36 Die Pflegeeinrichtungen geben diese Umlagekosten
37 über höhere Pflegeentgelte an die Pflegekassen und
38 an die Bewohnerinnen und Bewohner weiter. Die
39 Ausbildungskosten werden damit faktisch über ei-
40 nen (höheren) Eigenanteil für pflegebedingte Kos-
41 ten durch die Pflegeheimbewohner mitfinanziert.
42 Die exakte Höhe des Ausbildungsanteils wird zwar
43 nicht separat ausgewiesen, lässt sich aber grob ab-
44 leiten. Sie liegt in Niedersachsen in einer Größenord-

45 nung von rund 150 Euro pro Platz und Monat und ist
46 damit mitverantwortlich für die hohe Gesamtbelas-
47 tung der Pflegebedürftigen.

48

49 Die Pflegeausbildung ist eine systemrelevante ge-
50 sellschaftliche Aufgabe. Zwar wurde mit dem Um-
51 lageverfahren nach dem PflBG eine formal solidari-
52 sche Finanzierung eingeführt, doch die tatsächliche
53 Kostenverteilung führt dazu, dass ein erheblicher
54 Teil der Ausbildungskosten mittelbar von den Pfl-
55 gebedürftigen selbst und den Pflegekassen getra-
56 gen wird. Diese Konstruktion steht im Widerspruch
57 zur Idee, dass Bildung eine gesamtgesellschaftliche
58 Aufgabe ist und vom Staat getragen werden sollte.
59 Gerade im Vergleich zu anderen Ausbildungsberu-
60 fen sticht die Pflege leider negativ hervor.

Antrag A-

SPD-Ortsverein Nordstemmen

Mangelberufe von Zeitarbeit ausnehmen

1 Kindertagesstätten und Pflegeeinrichtungen su-
2 chen händierend nach Personal, der Betrieb wird
3 oft eingeschränkt, weil nicht ausreichend Personal
4 verfügbar ist. Trotzdem gibt es ErzieherInnen und
5 Pflegepersonen, die sich bei Zeitarbeitsfirmen an-
6 stellen lassen und dann bei Bedarf vermittelt wer-
7 den. Das ist erstens eine teure Lösung für die Trä-
8 ger und zweitens ist so keine Bindungsarbeit mög-
9 lich. Die Leute machen das, weil sie so keine Verant-
10 wortung in den Einrichtungen übernehmen müssen
11 und auch keine Absprachen mit KollegInnen treffen
12 müssen. Sie diktieren die Bedingungen: „ich arbeite
13 nur von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr“ und wissen, dass sie
14 wegen der Personalengpässe damit durchkommen.
15 Für die Einrichtungen ist das ein immer größer wer-
16 dendes Problem.

17 Für diese Mangelberufe, wo Direktanstellungen
18 möglich sind, sollte daher die Anstellung bei Zeitar-
19 beitsfirmen untersagt werden. Die Liste der Mangel-
20 berufe kann sich ändern und ist nicht auf die beiden
21 beschriebenen Berufsgruppe beschränkt.

22

**Antrag A-
Jusos Bezirk Hannover****Ausbildung stärken – Zukunft sichern!**

1 Am 1. August hat für viele junge Menschen in Nie-
2 dersachsen der Start in ihre berufliche Zukunft be-
3 gonnen. Die duale Ausbildung ist ein zentraler Pfei-
4 ler unseres Bildungssystems und doch braucht sie
5 dringend bessere politische Rahmenbedingungen.
6 Wir betrachten wir uns als enger Partner der Ge-
7 werkschaften und fordern die Landesregierung auf,
8 Ausbildung so zu fördern, wie sie es verdient: ge-
9 recht, zugänglich und zukunftsfähig.

10 • **Ausbildungsplatzgarantie durch umlagefi-**
11 **nanzierten Ausbildungsfonds**

12 Noch immer bleiben jährlich tausende junge Men-
13 schen ohne Ausbildungsplatz, obwohl viele Un-
14 ternehmen über Fachkräftemangel klagen. Dieses
15 Missverhältnis ist politisch lösbar. Wir fordern ei-
16 ne landesweite Ausbildungsplatzgarantie, finan-
17 ziert über einen solidarischen Ausbildungsfonds.
18 Betriebe, die nicht ausbilden, sollen verpflichtend
19 in diesen Fonds einzahlen. Ausbildende Betriebe
20 werden gezielt finanziell unterstützt und in die La-
21 ge versetzt, Ausbildungsbedingungen zu verbessern
22 und mehr Ausbildungsplätze vorzuhalten. Ein sol-
23 cher Fonds ist auch ein wirksames Mittel gegen den
24 Fachkräftemangel, denn er stärkt das duale Ausbil-
25 dungssystem nachhaltig. Gleichzeitig sorgt er dafür,
26 dass alle jungen Menschen Zugang zu Ausbildung
27 erhalten und so echte Teilhabe am gesellschaftli-
28 chen Leben möglich wird. Das Bundesland Bremen
29 hat den Ausbildungsfond bereits umgesetzt. Auch
30 Niedersachsen braucht jetzt die Umsetzung! Wer
31 vom dualen System profitiert, muss auch Verant-
32 wortung übernehmen.

33 • **Einführung eines landesweiten Azubi-Tickets**

34 Mobilität darf kein Ausschlusskriterium für Ausbil-
35 dung sein. Wir fordern die Einführung eines günsti-
36 gen, landesweit gültigen Azubi-Tickets, das sich am
37 Preisniveau des Semestertickets orientiert und Stu-
38 dierende nicht mehr besser stellt. Azubis, Studieren-
39 de und Schüler*innen sollten von einem Ticket pro-
40 fitieren, das 29€ im Monat nicht übersteigt. Nie-
41 dersachsen muss hier mit gutem Beispiel vorange-
42 hen, denn wer morgens früh zur Berufsschule oder
43 zum Ausbildungsbetrieb pendeln muss, darf nicht
44 am Fahrpreis scheitern. Ein attraktives Azubi-Ticket
45 ist echte soziale Teilhabe und ein Beitrag zur Ver-
46 kehrswende.

47 • **Berufsschulen endlich zukunftsfähig machen**

48 Berufsschulen sind der Lernort Nummer zwei in der
49 dualen Ausbildung und doch werden sie politisch
50 viel zu oft vernachlässigt. In vielen Regionen man-
51 gelt es an Ausstattung, Digitalisierung, und qualifi-
52 zierten Lehrkräften. Wir fordern ein landesweites In-
53 vestitionsprogramm für die Berufsschulen: moder-
54 ne Lernmittel, funktionierende digitale Infrastruk-
55 tur und verbindliche Standards für Unterrichtsqua-
56 lität. Im Gegensatz zu anderen Schulen sind Berufs-
57 schulen kaum demokratisiert. Auszubildende enga-
58 gieren sich mehrheitlich in der JAV, die in der Berufs-
59 schule kein Mitspracherecht hat. Wir dürfen nicht
60 erwarten, dass sich junge Menschen neben ihrer
61 Ausbildung noch in mehreren Gremien beteiligen
62 und brauchen ein Mitspracherecht für die JAV!

63 • **Azubi-Wohnen fördern**

64 Bezahlbarer Wohnraum ist in vielen Städten Nieder-
65 sachsens längst zur Mangelware geworden, gera-
66 de für Auszubildende, die keine Studierendenwohn-
67 heime oder BAföG-Leistungen in Anspruch nehmen
68 können. Wir fordern ein landesweites Förderpro-
69 gramm für Azubi-Wohnheime. Niemand darf eine
70 Ausbildung abbrechen oder gar nicht erst anfangen,
71 weil die Wohnung unbezahlbar ist.

72 • **Faire Mindestausbildungsvergütung**

73 Darüber hinaus muss aus Niedersachsen ein un-
74 missverständlicher Appell an die Bundesregierung
75 gehen: Die Mindestausbildungsvergütung muss
76 deutlich steigen und Ausnahmen entfernt werden,
77 damit Ausbildung kein Armutsrisiko ist. Vorschläge
78 dafür gibt es genug. So fordert der DGB beispiels-
79 weise eine Mindestausbildungsvergütung, die
80 mindestens 80 Prozent der durchschnittlichen,
81 branchenübergreifenden tariflichen Ausbildungs-
82 vergütung beträgt. Auch hier stehen wir an der
83 Seite der Gewerkschaften und setzen uns für eine
84 armutsfeste Ausbildungsvergütung ein.

Antrag A-

Selbst Aktiv Bezirk Hannover

Erhalt von inklusiven Arbeitsplätzen durch eine Neuregelung der Besteuerung von Sozialkaufhäusern

1 Im Sinne des Bürokratieabbaus, und im Sinne des
2 funktionsfähigen Staates fordern wir eine allge-
3 meingültige steuerliche Regelung zu finden, die den
4 Erhalt und Betrieb der sog. Sozialkaufhäuser in Nie-
5 dersachsen, auch unter dem Gesichtspunkt, dass

6 sie eine wichtige Brückenfunktion haben, für Men-
7 schen mit Behinderung, in eine inklusive Arbeits-
8 welt.

9

10 **Begründung**

11 Im vollen Bewusstsein der vorhandenen Kriterien
12 für Steuerbegünstigungen (nach § 53 AO) im be-
13 absichtigten Sinne ist die permanente Einzelfallprü-
14 fung (nach z.B. AO § 66) und der vorgeschriebenen
15 2/3 Regel zur Erbringungen seiner Leistung für
16 bedürftige Menschen, ein großes Hindernis für den
17 Betrieb eines sogenannten Sozialkaufhauses.

18 Die Einzelfallprüfung birgt das Element der Diskri-
19 minierung, sowohl auf Seiten der KundenInnen so-
20 wie der Beschäftigten dort.

21 Dies gefährdet die angeführte Brückenfunktion für
22 Menschen mit Behinderung auf beiden Seiten des
23 Kassenbandes.

24 Daher fordern wir eine pauschale steuerliche Rege-
25 lung für die Institution der sogenannten Sozialkauf-
26 häuser im Sinne von Kundschaft oder Beschäftigten
27 in den Kaufhäusern.

Antrag A-

SPD-Ortsverein Kleefeld-Heideviertel

8-Stunden-Tag muss bleiben!

1 Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-
2 Minister*innen werden aufgefordert, sich an
3 der Seite der Gewerkschaften für den Erhalt der
4 täglichen Höchstarbeitszeit von acht Stunden
5 (derzeit § 3 ArbZG) einzusetzen.

6

7 **Begründung**

8 Seitdem die aktuelle CDU-geführte Bundesregie-
9 rung im Amt ist, wird das Thema Arbeitszeit und 8-
10 Stunden-Tag hoch und runter in der Öffentlichkeit
11 diskutiert. So fordert Rainer Dulger, Präsident der
12 Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberver-
13 bände, fordert die Abschaffung des 8-Stunden-Tags,
14 weil es nicht mehr dem aktuellen jederzeit flexiblen
15 Zeitgeist entspreche und die Vereinbarkeit von Fa-
16 milie und Beruf erschwere. Auch die BILD schreibt
17 von mehr Möglichkeiten für die Beschäftigten. Das
18 Institut der Deutschen Wirtschaft schreibt, dass die
19 Griechen 135 Stunden mehr als die Deutschen arbei-
20 ten würden. Das ZDF berichtet, dass Deutsche we-
21 niger Arbeitsstunden je Einwohner leisten würden

22 als Bewohner anderer OECD-Länder. Es schwingt im-
23 mer mit, dass die Begrenzung der täglichen Arbeits-
24 zeit, Wirtschaft und Eltern behindere. Doch das ist
25 falsch!

26 Das aktuelle Arbeitszeitgesetz lässt zum einen viele
27 Ausnahmen bspw. im Gesundheitssektor oder in der
28 Landwirtschaft zu. Zum anderen bietet es jede Flexi-
29 bilität, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
30 zu steigern. § 3 ArbZG besagt, dass die werktägliche
31 Arbeitszeit auf bis zu 10 Stunden verlängert werden
32 kann, wenn innerhalb von sechs Monaten oder in-
33 nerhalb von 24 Wochen im Durchschnitt 8 Stunden
34 werktäglich nicht überschritten werden. Die nach
35 wie vor schlechte Vereinbarkeit von Familie und Be-
36 ruf liegt also nicht am Arbeitszeitgesetz.

37 Das aktuelle Arbeitszeitgesetz lässt also ausrei-
38 chend Flexibilität. So kann man theoretisch Mon-
39 tag bis Donnerstag 10 Stunden arbeiten und hat
40 am Freitag frei. Denn die 8-Stunden-Grenze darf in
41 Ausnahmefällen, wenn im sechsmonatigen Durch-
42 schnitt nicht mehr als 8 Stunden täglich gearbei-
43 tet werden, überschritten werden. Eine Flexibilisie-
44 rung ist unter der aktuellen Gesetzgebung bereits
45 möglich. Dazu lassen auch die tariflich erkämpften
46 Arbeitszeitkonten viel Flexibilität zu, die eine Aus-
47 handlung zur besseren Vereinbarkeit von Familie
48 und Beruf ermöglichen. Die Bestrebungen der aktu-
49 ellen Bundesregierung die tägliche Höchstarbeits-
50 zeit abzuschaffen, sind entsprechend völlig unnötig
51 und verschärfen am Ende die soziale Ungleichheit in
52 Deutschland.

53 Mit den tariflich geregelten Arbeitszeitkonten, die
54 sich auch innerhalb des Arbeitszeitgesetzes bewe-
55 gen, ist eine weitere Möglichkeit der Flexibilisierung
56 geschaffen worden. Jeder Tarifvertrag regelt die Ar-
57beitszeitkonten etwas anders, aber im Kern sam-
58 meln Beschäftigte Zeit auf einem Konto, um zu ei-
59 nem anderen Zeitpunkt weniger arbeiten zu kön-
60 nen. Kombiniert man jetzt die Möglichkeiten des Ar-
61beitszeitgesetzes und der Tarifverträge sind ausrei-
62 chend Möglichkeiten da, um das Thema Vereinbar-
63 keit besser zu regeln.

64 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf lässt sich
65 durch den Ausbau von verlässlicher Kinderbetreu-
66 ung, die gleiche Verteilung von Care-Arbeit und vor
67 allem durch mehr Flexibilität der Arbeitgeber, auf
68 die Bedürfnisse ihrer Beschäftigten einzugehen, ver-
69 bessern.

70 Schließlich wird seit Jahrzehnten zu Arbeitsleistung
71 und Gesundheitsschutz geforscht. Die einhellige
72 Meinung ist, dass nach 8 Stunden Arbeit, das Unfall-

73 risiko massiv steigt, die Effizienz und Effektivität der
74 Arbeit sinkt und schließlich die Gesundheit der Be-
75 schäftigten darunter leidet.
76 Fazit: Der 8-Stunden-Tag muss bleiben

Antrag A-**AG 60plus Unterbezirk Diepholz****Recht auf Teilhabe durch das Recht auf Vorhaltung analoger Dienstleistungen**

1 Alle Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, bei
2 staatlichen, kommunalen und notwendigen kom-
3 merziellen Dienstleistungen diese Leistungen auch
4 analog wahrnehmen zu können.

5

6

7

8 **Begründung**

9 Es leben in Deutschland über zehn Prozent der Be-
10 völkerung ohne Internetzugang. Wie viele Bürgerin-
11 nen und Bürger darüber hinaus trotz Zugangs keine
12 Erfahrung mit digitalen Angeboten über das Inter-
13 net haben, lässt sich allenfalls grob schätzen. Die ge-
14 wünschte, zunehmende Digitalisierung von Dienst-
15 leistungen vergrößert damit die Kluft zwischen de-
16 nen, die im Umgang damit erfahren sind, und de-
17 nen, die das nicht sind. Zugleich schließt sie einen
18 nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung von der
19 Wahrnehmung solcher Angebote aus. Zumindest
20 bei staatlichen und kommunalen Dienstleistungen,
21 aber auch bei kommerziellen Angeboten, die wie
22 Bankgeschäfte für alle oder wie Bahnfahrten im All-
23 tag nicht zu umgehen sind, muss ein analoger Zu-
24 gang angeboten werden.

D Demokratie

Antrag D-

Jusos Bezirk Hannover

Demokratie verteidigen statt Symbolpolitik - AfD-Verbotsantrag jetzt voranbringen!

1 Bei der Bundestagswahl 2025 hat die gesichert
2 rechtsextreme Partei „Alternative für Deutschland“
3 (AfD) rund 20 % der Stimmen erhalten. Damit ist
4 sie die zweitstärkste Partei im Deutschen Bundestag
5 geworden. Die Wahlergebnisse waren ein Schock für
6 alle, denen unsere Demokratie am Herzen liegt - ins-
7 besondere für jene, die nicht in das faschistische
8 Weltbild der AfD passen und ihrem Hass und ihrer
9 Hetze direkt ausgesetzt sind. Die AfD stellt aufgrund
10 ihrer rechtsradikalen Ideologie und ihrer Wahler-
11 folge eine existenzielle Gefahr für die freiheitlich-
12 demokratische Grundordnung dar. Dagegen können
13 wir uns nicht mehr mit Sonntagsreden für die De-
14 mokratie wehren. Es braucht endlich eine wehrhafte
15 Reaktion des Rechtsstaats gegen die Faschist*innen!
16 Es ist Zeit, zum schärfsten Schwert des Rechtsstaats
17 gegen Verfassungsfeinde zu greifen: das Verbot der
18 AfD.

19

20 **Es müssen Taten folgen: Jetzt die Bund-Länder-** 21 **Arbeitsgruppe einsetzen!**

22 Der SPD-Bundesparteitag, der Landesparteitag der
23 niedersächsischen SPD und Parteitage von wei-
24 teren SPD-Gliederungen haben daher bereits Be-
25 schlüsse gefasst, die sich für einen Prüfantrag des
26 AfD-Parteiverbots beim Bundesverfassungsgericht
27 aussprechen. Diese Beschlüsse bekräftigt der SPD-
28 Bezirk Hannover. Die Verteidigung unserer Demo-
29 kratie ist schon lange ein wichtiger Arbeitsschwer-
30 punkt unseres Bezirks.

31 Ein zentraler Bestandteil des Beschlusses Ini01 vom
32 Bundesparteitag 2025 ist die Einsetzung einer Bund-
33 Länder-Arbeitsgruppe, die das nötige Material für
34 ein Feststellungsverfahren zusammentragen und so
35 ein Verbotsverfahren strukturiert vorbereiten soll.
36 Das Material soll dann von Gutachter*innen dahin-
37 gehend bewertet werden, ob damit der Nachweis
38 der Verfassungswidrigkeit der AfD erbracht werden
39 kann.

40 Es ist richtig, dass die SPD sich nicht mit sym-
41 bolischen Verbotsforderungen zufrieden gibt, son-
42 dern skizziert, wie der Weg zum Parteiverbot der
43 AfD praktisch aussehen muss. Allerdings verpflich-
44 tet dieser Beschluss die SPD auch, die konkret

45 beschriebenen Schritte zu gehen. Bislang ist die
46 Bund-Länder-Arbeitsgruppe nicht eingesetzt wor-
47 den und von der Union gibt es keine Signale
48 der Unterstützung für ein entschlossenes juristi-
49 sches Vorgehen gegen die AfD. Gerade weil ein
50 solches Feststellungsverfahren gut vorbereitet sein
51 muss und die Vorbereitung viel Zeit benötigen
52 wird, weil es zudem von politischen Mehrheiten
53 in den antragsberechtigten Verfassungsorganen ab-
54 hängig ist, die durch das Erstarken der AfD im-
55 mer weiter dahinschmelzen, darf mit der Einrich-
56 tung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe nicht länger
57 gewartet werden. **Wir fordern deshalb die schnellst-
58 mögliche Einberufung einer Sondersitzung der In-
59 nenminister*innenkonferenz, um die Einrichtung
60 der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu beschließen!** Es
61 reicht nicht, bis zum regulären Sitzungstermin im
62 Dezember 2025 damit zu warten.

63 **Kein „Entweder-oder“: Jetzt alle Mittel der wehr-**
64 **haften Demokratie einsetzen!**

65
66 Unsere Demokratie muss wehrhaft sein gegen-
67 über ihren Feind*innen. Die Einleitung eines AfD-
68 Verbotsverfahrens ist dafür der richtige Weg. Es ist
69 ein langwieriger Prozess, bei dem das Bundesverfas-
70 sungsgericht sorgfältig prüfen wird, ob die Voraus-
71 setzungen für ein Verbot vorliegen. Bis dahin müs-
72 sen weitere Maßnahmen ergriffen werden. Ein bun-
73 desweit einheitlicher Umgang, wie ihn die Innenmi-
74 nister*innen der Länder fordern, wäre zu begrüßen.
75 Solange der Bundesinnenminister jedoch blockiert,
76 müssen die SPD-geführten Bundesländer vorange-
77 hen und dürfen sich nicht vom Bund vertrösten las-
78 sen.

79 **Wir fordern über ein Parteiverbot hinaus:**

- 80 • den Entzug der Parteienfinanzierung für die
81 AfD;
- 82 • das Verbot einzelner, gesichert rechtsextre-
83 mer Landesverbände, wie beispielsweise der
84 AfD-Thüringen, in welchem Björn Höcke aktiv
85 ist;
- 86 • Keine Bühne für die AfD im öffentlich-
87 rechtlichen Rundfunk (ÖRR). Der ÖRR darf
88 gegenüber einer eindeutigen rechtsextremen
89 Partei nicht mehr neutral bleiben;
- 90 • Klare Abgrenzung der demokratischen Partei-
91 en gegen jede Zusammenarbeit mit oder Rhetorik von der AfD;
- 92 • AfD nahestehende Vereine und Vorfeldorga-
93 nisationen müssen mit dem Rückgriff auf das
94 Vereinsrecht verboten werden;
- 95

- 96 • Prüfung von Maßnahmen gegen erwiesen
- 97 rechtsextreme Einzelpersonen, z.B. durch
- 98 Grundrechtsverwirkung nach Art. 18 GG;
- 99 • Entzug des Beamtenstatus für AfD-Mitglieder
- 100 im öffentlichen Dienst bei nachgewiesenem
- 101 Verstoß gegen die Verfassungstreue.

102

103 **Wähler*innen zurückgewinnen: Durch soziale Poli-**
104 **tik und klare Abgrenzung von Rechts**

105 Am 29. Januar 2025 wurde ein Dammbbruch voll-
106 zogen. Die Unions-Fraktion unter Friedrich Merz
107 und die FDP haben in einem Entschließungsantrag
108 der Union mutwillig mit der AfD gestimmt. Damit
109 wurde erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg einer
110 rechtsextremistischen Partei Legitimierung durch
111 demokratische Parteien gegeben. Im April 2025
112 hat auch der jetzige Fraktionschef der Union, Jens
113 Spahn, für einen offeneren Umgang mit der AfD
114 geworben. All das zeigt, wie groß die Versuchung
115 in Teilen von CDU/CSU ist, rechtsextreme Mehrhei-
116 ten mit der AfD zu bilden. Die historische Erfahrung
117 zeigt aber, dass die Zusammenarbeit von Konserva-
118 tiven mit Rechtsextremen weder zu ihrer Entzau-
119 berung noch zu ihrer Einhegung führt, sondern ih-
120 nen den Weg zur Macht ebnet. Konservative, die mit
121 Rechtsextremen zusammenarbeiten, machen sich
122 zu den Steigbügelhalter*innen des Faschismus. **Wir**
123 **fordern die Union daher dazu auf, sich öffentlich da-**
124 **zu zu bekennen, dass es keine Kooperation, keine**
125 **Zusammenarbeit, keine Absprachen, keine gemein-**
126 **samen Anträge und keine parlamentarischen Ämter**
127 **für die AfD geben darf!** Das gilt auf allen politischen
128 Ebenen.

129

130 Doch die Normalisierung der AfD beginnt nicht
131 erst mit der Zusammenarbeit, sondern bereits mit
132 der Übernahme von Inhalten und thematischen
133 Schwerpunkten. **Wir stellen uns deshalb jeder Über-**
134 **nahme von Inhalten, Methoden und Sprache der**
135 **AfD entgegen.** Jede Form der Normalisierung rechts-
136 extremer Politik öffnet den Raum für weitere Ra-
137 dikalisierung. Das Bröckeln der Brandmauer be-
138 ginnt nicht bei gemeinsamen Anträgen. Es be-
139 ginnt dabei, wenn demokratische Parteien versu-
140 chen, die AfD aus taktischen Gründen zu imitieren.
141 Diesen Versuch mussten wir bereits während der
142 Ampel-Koalition beobachten und noch deutlicher
143 im schwarz-roten Koalitionsvertrag. Die Asylpolitik,
144 die die Union dem schwarz-roten Koalitionsvertrag
145 aufgedrückt hat, ist von den Wahlprogrammen der
146 AfD kaum noch zu unterscheiden. Im Bundestags-

147 wahlkampf lieferten sich die Kandidaten Scholz und
148 Merz einen Wettstreit, wer am meisten und am här-
149 testen abschieben würde. Dieser massive Rechts-
150 ruck der demokratischen Parteien führt eben nicht
151 zur Schwächung der AfD, wie zuletzt die Bundes-
152 tagswahl 2025 gezeigt hat. Es stärkt sie, indem es
153 ihre menschenfeindlichen Positionen normalisiert.
154 **Die SPD muss sich deshalb jeder Normalisierung**
155 **nicht nur der AfD, sondern auch der AfD-Inhalte ent-**
156 **gegenstellen und sich in allen öffentlichen Debat-**
157 **ten offensiv rechten Erzählungen entgegenstellen!**

158

159 **Begründung**

160 Parteien, die darauf ausgehen, die freiheitlich demo-
161 kratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu
162 beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik ge-
163 fährden, sind gem. Art. 21 Abs.2 GG verfassungswid-
164 rig. Über die Verfassungswidrigkeit kann gem. Art.
165 21 Abs.4 GG nur das Bundesverfassungsgericht ent-
166 scheiden. Der Prüfantrag als notwendige Vorausset-
167 zung kann nur vom Bundestag, Bundesrat oder der
168 Bundesregierung gestellt werden. Die tatsächliche
169 Entscheidung über das Verbot trifft allein das Bun-
170 desverfassungsgericht (Verwerfungsmonopol) auf
171 Basis einer rechtlichen Prüfung.

172 Die Möglichkeit des Parteiverbots ist Ausdruck des
173 Prinzips der wehrhaften Demokratie. Nicht zuletzt
174 als Lehre aus der NS-Zeit soll verhindert werden,
175 dass Verfassungsfeinde die den Parteien durch das
176 Grundgesetz garantierten Privilegien nutzen, um
177 die freiheitlich demokratische Grundordnung zu be-
178 seitigen. Es ist nicht erforderlich, dass sich die Ver-
179 fassungswidrigkeit bereits aus dem offiziellen Pro-
180 gramm der Partei ergibt. Äußerungen von Vertre-
181 ter*innen der Partei, Gliederungen oder Aussagen
182 auf Werbematerialien können der Partei zugerech-
183 net werden.

184 Die Entscheidung über das Einleiten eines Partei-
185 Verbots kann nicht taktisch getrieben, sondern
186 muss Ergebnis grundsätzlicher Erwägungen sein.
187 Sobald überzeugende Belege für die Verfassungs-
188 widrigkeit einer Partei vorliegen, ist es die demo-
189 kratische Pflicht der antragsberechtigten Verfas-
190 sungsorgane, mit einem Antrag die Prüfung der
191 Verfassungsgemäßheit einer Partei zu ermöglichen.
192 Die antragsberechtigten Verfassungsorgane müs-
193 sen mit ihrem Prüfantrag in Verantwortung für den
194 Schutz unserer Demokratie und Verfassung die Vor-
195 aussetzung für ein AfD-Verbotsverfahren schaffen.

F Finanzpolitik

Antrag F-

SPD-Unterbezirk Lüneburg

Solidarität statt Ungleichheit – Wiedereinführung der Vermögenssteuer, jetzt!

1 Der Parteitag des SPD-Bezirk Hannover möge be-
2 schließen:
3 Der SPD-Parteivorstand und die SPD-
4 Bundestagsfraktion werden beauftragt, alle
5 Schritte zu veranlassen, dass die Vermögens-
6 steuer in folgendem Umfang wieder eingeführt
7 wird:

- 8 • Die Aussetzung der Vermögenssteuer soll-
9 te unter Berücksichtigung der folgenden Be-
10 gründung aufgehoben werden. Die Vermö-
11 genssteuer soll für Vermögen über 2 Millionen
12 Euro 1% und für Vermögen über 20 Millionen
13 2% jährlich betragen.

14

15 Begründung

16 Die Vermögenssteuer wird seit 1997 nicht mehr er-
17 hoben, nachdem das Bundesverfassungsgericht die
18 zu niedrige Bewertung von Immobilien im Vergleich
19 zu anderen Vermögenswerten als verfassungswid-
20 rig gerügt hatte.

21

22 Zwischenzeitlich hat die Reform der Grundsteuer
23 die damals geltende unzeitgemäße Einheitsbewer-
24 tung von 1964 durch realistische Werte ersetzt, so
25 dass verfassungsrechtlich einer Wiedereinführung
26 der Vermögenssteuer nichts im Wege steht. Auch
27 liefert die Immobilienbewertung der Erbschafts-
28 steuer ergänzend zeitnahe und realistische Vermö-
29 genswerte.

30 Gesellschaftspolitisch ist die Wiedereinführung der
31 Vermögenssteuer seit 1997 immer dringender ge-
32 worden.

33 Nach dem Armutsbericht des Bundesministeriums
34 für Arbeit und Soziales verfügen die unteren 50% der
35 Haushalte nur über rund 1% des gesamten Netto-
36 vermögens. Die vermögensstärksten 10% der Haus-
37 halte verfügen hingegen über 50% des Nettovermö-
38 gens.

39 Allein das reichste Prozent der Bevölkerung verfügt
40 nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirt-
41 schaftsforschung über rund 35% des Nettovermö-
42 gens.

43 Ein derartiges Auseinanderklaffen der Vermögens-
44 verteilung gefährdet auf Dauer den gesellschaftli-

45 chen Zusammenhalt. Die vermögenslosen Gesell-
46 schäftsgruppen sehen sich an den Rand gedrängt,
47 ohne Hoffnung auf soziale, finanzielle und gesell-
48 schaftliche Aufstiegschancen.

49 Chancenungleichheit zu beseitigen ist eines der
50 Kernthemen unserer Partei.

- 51 • Die Vermögenssteuer stellt nur einen Bau-
52 stein zur Verringerung der Chancenungleich-
53 heit dar und sollte durch andere Maßnahmen,
54 wie z.B. die Anpassung der Erbschaftssteuer
55 ergänzt werden. Aber durch die Vermögens-
56 steuer können die, die es sich leisten können,
57 ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Zusam-
58 menhalt und zu dessen Finanzierung leisten.
- 59 • Die Gefahr der Vermögensflucht der Betrof-
60 fenen sollte nicht überschätzt werden. Inzwi-
61 schen wird dies durch Wegzugsbesteuerung,
62 Entstrickungsbesteuerung, Besteuerung von
63 Funktionsverlagerungen, Hinzurechnungsbe-
64 steuerung und den zwischenstaatlichen Infor-
65 mationsaustausch erheblich erschwert. Von
66 den 232 Milliardenvermögen in Deutschland
67 sind dann auch tatsächlich nur ca. 30 steuer-
68 flüchtig.

69 Der Verwaltungsaufwand wäre bei dem hohen Ein-
70 stiegsbetrag für die Besteuerung von 2 Millionen Eu-
71 ro vertretbar.

Ge Gesellschaft

Antrag Ge-

SPD-Unterbezirk Uelzen/Lüchow-Dannenberg

Mehr Wertschätzung für Freiwillige: Bessere finanzielle Rahmenbedingungen im Freiwilligendienst

1 Die Jusos Uelzen/Lüchow-Dannenberg fordern, die
2 finanziellen Rahmenbedingungen für Freiwilligen-
3 dienstleistende im Bundesfreiwilligendienst (BFD),
4 Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und Freiwilligen Öko-
5 logischen Jahr (FÖJ) deutlich zu verbessern. Konkret
6 fordern wir:

7
8 - Die derzeitige Höchstgrenze des monatlichen Ta-
9 schengeldes reicht nicht aus, um den Lebensunter-
10 halt der Freiwilligen angemessen zu sichern. Wir for-
11 dern eine Anhebung auf den Mindestlohn. So kön-
12 nen finanzielle Hürden abgebaut und allen jungen
13 Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft
14 die Teilnahme an einem Freiwilligendienst ermög-
15 licht werden.

16 - Freiwilligendienstleistende sind häufig auf Mobili-
17 tät angewiesen - sei es auf dem Weg zur Einsatzstel-
18 le oder zu Seminaren. Wir fordern daher die bundes-
19 weite Einführung einer kostenlosen Fahrkarte für
20 den öffentlichen Nah- und Fernverkehr für alle Frei-
21 willigendienstleistenden.

22 - Es muss sichergestellt werden, dass das „Taschen-
23 geld“ nicht auf den Unterhalt oder Sozialleistungen
24 der Eltern oder Geschwister angerechnet wird. Dar-
25 über hinaus sollte den Freiwilligen der Zugang zu
26 Wohngeld erleichtert werden, um ihre finanzielle Si-
27 tuation zu verbessern.

28

29 **Begründung**

30 Freiwillige leisten einen unverzichtbaren Beitrag für
31 unsere Gesellschaft im sozialen, ökologischen und
32 kulturellen Bereich. Trotz ihres Engagements stehen
33 sie oft vor finanziellen Herausforderungen, die es
34 vielen jungen Menschen erschweren oder unmög-
35 lich machen, einen Freiwilligendienst zu leisten.

36 Durch die Umsetzung der genannten Maßnahmen
37 wird die Attraktivität des Freiwilligendienstes ge-
38 steigert, die soziale Gerechtigkeit gefördert und das
39 Engagement junger Menschen angemessen gewür-
40 digt.

41

**Antrag Ge-
Jusos Bezirk Hannover****Never again is now – Kein Platz dem Antisemitismus**

1 Am 7. Oktober 2023 überfiel die Hamas in einer bei-
2 spiellosen Terrorattacke Israel. Mehr als 1.000 Men-
3 schen wurden beim Angriff der Hamas ermordet
4 und mehr als 240 Menschen wurden beim Angriff
5 der Hamas als Geiseln genommen. Es war der größ-
6 te Massenmord an Jüdinnen*Juden seit der Shoah.
7 Noch immer befinden sich zahlreiche Geiseln in den
8 Händen verschiedener Terrororganisationen wie der
9 Hamas. Ziel der Hamas war vor allem die Ermordung
10 von Zivilist*innen. Der 7. Oktober war ein Akt des
11 Vernichtungswillens gegen Jüdinnen*Juden. Für uns
12 steht fest: Nie wieder ist jetzt!

13 Das Massaker der Hamas auf Israel hat seitdem
14 gravierende negative Auswirkungen für das Leben
15 von Jüdinnen*Juden in Deutschland und Europa hin-
16 terlassen. So wurde auf den Straßen Deutschlands
17 der Terrorangriff der Hamas teilweise gefeiert, Woh-
18 nungen von Jüdinnen*Juden wurden mit dem Da-
19 vidstern gekennzeichnet, jüdische Eltern haben sich
20 nicht mehr getraut, ihre jüdischen Kinder zur Schu-
21 le zu bringen. Viele Betroffenen berichten, dass sie
22 sich nicht mehr trauen, jüdische Symbole offen zu
23 zeigen. Es gab ebenso einen Brandanschlag auf
24 ein jüdisches Gemeindezentrum, angestiftet durch
25 das Mullah-Regime im Iran. Die Freie Universität
26 Berlin schreibt erschütternde Schlagzeilen mit An-
27 griffen auf jüdische Student*innen und Vorträgen
28 zur „Globalisierung der Intifada“ sowie vermeintlich
29 „pro-palästinensischen“ Demonstrationen, die den
30 Hamas-Terror verharmlosen und Israels Existenz ab-
31 lehnen. Auch in Hannover klebten Unbekannte Auf-
32 kleber mit der Parole „Free Palestine from German
33 guilt“ an eine Gedenkstätte. Bei einer Fridays for
34 Future Demonstration in Hannover wurden antise-
35 mitische Parolen gerufen. Die Statistiken des BKA
36 zeigen diese Tendenzen: Seit dem 07. Oktober 2023
37 bis zum 22. Januar 2024 wurden 2249 antisemiti-
38 sche Straftaten verzeichnet. Im Vergleich zum Vor-
39 jahreszeitraum ist das eine Vervierfachung der anti-
40 semitischen Straftaten. Mehr als 21x pro Tag wurden
41 jüdische Menschen bedroht, beleidigt, angegriffen
42 oder waren antisemitischen Hassreden ausgesetzt.
43 Die Dunkelziffer der Straftaten liegt jedoch weitaus
44 höher. Auch die 'Mitte Studie' der Friedrich-Ebert-
45 Stiftung hat ergeben, dass jede zehnte befragte Per-
46 son angegeben hat, dass der vermeintliche "Einfluss

47 der Juden” zu groß sei. Die Daten und Taten der letz-
 48 ten Monate belegen, dass antisemitische Einstel-
 49 lungen kein Randphänomen sind, sondern weit in
 50 die gesellschaftliche Mitte hineinreichen. Dies zeigt
 51 auch die Flugblatt-Affäre des Hubert Aiwanger. An-
 52 tisemitismus ist in allen gesellschaftlichen Gruppen
 53 anzutreffen und nirgendwo darf es dafür Toleranz
 54 geben.
 55 Besonders laut äußert sich aktuell der israelbezo-
 56 gene Antisemitismus. Wir bekräftigen deshalb un-
 57 sere Haltung: Jede Dämonisierung oder Delegiti-
 58 mierung, jede Äußerung, die Doppelstandards an
 59 den Staat Israel anlegt, jede Äußerung oder Hand-
 60 lung, die Jüdinnen*Juden kollektiv für israelische
 61 Regierungspolitik verantwortlich macht oder Israel
 62 das Existenzrecht abspricht ist antisemitisch. Wer
 63 den Hamas-Terror feiert, handelt antisemitisch. Wir
 64 kämpfen gegen jeden Antisemitismus – unabhän-
 65 gig davon, ob er von rechtsextremen, islamistischen,
 66 christlichen oder anderen religiös motivierten, ver-
 67 meintlich linken oder aus der sogenannten politi-
 68 schen Mitte stammenden Organisationen stammt.
 69 Gegen antisemitische Parolen, auch bei Demons-
 70 trationen, und gegen das Zeigen der Symbole ver-
 71 botener antisemitischer Gruppen muss konsequent
 72 vorgegangen werden. Gleichzeitig muss der Schutz
 73 jüdischer Einrichtungen sichergestellt werden. Bil-
 74 dungsprojekte und -arbeit gegen Antisemitismus
 75 müssen verlässlich ausfinanziert und endlich über
 76 ein Demokratiefördergesetz entfristet werden. Wir
 77 solidarisieren uns mit allen Demonstrationen und
 78 Bündnissen, die sich dem Antisemitismus entge-
 79 genstellen, und stehen ein für das Recht aller Jüdin-
 80 nen*Juden in Sicherheit zu leben. Denn nie wieder
 81 ist jetzt!

Antrag Ge- SPD-Region Hannover

Ermutigungskampagne Diversität im Öffentlichen Dienst

- 1 Der Öffentliche Dienst startet eine Ermutigungs-
- 2 kampagne für Bewerbungen auf allen staatlichen
- 3 Ebenen, um qualifiziertes Personal zu gewinnen, in-
- 4 dem
- 5 • Werbekampagnen gestartet werden, die ins-
- 6 besondere auch unterrepräsentierte, diverse
- 7 Bevölkerungsgruppen sichtbar machen,
- 8 • PersonalerInnen entsprechend geschult wer-

9 den,
10 • Diskriminierungsfreiheit sichergestellt wird
11 und schon im Schulbereich auf die Varianten-
12 breite von Beschäftigungen im Öffentlichen
13 Dienst hingewiesen wird.

15 **Begründung**

16 Auch im Öffentlichen Dienst sind bestimmte Be-
17 völkerungsgruppen deutlich unterrepräsentiert. Ein
18 diskriminierungsfreier Zugang zu allen Ämtern auch
19 im Öffentlichen Dienst ist sicherzustellen, dafür zu
20 werben und dafür zu sorgen, dass alle Bevölkerungs-
21 gruppen die Möglichkeiten für Bewerbungen auch
22 entsprechend nutzen.

Antrag Ge-

Selbst Aktiv Bezirk Hannover

Schnellere Beendigung der Umsetzungspause beim EU Schwerbehindertenausweis.

1 Vertreter*Innen des Bezirks Hannover in Bundes-
2 tag und Bundesregierung mögen darauf hinwir-
3 ken, dass die in 2024 verabschiedete EU Richtlinie
4 zum EU Schwerbehindertenausweis und dem EU
5 Behinderten-Parkausweis noch vor 2028 ins natio-
6 nale Recht überführt wird und so für die Zielgrup-
7 pe der Menschen mit Behinderung zur Anwendung
8 kommen kann.

10 **Begründung**

11 Bereits vor 2 Jahren hat auch der SPD Bezirkspartei-
12 tag Hannover ein Zeichen gesetzt. Wir forderten Ein-
13 führung und Ausgestaltung eines EU Behinderten-
14 ausweises.

15 Im Februar 2024 wurde die entsprechende EU Richt-
16 linie im Amtsblatt veröffentlicht.

17 Die Mitgliedstaaten werden zweieinhalb Jahre Zeit
18 haben, um ihre nationalen Rechtsvorschriften an die
19 beiden Richtlinien anzupassen, und dreieinhalb Jah-
20 re, um die Maßnahmen anzuwenden. Dies ist für
21 Deutschland bisher nicht erledigt.

22 Im Sinne der Zielgruppe fordern jedoch wir eine ra-
23 schere Überführung in das nationale Recht, damit
24 auch hier die EU Freizügigkeit eine neue Dimensi-
25 on bekommt. Europa muss gelebt werden, gerade in
26 diesen Zeiten.

**Antrag Ge-
Selbst Aktiv Bezirk Hannover**

Behindertenmitwirkungsgesetz anlog zum Seniorenmitwirkungsgesetz!

1 Der Bezirk Hannover setzt sich, nach Beschluss des
2 Bundesparteitags diesen Jahres
3 für ein Seniorenmitwirkungsgesetz auf Landesebe-
4 ne ein.
5 Bei der Ausgestaltung des entsprechenden Geset-
6 zes, muss die Verbindlichkeit für die Selbstermächti-
7 gung in konkreten Gremien für Senioren analog auf
8 dem Zweig der Menschen mit Behinderung ebenso
9 Anwendung finden.

10

Begründung

12 Rechte und Pflichten zur Mitwirkung der SeniorIn-
13 nen in Gremien auf Landes- und Kommunalebene
14 sollen gesetzlich verbindlich geregelt werden und
15 verpflichtende
16 Strukturen dafür geschaffen werden.
17 Es gibt mittlerweile auch Beiräte, Runde Tische und
18 oder Beauftragte für Menschen mit Behinderungen.
19 Die UN BRK ist ein wichtiges Schwert für unseren
20 Kampf um Emanzipation und Teilhabe.
21 Ihr zur Seite fordern wir die gleiche Verbindlichkeit
22 für Strukturen und Mitwirkungsmöglichkeiten
23 für Menschen mit Behinderungen, wie sie im Senio-
24 renmitwirkungsgesetz angelegt sind.
25 Die Ausweitung des Gesetzes auf den Behinderten-
26 bereich ist ein wichtiges Zeichen in Finanzierungs-
27 debatten, Demokratieförderung und für ein inklusi-
28 ves Miteinander.

**Antrag Ge-
AK Tierschutz Bezirk Hannover**

Verbot von Qualzuchten bei landwirtschaftlich genutzten Tieren

1 Das im niedersächsischen Koalitionsvertrag formu-
2 lierte Qualzuchtverbot sollte schnellstmöglich kon-
3 kretisiert, die für das Verbot vorgesehenen Tierras-
4 sen benannt und ein Konzept für den Umstieg auf
5 qualzuchtfreie Tierrassen in der Landwirtschaft vor-
6 gelegt werden.

7

Begründung

9 Die derzeitige Zucht von landwirtschaftlich genutz-
10 ten Tieren ist auf maximale Wirtschaftlichkeit aus-

11 gerichtet. Durch die Steigerung der Produktivität
12 der Tiere, wie z. B. der Milchmenge bei Milchkühen,
13 der Tageszunahme bei Mastschweinen, Mastrin-
14 dern und Masthähnchen oder der Legeleistung von
15 Legehennen, werden diese an den Rand ihrer bio-
16 logischen Leistungsgrenze gebracht. Die Folge der
17 rein leistungsorientierten Zucht sind Gesundheits-
18 störungen und Verhaltens-einschränkungen. Kon-
19 kret sprechen wir hier beispielsweise von Euterent-
20 zündungen bei Milchkühen, von Gelenksproblemen
21 bei Mastrindern, von Entzündungen des Legeappa-
22 rates und Brustbeinfrakturen bei Legehennen sowie
23 Herzkreis-laufproblemen bei Mastschweinen. Die-
24 se zuchtbedingten Krankheiten und Einschränkun-
25 gen, die frühzeitig zum Tod führen können, müs-
26 sen die Tiere zusätzlich zu den ohnehin tierquäle-
27 rischen Haltungsbedingungen in der industriellen
28 Tierhaltung ertragen. Des Weiteren führt die Zucht
29 auf einseitige Höchstleistung bei Milchkühen und
30 Legehennen dazu, dass die männlichen Küken und
31 Milchkälber als unwirtschaftlich gelten und in ihrer
32 Aufzucht kaum Wertschöpfung gesehen wird (sie-
33 he Problematik „Wegwerfkälber“). Mit der Abkehr
34 von hoch spezialisierten Einnutzungsrassen und der
35 Zuwendung zu den robusteren Zweinutztierrassen
36 könnten die beschriebenen Probleme gelöst wer-
37 den.

38

39 Aus diesen Gründen sollte das Verbot der Qualzucht
40 von landwirtschaftlich genutzten Tieren schnellst-
41 möglich konkretisiert und ein Konzept für den Um-
42 stieg auf qualzuchtfreie Tierrassen erarbeitet wer-
43 den.

Antrag Ge-

AK Tierschutz Bezirk Hannover

Überarbeitung des niedersächsischen Erlasses zur Genehmigung von Tiertransporten in Drittländer

1 Die SPD-Landtagstagsfraktion wird aufgefordert,
2 eine Überarbeitung des Erlasses zur Genehmi-
3 gung von Tiertransporten in Drittländer vorzuneh-
4 men mit der Zielsetzung, die Vorschriften der EU-
5 Tiertransport VO eng auszulegen inkl. einer Defi-
6 nition des Begriffs „Verwendung zu Zuchtzwecken“
7 sowie Vorlagepflicht entsprechender Nachweise so-
8 wie die Zuständigkeit für die Genehmigung dieser
9 Transporte an das Niedersächsische Landesamt für
10 Verbraucherschutz (LAVES) zu übertragen.

11 Begründung

12 Bei Anwendung und Vollzug der EU-
13 Tiertransportverordnung (VO (EG) Nr. 1/2005)
14 durch die Bundesländer bzw. die Veterinärbehörden
15 werden unzulässigerweise höchst unterschiedli-
16 che Maßstäbe in den einzelnen Ländern gesetzt.
17 Dadurch bedingt entstehen „Schlupflöcher“, u. a.
18 in Niedersachsen, Brandenburg und Nordrhein-
19 Westfalen, die die Abfertigung der Transporte in
20 Drittländer leider immer wieder ermöglichen. Die
21 beteiligten Veterinärämter stehen stark in der Kritik,
22 siehe z.B. [https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama3/Fragwuerdige-Rindertransporte-](https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama3/Fragwuerdige-Rindertransporte-Was-wissen-Aufsichtsbehoerden,rindertransport102.html)
23 [Was-wissen-Aufsichtsbehoerden,rindertrans-](https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama3/Fragwuerdige-Rindertransporte-Was-wissen-Aufsichtsbehoerden,rindertransport102.html)
24 [port102.html](https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama3/Fragwuerdige-Rindertransporte-Was-wissen-Aufsichtsbehoerden,rindertransport102.html)¹
25
26 Hier könnte ein grundsätzliches Problem in der Nä-
27 he der abfertigenden Veterinärämter zu den an-
28 tragsstellenden Betrieben bestehen. Die Veterinär-
29 ämter sind dem Landrat unterstellt. Dieser ist ein
30 politischer Beamter, der alle Aspekte in seinem
31 Landkreis, insbesondere in ländlich geprägten Ge-
32 bieten, zu berücksichtigen hat. Aufschlussreich die
33 Aussage des VOST-Geschäftsführers Cord - Hinnerk
34 Thies in der Ostfriesen Zeitung am 13.01.2023: „Im
35 Zweifel kann es auch sein, dass wir bei verwehrten
36 Transporten gegen die Veterinärämter, mit denen
37 wir seit sehr Langem gut zusammenarbeiten, kla-
38 gen müssen – was wir eigentlich gar nicht wollen.“
39 Auch wird in zunehmendem Maß über andere EU-
40 Mitgliedstaaten, insbesondere Ungarn, der Tsche-
41 chei und Litauen, in Drittländer abgefertigt und so
42 sogar weite Umwege für die Tiere in Kauf genom-
43 men.
44 Im April 2022 hatte die Agrarminister:innen Kon-
45 ferenz die Bundesregierung aufgefordert, unabhän-
46 gig von der EU ein Exportverbot für lebende Tiere
47 in bestimmte Drittländer einzuführen (TOP 32). Zu-
48 dem wird der Bund aufgefordert, sich für die zeitna-
49 he Überarbeitung der EU-Tiertransportverordnung
50 einzusetzen und dabei insbesondere Tiertransporte
51 in Drittländer in den Fokus zu nehmen.
52 Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat in einem
53 Beschluss vom 26. Mai 2021 ausgeführt, dass dem
54 BMEL eine Regelung für ein nationales Transport-
55 verbot in bestimmte Drittländer durch Rechtsver-
56 ordnung aufgrund § 12 Abs. 2 Nr. 3 Tierschutzgesetz
57 möglich sei (Beschluss vom 26. Mai 2021, Az. 11 ME
58 117/21). Zu diesem Ergebnis kommt auch ein Gutach-
59 ten des Parlamentarischen Beratungs- und Gutach-
60 terdiensts des Landtags Nordrhein-Westfalen vom
61 8. Februar 2021 (Information 17/298).

62 Danach ist ein Verbot des Exports lebender Tiere
 63 in bestimmte Drittländer durch Erlass einer Verord-
 64 nung auf Grundlage der Ermächtigung des § 12 Abs.
 65 2 Satz 1 Nr. 3 Tierschutzgesetz möglich.
 66 Ein weiteres Rechtsgutachten, ab-
 67 rufbar unter [https://media.4-](https://media.4paws.org/7/8/a/b/78ab83eed5646e9496d851cb1fa249013556e6b5/VIERPFOTEN_R_echtsgutachten_Tiertransporte_in_Drittstaaten_2021.pdf)
 68 [paws.org/7/8/a/b/78ab83eed5646e9496d851cb1fa249](https://media.4paws.org/7/8/a/b/78ab83eed5646e9496d851cb1fa249013556e6b5/VIERPFOTEN_R_echtsgutachten_Tiertransporte_in_Drittstaaten_2021.pdf)
 69 [013556e6b5/ VIERPFOTEN_R echtsgutachten_Tier-](https://media.4paws.org/7/8/a/b/78ab83eed5646e9496d851cb1fa249013556e6b5/VIERPFOTEN_R_echtsgutachten_Tiertransporte_in_Drittstaaten_2021.pdf)
 70 [transporte_in_Drittstaaten_2021.pdf](https://media.4paws.org/7/8/a/b/78ab83eed5646e9496d851cb1fa249013556e6b5/VIERPFOTEN_R_echtsgutachten_Tiertransporte_in_Drittstaaten_2021.pdf) kommt zu
 71 dem gleichen Schluss.
 72 Auch der Ausschuss für Agrarpolitik und Ver-
 73 braucherschutz des Bundesrates hatte am 11.
 74 Juni 2021 (Nr. 7b der Drucksache 394/1/21)
 75 empfohlen, ein nationales Exportverbot in der
 76 Tierschutz-Transportverordnung zu implementie-
 77 ren: [https://www.bundesrat.de/SharedDocs/druck-](https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2021/0301-0400/394-1-21.pdf?__blob=publicationFile&v=1)
 78 [sachen/2021/0301-0400/394-1- 21.pdf?__blob=pu-](https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2021/0301-0400/394-1-21.pdf?__blob=publicationFile&v=1)
 79 [blicationFile&v=1](https://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2021/0301-0400/394-1-21.pdf?__blob=publicationFile&v=1)
 80 Ein Exportverbot für lebende Tiere in bestimm-
 81 te Drittländer ist neben den mittlerwei-
 82 le häufig dokumentierten Verstößen gegen
 83 EU-Tierschutzrecht während und nach dem
 84 Transport (siehe z. B. verschiedene Studien für
 85 den ANIT-Ausschuss des Europäischen Parla-
 86 ments zum Transport von Tieren in Drittländer)
 87 [https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/do-](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/IPOL_STU(2021)690877)
 88 [cument/IPOL_STU\(2021\)690877](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/IPOL_STU(2021)690877)²
 89 und zum Transport von Tieren in Schiffen –
 90 [https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/do-](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/IPOL_STU(2021)690876)
 91 [cument/IPOL_STU\(2021\)690876](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/IPOL_STU(2021)690876)³
 92 und
 93 [https://www.europarl.europa.eu/commit-](https://www.europarl.europa.eu/committees/en/anit/events/events-hearings)
 94 [tees/en/anit/events/events-hearings](https://www.europarl.europa.eu/committees/en/anit/events/events-hearings)⁴
 95 wie folgt zu begründen:

- 96 • Vor der Kernaussage des Artikels 3 der EU-
 97 Tierschutztransportverordnung, wonach Tier-
 98 beförderungen nicht durchgeführt werden
 99 dürfen, wenn Tieren dabei Verletzungen oder
 100 unnötige Leiden zugefügt werden könnten,
 101 ist jegliche Abfertigung von Tiertransporten in
 102 Tierschutz-Hochrisikostaat als rechtswidrig
 103 anzusehen.
- 104 • Die Tiere sind weder während des Transports
 105 noch bei der Haltung oder der Schlachtung in
 106 diesen Staaten durch ein nachgewiesenes, ei-
 107 genständiges, vollziehbares oder vollzogenes
 108 Tierschutzrecht vor Schmerzen, unnötigen Lei-
 109 den oder Schäden geschützt.
- 110 • Die Bestimmungen der EU-
 111 Tierschutztransportverordnung, der
 112 EU-Kontrollstellenverordnung (VO

(EG) Nr. 1255/97) und der neuen EU-Kontrollverordnung (VO (EU) Nr. 2017/625) sind durch die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten in den Drittländern entgegen der Urteile des EuGH (Rs. 424/13 und 383/16) nicht überwachbar und damit nicht vollziehbar.

- Selbst amtliche Zulassungen von Kontrollstellen (Ruheorte für Tiere) in Drittländern, z. B. in Russland, stellen weder eine tierschutz- und verordnungskonforme Eignung und Ausstattung noch den entsprechenden Betrieb nachprüfbar sicher.
- Tierexporte, die eine zwischengeschaltete Schiffspassage und den damit verbundenen Wechsel des Transportmittels enthalten, werden durch die Behörden der Mitgliedstaaten entgegen den Bestimmungen geltenden Rechts abgefertigt, da die im Fahrtenbuch und im TRACES-Dokument festgelegte Sendung bereits im EU-Ausgangshafen aufgelöst und im Drittlandshafen für einen nachfolgenden Straßentransport neu zusammengestellt wird. Eine Sendungsverfolgung bis zum Bestimmungsort ist unmöglich. Es wird nicht einmal sichergestellt, dass der aufgeführte Bestimmungsort überhaupt erreicht wird. Oft werden als Bestimmungsort Häfen oder Hafenanlagen in die von dem Veterinäramt zu genehmigende Transportplanung eingetragen. Diese sind aber kein Bestimmungsort. Entsprechende Eintragungen und Bestätigungen im Fahrtenbuch sind Dokumentenfälschungen.
- Aus Deutschland werden mittlerweile ausschließlich tragende, junge Zuchtrinder zum behaupteten Aufbau einer Milchviehpopulation in Drittländer exportiert. Die Verwendung dieser Tiere zu Zuchtzwecken (Aufzucht des im Drittland geborenen Kalbes, Wiederbelegung der Mutterkuh zur Erzeugung weiterer Nachkommen) wird jedoch in keinem Fall nachgewiesen. Möglicherweise existierende Zuchtbetriebe werden in den Transportdokumenten nicht als Bestimmungsort angeführt. In diesen Ländern herrscht in der Regel eine ausgeprägte Futtermittelknappheit, die eine bedarfs- und wiederkäuergerechte Fütterung der deutschen Hochleistungstiere erheblich und tierschutzrelevant erschwert bzw. einschränkt und eine Futterkonkurrenz zwischen Milcherzeugung und Nachzucht verur-

sacht. Zudem leiden deutsche Hochleistungskühe unter den klimatischen Bedingungen in den meisten Drittländern. Die Tiere sind nicht an die teilweise sehr hohen Temperaturen angepasst und es mangelt in den Zielländern neben der Futterversorgung auch an der nötigen Wasserversorgung. Eine laktierende Kuh benötigt bei Temperaturen von 40-45 Grad Celsius, wie sie bspw. in Marokko und Ägypten während der heißen Monate herrschen, bis zu 200 Liter Wasser am Tag. Diese Wassermengen sind auf den Betrieben in diesen Ländern schlicht nicht vorhanden. Eine leistungsfähige, sich selbst erhaltende und nachhaltig geführte Milchrindpopulation ist in diesen Ländern (außer Israel), trotz jahrzehntelanger Importe von Hochleistungsrindern zu Zuchtzwecken nur in Einzelfällen vorhanden. Die jährlichen Statistiken des IFCN Dairy Research Networks (<https://ifcndairy.org/>) weisen in vielen Bestimmungsländern deutscher Rinderexporte eine, wenn überhaupt, marginale Entwicklung der Milchleistung auf Einzeltier- und Populationsebene in den letzten etwa 20 Jahren nach, und auch das nur mit großen jährlichen Schwankungen. Ein Zuchtfortschritt ist z. B. in der mittleren Laktationsleistung (Marokko: etwa 1000 kg/Rind/Jahr, Ägypten: 2000 kg, Usbekistan: unter 2000 kg) nicht erfolgt. In einigen Ländern, wie z. B. Marokko, Ägypten oder dem Libanon, sind in den letzten Jahren negative Entwicklungen in der Milchproduktion, der mittleren Laktationsleistung, den Bestandsgrößen und den Bestandszahlen zu verzeichnen. Hieraus ist ablesbar, dass der Fleischmarkt in diesen Ländern eine größere Bedeutung hat als der heimische Milchmarkt, der zudem häufig durch die Tourismusindustrie getrieben sein dürfte.

¹<https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama3/Fragwuerdige-Rindertransporte-Was-wissen-Aufsichtsbehoerden,rindertransport102.html>

²[https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/IPOL_STU\(2021\)690877](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/IPOL_STU(2021)690877)

³[https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/IPOL_STU\(2021\)690876](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/IPOL_STU(2021)690876)

⁴<https://www.europarl.europa.eu/committees/en/anit/events/events-hearings>

GS Gesundheit und Soziales

Antrag GS-

SPD-Unterbezirk Landkreis Harburg

Verpflichtender Kita-Sozialindex für Niedersachsen

- 1 Der Bezirksparteitag möge beschließen, dass
- 2 sich die SPD im Bundesland Niedersachsen für
- 3 die Einführung eines landesweit gültigen Kita-
- 4 Sozialindexes einsetzt.
- 5 Begründung: Mit dem Jahr 2024/25 führt die rot-
- 6 grüne Regierung in Niedersachsen erstmals einen
- 7 landesweit gültigen Sozialindex für die Schulen ein,
- 8 den es in anderen Bundesländern wie Hamburg
- 9 oder NRW schon lange gibt. Mit dem neu aufgeleg-
- 10 ten Sozialindex hat Niedersachsen erstmals ein In-
- 11 strument, um zusätzliche Ressourcen und zusätzli-
- 12 ches Personal an Schulen zielgerichteter zu steuern
- 13 und dort einsetzen zu können, wo diese am drin-
- 14 gendsten gebraucht werden. Anhand der damit ver-
- 15 bundenen Indikatoren (Armut und Migration) wur-
- 16 den rund 390 Schulen in Niedersachsen ausgewählt,
- 17 die ab sofort für zehn Jahre am Startchancenpro-
- 18 gramm teilnehmen werden.
- 19 Doch auch für unsere Kleinsten müssen wir bes-
- 20 te Bildung und Startchancen garantieren. Statt gu-
- 21 ter Bildung und Musterförderung dominieren in vie-
- 22 len Kitas Personalmangel, Unterfinanzierung, man-
- 23 gelnde Hygiene und katastrophale Zustände. Um
- 24 diesen Zustand zu ändern, sollten wir dringend han-
- 25 deln. Der Antrag fordert deshalb die Einführung ei-
- 26 nes verbindlichen Kita-Sozialindexes in Niedersach-
- 27 sen, um in einem ersten Schritt Problemschwer-
- 28 punkte zu sichten. Als Vorlage könnte hierfür der
- 29 von dem Paritätischen Gesamtverband erarbeite-
- 30 te Kita-Sozialindex fungieren, der soziale Faktoren
- 31 wie das Haushaltseinkommen, den Migrationshin-
- 32 tergrund, gesundheitliche Aspekte und die Famili-
- 33 enverhältnisse berücksichtigt, um gezielte Förder-
- 34 maßnahmen für Kitas zu ermöglichen.

Antrag GS-

SPD-Unterbezirk Landkreis Harburg

Förderung von Psychotherapie im ländlichen Raum

- 1 Der Bezirksparteitag möge beschließen, dass...
- 2 1. Anreize für Psychotherapeuten geschaffen werden

3 müssen, um sich im ländlichen Raum niederzulas-
4 sen.
5 2.spezielle Fördermittel bereitgestellt werden, um
6 die Niederlassung zu erleichtern.

7

8 **Begründung**

9 In Deutschland besteht ein Mangel an Therapieplät-
10 zen und besonders im ländlichen Raum fehlt es an
11 Fachkräften. Deshalb ist es wichtig, die Niederlas-
12 sung von Psychotherapeuten im ländlichen Raum
13 zu fördern, um auch dort ein psychotherapeutisches
14 Angebot gewährleisten zu können.

Antrag GS-

SPD-Ortsverein Uelzen

Antrag zur besseren Unterstützung bei psychischen Erkrankungen durch kürzere Wartezeiten und durch Aufklärungskampagnen über psychische Erkrankungen

1 Wir fordern,

- 2 1. die Psychiatrischen Tageskliniken sowohl in
3 ländlich als auch in städtisch geprägten Regio-
4 nen personell und räumlich so gut auszustat-
5 ten, dass es in der Regel möglich ist, a) das
6 Erstgespräch innerhalb von 4 Wochen nach
7 der Kontaktaufnahme durch die Rat suchende
8 Person durchzuführen und b) bei in Frage
9 kommender Aufnahme innerhalb von weite-
10 ren 6 Wochen nach dem Erstgespräch einen
11 Platz in einer Tagesklinik anzubieten, die im
12 jeweiligen Einzelfall zumutbar erreichbar ist,
13 oder innerhalb von weiteren 8 Wochen nach
14 dem Erstgespräch einen Platz in der Tageskli-
15 nik am Wohnort anzubieten,
- 16 2. das Angebot an ambulanten Therapieplätzen
17 sowohl in ländlich als auch in städtisch ge-
18 prägten Regionen so zu verbessern, dass der
19 Beginn der ambulanten Therapie spätestens
20 4 Monate nach Entlassung aus einer Rehabili-
21 tationsmaßnahme oder einer psychiatrischen
22 Einrichtung bzw. einer entsprechenden Dia-
23 gnose durch die Hausärztin / den Hausarzt die
24 Regel ist,
- 25 3. das Angebot an Plätzen für Rehabilitations-
26 maßnahmen sowohl stationär als auch am-
27 bulant im Bereich der Psychosomatik bundes-
28 weit so zu erweitern, dass innerhalb von 3 Mo-
29 naten nach der Bewilligung der Maßnahme
30 durch den Kostenträger ein Platz in einer in

- 31 Frage kommenden Einrichtung bereitsteht,
 32 4. insbesondere die Versorgung von Kindern und
 33 Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen
 34 zu verbessern und zu prüfen, ob insbesonde-
 35 re die Anzahl der sog. Kassensitze für eine be-
 36 darfsgerechte Behandlung ausreichend ist, da
 37 insbesondere bei Kindern und Jugendlichen,
 38 deren ganzes Wesen sich noch in der Entwick-
 39 lung befindet, eine zügige Behandlung erfor-
 40 derlich ist,
 41 5. wiederkehrende Kampagnen, um psychische
 42 Erkrankungen aus der Tabuzone herauszuho-
 43 len und zu erreichen, dass sie von unserer Ge-
 44 sellschaft ernst genommen werden.

Antrag GS- ASG Bezirk Hannover

Unikliniken

- 1 Die ASG im Bezirk Hannover bittet die Landtags-
 2 fraktion zu prüfen, ob die Pflegedirektor*innen an
 3 den Niedersächsischen Medizinischen Hochschulen
 4 vollwertige Mitglieder der Präsidien werden können
 5 und welche Voraussetzungen dafür geschaffen wer-
 6 den müssen.
 7 Begründung
 8 Die Gruppe der Pflegenden ist eine der größten
 9 Beschäftigungsgruppen in den Universitätskliniken
 10 des Landes. Durch diese Berufsgruppe wird ein
 11 Großteil der Versorgung in den Kliniken geleistet.
 12 An den entscheidenden Stellen, an denen Entschei-
 13 dungen getroffen werden, sind Pflegende aber nicht
 14 vertreten. In den Präsidien der Hochschulen werden
 15 diese in der Regel durch das Vorstandsmitglied ver-
 16 treten, welches die Krankenversorgung verantwor-
 17 tet. Dies ist eine Medizinerin oder ein Mediziner.
 18 Pflegende haben aber eine eigene Profession und
 19 haben einen eigenen Anspruch und eigene Aufga-
 20 ben und sind nicht in allen Bereichen die Erfüllungs-
 21 gehilfen der Mediziner*innen. Daher benötigen die-
 22 se auch eine eigene Vertretung neben der Forschung
 23 und Lehre, der Medizin und der Administration.
 24 In z.B. Nordrhein-Westfalen ist die Beteiligung der
 25 Pflegenden in den Präsidien der Medizinischen
 26 Hochschulen schon lange geübte Praxis, auch wenn
 27 die Strukturen zwischen Universitäten und Klinik
 28 anders sind. Diese sollte aus unserer Sicht kein Hin-
 29 dernis darstellen.

**Antrag GS-
SPD-Unterbezirk Holzminden**

Betriebskindergärten

- 1 Der Parteitag möge beschließen:
2
3 Betriebskindergärten sollen rechtliche Verein-
4 fachungen erfahren und einen Angleich an die
5 Rahmenbedingungen der Kindertagespflege erhal-
6 ten.
7 Dies soll insbesondere hinsichtlich:
8 • Anforderungen an das Betreuungspersonal
9 • Anforderungen an die Räumlichkeiten
10 • Anforderungen an die Betreuungsschlüssel er-
11 folgen und so eine Erleichterung der Betriebs-
12 kindergartengründung ermöglichen.

13
14
15 **Begründung**

- 16 Die Arbeitsaufnahme vieler Eltern scheitert an un-
17 zureichenden Betreuungsangeboten, insbesondere
18 mit Blick auf individuelle Arbeitszeiten. Der bürokrati-
19 sche Aufwand und die
20 hohen Anforderungen an reguläre Kitas verhindern
21 den Ausbau zusätzlicher Betreuungsplätze.
22 Eine rechtliche Angleichung betrieblicher Kinder-
23 gärten an die Kindertagespflege würde Hürden ab-
24 bauen und es mehr Eltern ermöglichen, eine Er-
25 werbstätigkeit aufzunehmen oder ihre Arbeitszei-
26 ten zu erweitern.
27
28 Dieser Antrag erkennt auf keinen Fall die starke und
29 wertvolle pädagogische Leistung der Kitas in der
30 frühkindlichen Erziehung. Er soll aber dazu dienen,
31 Zugangsschwellen abzubauen und die Erwerbstä-
32 tigkeit auch gerade von Frauen zu unterstützen.

**Antrag GS-
SPD-Unterbezirk Hildesheim**

Keine Pauschalisierung bei Versorgung von Mutter und Kind

- 1 1. Die Vergütung von freiberuflichen Hebam-
2 men bei Wochenbettbesuchen soll angepasst

werden, indem angefangene 15 Minuten mit einer vollen Zeiteinheit vergütet werden. Dies soll bis zu einem maximalen Zeitraum von drei Zeiteinheiten pro Besuch gelten. Ein zweiter Besuch am selben Tag ist nur in Notfällen möglich.

2. Die abrechenbare Anfahrtstrecke für freiberufliche Hebammen soll von derzeit 25 Kilometern auf 30 Kilometer erhöht werden.

Begründung

Freiberufliche Hebammen leisten während der Wochenbettbetreuung einen unverzichtbaren Beitrag zur Gesundheit von Mutter und Kind. Dennoch werden ihre Leistungen derzeit völlig unzureichend vergütet. Die Pauschalvergütung von 40 Euro brutto pro 20 Minuten ignoriert den tatsächlichen Betreuungsaufwand und zwingt viele Hebammen, Wochenbettbesuche einzuschränken oder gänzlich abzulehnen. Um die flächendeckende Versorgung sicherzustellen, braucht es dringend eine gerechtere Vergütung und eine angemessene Anfahrtsschädigung.

1. Medizinische Nachsorge und Säuglingsbetreuung:

Die ersten zwei Wochen nach der Entbindung sind für Mutter und Kind besonders kritisch. In dieser Zeit müssen Hebammen eine Vielzahl an Aufgaben übernehmen, die weit über eine rein medizinische Nachsorge hinausgehen. Dazu gehören:

- Überwachung und Versorgung von Geburtsverletzungen
- Kontrolle der Rückbildung der Gebärmutter
- regelmäßige Überprüfung der Vitalwerte des Kindes, darunter Hautfarbe, Temperatur, Atmung und Gewicht
- Hilfestellung beim Stillen, Wickeln, Baden und der allgemeinen Säuglingspflege
- Unterstützung der Eltern beim sicheren Halten und Versorgen ihres Kindes
- Aufklärung über mögliche Gefährdungen des Neugeborenen, etwa Überhitzung, plötzlicher Kindstod oder Dehydrierung
- Ernährungsberatung für die Mutter, insbesondere bei Stillproblemen oder besonderen Ernährungsbedürfnissen
- Aufklärung über den späteren Übergang zur Beikost und eine gesunde Ernährung des Kindes

Diese Aufgaben sind nicht in einem starren 20-Minuten-Zeitfenster abhandelbar. Jede Mutter, jedes Kind und jede Geburtssituation sind individuell – eine flexible, nach Zeit vergütete Betreuung ist daher essenziell.

1. Psychosoziale Betreuung und Krisensituationen:

Neben der medizinischen Versorgung leisten Hebammen eine wichtige psychosoziale Betreuung. Sie sind oft die ersten Fachkräfte, die erkennen, wenn eine Mutter oder eine Familie mit der neuen Lebenssituation überfordert ist. Besonders bei Erstgebärenden, aber auch bei Müttern mit schwierigen sozialen oder wirtschaftlichen Hintergründen, ist diese Betreuung unerlässlich! Hebammen kümmern sich um:

- **Annahme des Kindes:** Nicht jede Mutter kann sofort eine enge emotionale Bindung zu ihrem Neugeborenen aufbauen. Gefühle von Unsicherheit, Überforderung oder sogar Ablehnung können auftreten. Hebammen helfen Müttern in diesem Prozess, indem sie Ängste abbauen, Unterstützung bieten und das Bonding zwischen Mutter und Kind fördern.
- **Das Erkennen und Begleiten von Wochenbettdepressionen:** Viele Frauen leiden in den ersten Wochen nach der Geburt durch die hormonelle Umstellung unter depressiven Verstimmungen bis hin zu schweren Wochenbettdepressionen. Unbehandelt kann dies langfristige psychische Erkrankungen nach sich ziehen und im schlimmsten Fall die Mutter-Kind-Bindung nachhaltig schädigen. Hebammen sind oft die ersten, die Symptome erkennen und rechtzeitig an Beratungsstellen oder medizinische Fachkräfte weiterverweisen.
- **Krisensituationen in der Familie:** In manchen Fällen zeigt sich bereits in den ersten Wochen nach der Geburt, dass familiäre oder wirtschaftliche Probleme die Versorgung des Kindes gefährden. Dazu gehören unter anderem:
 - Anzeichen häuslicher Gewalt,
 - Hinweise auf Vernachlässigung des Kindes oder der Mutter,
 - Überforderung in der Haushaltsführung oder Organisation des Alltags,
 - Fehlende finanzielle Mittel zur Grundversorgung von Mutter und Kind. In solchen Fällen können Hebammen frühzeitig intervenieren und an entsprechende Hilfsangebote weitervermitteln.

105 • **Unterstützung in behördlichen Angelegenheiten:** Viele Mütter sind mit Anträgen für Kindergeld, Elterngeld oder andere Sozialleistungen überfordert. Hebammen helfen, diese bürokratischen Hürden zu bewältigen, um eine stabile Versorgung der Familie sicherzustellen.

112
113 Eine vertrauensvolle Beziehung zwischen Hebamme und Mutter ist die Grundlage für eine erfolgreiche psychosoziale Betreuung nach der Entbindung. Doch diese Beziehung braucht Zeit - und die Vergütung der Krankenkasse deckt diesen Arbeitsaufwand neben der medizinischen Nachsorge und Säuglingsbetreuung nicht ab.

120
121
122
123 **2.Unzureichende Vergütung gefährdet die Versorgung:**

125 Die aktuelle Vergütungssituation ist eine massive Benachteiligung der Hebammen. Die starre Abrechnung nach 20-Minuten-Pauschalen zu jeweils 40€ Brutto bedeutet, dass Hebammen entweder unbezahlte Mehrarbeit leisten oder notwendige Betreuungsleistungen kürzen müssen.

131 Zudem sind die derzeitigen Kilometerpauschalen für Anfahrten nicht mehr zeitgemäß. Besonders im ländlichen Raum reicht die derzeitige Entschädigung für 25 Kilometer nicht aus, um die tatsächlichen Fahrtkosten angemessen zu decken. Die Situation führt dazu, dass viele Hebammen Hausbesuche in entlegenen Gebieten nicht mehr anbieten können - mit der Folge, dass Mütter und Neugeborene in diesen Regionen zunehmend unversorgt bleiben.

140 Ohne eine bessere Vergütung werden immer mehr Hebammen gezwungen sein, ihre freiberufliche Tätigkeit aufzugeben – mit fatalen Folgen für Mütter und Neugeborene. Die Arbeit von Hebammen ist systemrelevant. Es ist höchste Zeit, sie angemessen zu honorieren.

Antrag GS- Jusos Bezirk Hannover

Die Welt gehört in Kinderhände! Bundesweite. Standards für Qualität und Zuverlässigkeit in Kindertagesstätten.

- 1 Über 30 Tage im Jahr - so oft sind Mitarbeiter*innen
- 2 in der Kinderbetreuung und -erziehung durch-

3 schnittlich krank. Tendenz steigend, wie eine Stu-
4 die der Bertelsmann-Stiftung im August 2024 fest-
5 stellte. Der Durchschnitt aller Berufsgruppen liegt
6 hingegen bei 20 Tagen. Die zweithäufigste Ursa-
7 che, nach Atemwegsinfektionen, sind dabei psy-
8 chische Erkrankungen, die durch den Beruf verur-
9 sacht werden. Obwohl viele Erzieher*innen, Sozial-
10 assistent*innen oder Therapeut*innen ihren Beruf
11 aus Überzeugung und Begeisterung gewählt haben,
12 macht dieser Job sie krank. Viele pädagogische Fach-
13 kräfte sind frustriert, weil sie durch den Personal-
14 mangel ihrer eigentlichen Berufung gar nicht nach-
15 gehen können, sondern damit beschäftigt sind, ir-
16 gendwie den Betrieb am Laufen zu halten, ohne dass
17 die Kinder zu Schaden kommen. Über 90 % der Mit-
18 arbeiter*innen sind FINTA. Es sind also vor allem
19 Frauen (Zahlen zu TIN-Personen liegen nicht vor), die
20 unter den desaströsen Arbeitsbedingungen in die-
21 ser Branche leiden. Die übermäßige, gesundheits-
22 gefährdende Arbeitsbelastung und damit verbun-
23 dene Ausfälle an Kindertagesstätten führen wieder-
24 um dazu, dass das verbliebene Personal noch mehr
25 Arbeit stemmen muss und immer öfter auch da-
26 zu, dass ganze Gruppen innerhalb der Einrichtungen
27 wegen Krankheit geschlossen werden müssen.
28 Spätestens an diesem Punkt sind auch die Eltern
29 betroffen, die - meistens ohne jeglichen Planungs-
30 vorlauf - einspringen müssen. Unter der desaströ-
31 sen Personallage leidet die Zuverlässigkeit der Ki-
32 tas und damit auch die Planungssicherheit der El-
33 tern. Das führt nicht nur zu Stress oder abstrakten
34 beruflichen Nachteilen, sondern oft zu ganz konkre-
35 ten finanziellen Einbußen. Da ein Großteil der un-
36 bezahlten Care-Arbeit immer noch von FINTA geleis-
37 tet wird und der Anteil von FINTA unter Alleinerzie-
38 henden höher ist, leiden auch verstärkt FINTA unter
39 den unkalkulierbaren Kita-Ausfällen. Die Kita-Krise
40 ist deshalb auch aus feministischer Perspektive ein
41 enormes Problem, weil sie letztlich zur Stärkung tra-
42 ditioneller Geschlechterrollen beiträgt. Oft wissen
43 sich Träger der Einrichtungen nicht mehr anders zu
44 helfen, als den Zugang zur Ganztagsbetreuung ein-
45 zuschränken, die dann z.B. nur genutzt werden kann,
46 wenn beide Eltern in Vollzeit berufstätig sind.
47 Am unmittelbarsten betroffen sind aber die Kinder,
48 die die Kindertagesstätten besuchen. Der Besuch
49 dieser Einrichtungen ist dabei mehr als nur eine
50 reine "Verwahrung" der Kinder, während die Eltern
51 arbeiten, sondern zentraler Bestandteil der früh-
52 kindlichen Bildung. Viele emotionale (z.B. Empa-
53 thie, Selbstbewusstsein, Bedürfnisse äußern), sozia-

le (Kommunikation und Zusammenarbeit), kognitive (Kreativität und Problemlösung), sprachliche, motorische und interkulturelle Kompetenzen werden bereits im Kita-Alter erworben und legen damit den Grundstein für spätere Lernerfolge. Für viele dieser Kompetenzen sind Peer-Interaktionen, also die Sprachförderung in der und durch die Gruppe, notwendig, sodass sie nicht gleichermaßen allein in der Familie erworben werden können. Wenn die Kita diesem Bildungsanspruch nicht nachkommen kann, haben die Kinder einen erheblichen Nachteil für ihren weiteren Bildungsweg. Dabei trifft auch das nicht alle Kinder gleichermaßen. Vom Mangel an Kita-Plätzen sind überdurchschnittlich häufig armutsgefährdete, migrantisierte, nicht-akademische und alleinerziehende Familien betroffen. Die Kita-Krise ist somit auch eine Gerechtigkeitsfrage und eine zuverlässige und qualitativ angemessene Versorgung mit Kita-Plätzen ist Bestandteil eines gerechten Bildungszugangs. Wenn Kitas als Bildungs-ort begriffen werden, müssen andere qualitative Maßstäbe angelegt werden, als wenn es nur um reine Betreuung der Kinder geht. Der Personalnotstand in vielen Kitas steht diesem Qualitätsanspruch im Weg: Durch Stress und hohe Arbeitsbelastung kommt die individuelle Förderung der Kinder zu kurz. Wenn Gruppen zusammengelegt oder Betreuungsschlüssel angepasst werden, hat die Fachkraft weniger Zeit für das einzelne Kind. Auch die Absenkung der Qualifikationsanforderungen an die Fachkräfte wird zum Teil als Maßnahme gegen den Personalmangel gefordert. In Niedersachsen wurde bereits beschlossen, dass Sozialassistent*innen unter bestimmten Bedingungen die Gruppenleitung übernehmen können, was zuvor auf Erzieher*innen beschränkt war. In anderen Bundesländern wird ähnliches diskutiert. Maßnahmen wie diese führen zu der verbreiteten Wahrnehmung, dass Zuverlässigkeit und Qualität von Kindertagesstätten im Konflikt miteinander stehen. Über akute Notsituationen hinaus gedacht bedingen sich Zuverlässigkeit und Qualität jedoch gegenseitig.

Mit Blick auf die hier umrissenen Gruppen - Mitarbeiter*innen in Kitas, Eltern und Kinder - ist die Kita-Krise ein vielschichtiges Problem, das Arbeitnehmer*innenrechte und den Kampf für faire Arbeitsbedingungen, Gleichstellungsfragen und Bildungs-gerechtigkeit miteinander verbindet. Bundesweit für gute Bedingungen in der Kita zu kämpfen ist deshalb auch ein wichtiges Anliegen für uns als SPD. Ein entscheidender Punkt ist dabei die Schaffung bun-

105 desweiter Standards - unter anderem bei Personal-
106 führung und in der Sprachförderung. Dafür setzen
107 wir uns ein. Wir begrüßen, dass sich die CDU/CSU
108 und SPD im Koalitionsvertrag auf ein Qualitäts-
109 entwicklungsgesetz verständigt haben und fordern,
110 dass das Gesetz die folgenden Aspekte aufgreift.

111 **Mit bundesweiten Personal-Standards gegen die**
112 **Kita-Krise**

113 Um der Kita-Krise zu begegnen, müssen die bei-
114 den zentralen Größen, Zuverlässigkeit und Quali-
115 tät, zusammengebracht werden. Bislang werden sie
116 zu oft in einem Konkurrenzverhältnis gesehen, zum
117 Beispiel wenn vermeintliche Zuverlässigkeit durch
118 größere Gruppen oder Aufweichung von Qualifi-
119 zierungsanforderungen erzielt werden soll. Tatsäch-
120 lich sind beide aus sozialdemokratischer Perspekti-
121 ve nicht nur zwingend notwendig, sie beeinflussen
122 sich auch gegenseitig: Personalmangel und größe-
123 re Gruppen führen zu höherer Belastung, damit zu
124 höheren Krankheitsständen und schließlich zu den
125 beschriebenen Gruppenschließungen. Zugleich füh-
126 ren die schlechten Arbeitsbedingungen dazu, dass
127 eine Vollzeittätigkeit in einer Kita für viele Mitarbei-
128 ter*innen kaum leistbar ist und Lohnerhöhungen so-
129 mit oft in Arbeitszeitreduzierungen umgesetzt wer-
130 den, was die Personalnot weiter verstärkt. Fast die
131 Hälfte der Mitarbeiter*innen in Kitas arbeitet in Teil-
132 zeit. Ein weiterer Effekt der Arbeitsbedingungen ist,
133 dass die Verweildauer im Beruf der Erzieher*in ex-
134 trem gering ist. Zwar hat seit den 2010er-Jahren ei-
135 ne (wenngleich nicht ausreichende) Steigerung der
136 Ausbildungskapazitäten stattgefunden, aber nach
137 fünf Jahren hat die Hälfte der Beschäftigten den Be-
138 ruf wieder verlassen. Eine höhere Attraktivität des
139 Berufs ist daher notwendig, um bereits ausgebildete
140 Fachkräfte auch zu halten oder zurückzugewinnen.
141 Die Überlastung der Mitarbeiter*innen ist aber kei-
142 ne Überraschung. Sie ist viel zu oft fester Bestand-
143 teil der Personalberechnung. Bei der Personalpla-
144 nung wird in vielen Kitas mit weniger als den tarif-
145 lich oder vertraglich vereinbarten Urlaubstagen ge-
146 rechnet und auch die Krankheitstage werden niedri-
147 ger geschätzt als die bekannten Statistiken auswei-
148 sen. Damit wird auf dem Papier zwar eine Personal-
149 deckung erreicht, die in der Realität aber scheitern
150 muss. Auch wenn das eine "Verzweiflungstat" an-
151 gesichts des Fachkräftemangels sein mag, trägt es
152 doch zur Überlastung des Personals und damit letzt-
153 lich auch zum Fachkräftemangel selbst bei. Auch
154 mittelbare pädagogische Arbeit wie Elterngespräch,
155 Vor- und Nachbereitung oder Dokumentation wer-

156 den nicht realistisch in die Berechnung des benötig-
157 ten Personals einbezogen.

158 **Genau an dieser Stelle muss ein bundesweites**
159 **Qualitätsentwicklungsgesetz ansetzen!** Wir fordern
160 deshalb **bundesweite Mindeststandards beim Kita-**
161 **Personal**, die zu einer realistischen Personalpla-
162 nung führen sollen. Das bedeutet, dass Ausfallzei-
163 ten ebenso wie der Zeitbedarf für mittelbare päd-
164 agogische Arbeit gemäß aktueller Datenlage ein-
165 bezogen werden müssen. Wenn Kita-Beschäftigte
166 durchschnittlich 30 Tage im Jahr krank sind, dann
167 sollte auch mit 30 Tagen gerechnet werden und
168 nicht mit den 20 Tagen, die in anderen Berufen der
169 Durchschnitt sind. Damit ist ein erster Schritt ge-
170 macht, um die Belastung der Beschäftigten zu re-
171 duzieren und gleichzeitig auch eine zuverlässigere
172 Planung für Kinder und Eltern zu gewährleisten. Da-
173 mit eine bedarfsgerechte Personalplanung erfolg-
174 reich umgesetzt werden kann, sollten weiterhin we-
175 sentliche Aspekte wie die Qualifikation des Perso-
176 nals, das Recht auf Fort- und Weiterbildung sowie
177 das Recht auf Supervision berücksichtigt werden.
178 Dabei ist sicherzustellen, dass Fort- und Weiterbil-
179 dungsmaßnahmen sowie insbesondere die Super-
180 vision die pädagogischen Einsatzzeiten des Teams
181 nicht in einer Weise beeinträchtigen, dass die qua-
182 litative Betreuung der Kinder darunter leidet.

183 **Sprache ist der Schlüssel zur Welt**

184 Standards müssen auch bei der Stärkung des früh-
185 kindlichen Kompetenzerwerbs gesetzt werden. Da-
186 bei muss vor allem ein Schwerpunkt auf alltagsin-
187 tegrierte Sprachbildung gesetzt werden. Schon jetzt
188 gehört die Sprachbildung zum Auftrag von Kitas, der
189 in entsprechenden Landesgesetzen geregelt ist. Zu-
190 recht: Sprache stellt einen besonders wichtigen Be-
191 standteil in der gesamtkindlichen Entwicklung dar
192 und ist damit eine der zentralen Schlüsselkompe-
193 tenzen. Sprache wird in einem ganzheitlichen Sinn
194 begriffen und ist gleichermaßen ein verbal- und
195 vorsprachliches sowie nonverbales kommunikatives
196 Ausdrucksmittel im Erst- oder Zweitspracherwerb
197 von Kindern. Besonders die Jahre, in denen Kin-
198 der eine Kindertageseinrichtung besuchen, sind der
199 entscheidende Zeitraum für die kindliche Sprach-
200 entwicklung, die Grundlage für einen gelingenden
201 Schriftspracherwerb und damit eine zentrale Vor-
202 aussetzung für den Bildungserfolg und die Teilha-
203 be an unserer Gesellschaft. Repräsentative Eltern-
204 befragungen wie NEPS oder AID:A haben erhoben,
205 dass bei etwa jedem 5. Kind in der Altersgruppe
206 der 5-jährigen in Deutschland ein Sprachförderbe-

207 darf festgestellt wurde. Unterschiede nach Famili-
208 ensprache, Migrationshintergrund, Geschlecht und
209 Schulabschluss der Eltern sind deutlich erkennbar.
210 Auch bei über 20% derjenigen Kinder, die zu Hause
211 überwiegend Deutsch sprechen, wurde ebenfalls ei-
212 ne verzögerte Sprachentwicklung festgestellt. Dies
213 ist gesamtgesellschaftlich eine Herausforderung, da
214 es einen Großteil der Kinder unabhängig von bspw.
215 Mehrsprachigkeit betrifft. Dass der schwarz-rote Ko-
216 alitionsvertrag die Wiedereinführung der Sprach-
217 Kitas dem Integrationskapitel zuordnet, zeichnet
218 ein einseitiges Bild vom tatsächlichen Sprachbil-
219 dungsbedarf. Trotzdem erfordert die Sprachbildung
220 und -förderung mehrsprachig aufwachsender Kin-
221 der spezifische Handlungskompetenzen von Seiten
222 der Fachkräfte, weshalb diese Kinder bis heute oft
223 durchs Raster fallen, anstatt die Potentiale der Kin-
224 der zu nutzen. Aufgrund des weiterhin bestehen-
225 den akuten Personalmangels in frühkindlichen Bil-
226 dungseinrichtungen und den daraus resultieren-
227 den fehlenden zeitlichen Ressourcen können vie-
228 le pädagogischen Fachkräfte dem gesetzlichen Auf-
229 trag und dem Bedarf der Kinder an Sprachbildung/-
230 förderung nicht gerecht werden. Um bestehende
231 Qualifizierungslücken des regulären Kita-Personals
232 im Bereich Sprachbildung und -förderung zu schlie-
233 ßen, sollten verpflichtende Fort- und Weiterbildun-
234 gen eingeführt werden. Auf diese Weise kann eine
235 umfassende und qualitativ hochwertige sprachpäd-
236 agogische Betreuung der Kinder nachhaltig sicher-
237 gestellt werden. Das von 2016 bis 2023 bestehende
238 Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der
239 Schlüssel zur Welt ist“ des Bundesministeriums für
240 Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat alltags-
241 integrierte sprachliche Bildung als festen Bestand-
242 teil in der Kindertagesbetreuung gefördert. Bundes-
243 weit war etwa jede 10. Kita eine sogenannte Sprach-
244 Kita, in der eine zusätzliche Fachkraft (meist päd-
245 agogische Fachkräfte oder Sprachtherapeut*innen)
246 mit halber Stelle durch das Bundesministerium ge-
247 fördert wurde. Das Bundesprogramm war zwar eine
248 guter Schritt in die richtige Richtung, konnte lang-
249 fristig aber nicht die bestehenden Probleme lösen:
250 zum einen, weil der Anteil der geförderten Einrich-
251 tungen zu gering war, um ein flächendeckendes An-
252 gebot für alle Kinder zu gewährleisten, zum ande-
253 ren, weil die Förderung projektbasiert war und da-
254 mit mit befristeten Stellen einherging und diese so-
255 mit für qualifizierte Fachkräfte unattraktiver wur-
256 den. Seit dem Auslaufen des Programms im Juni
257 2023 sind die Bundesländer in der Verantwortung,

258 die Projektstellen in ein Regelangebot zu überfüh-
259 ren. In dem zurückliegenden Jahr hat sich jedoch
260 vielerorts ein Rückschritt bei der alltagsintegrierten
261 Sprachbildung gezeigt, keinesfalls jedoch ein sub-
262 stanzieller Fortschritt. Statt einer bloßen Wieder-
263 einföhrung des Sprach-Kita-Programms braucht es
264 nämlich eine flächendeckende Ausweitung und Ver-
265 stetigung des Angebots. Die im Koalitionsvertrag
266 von CDU/CSU und SPD vereinbarte Weiterentwick-
267 lung der Sprach-Kitas muss diese Aspekte aufgrei-
268 fen.

269 **Wir fordern deshalb als bundesweite Mindeststan-**
270 **dards:**

- 271 • dass pro Kindertageseinrichtung zusätzlich
272 zu den pädagogischen Fachkräften mindes-
273 tens eine qualifizierte Sprachförderkraft ein-
274 gestellt werden muss.
- 275 • dass diese Sprachförderkräfte unbefristet und
276 projektunabhängig eingestellt werden.
- 277 • dass projektunabhängige Fördermittel für die
278 Sprachförderung in der frühkindlichen Bil-
279 dung geschaffen werden, um flächendeckend
280 Stellen zu finanzieren
- 281 • dass der Grundbedarf an Erzieher*innen-
282 Stellen durch einen angemessenen und
283 realistischen Stellenplan gedeckt wird. (Unter
284 Berücksichtigung realistischer Krankheits-
285 tage, Teilzeit, etc.), so dass sich weitere
286 Fachkräfte auch auf ihre tatsächliche Auf-
287 gabe und nicht auf die Unterstützung bei
288 krankheitsausfällen konzentrieren können
- 289 • dass jede Einrichtung zunächst mindestens 20
290 Wochenstunden für die Sprachbildung, unab-
291 hängig von der Kinderzahl erhält. Dies stellt
292 sicher, dass selbst kleinere Einrichtungen aus-
293 reichend Zeit für die Sprachförderung einpla-
294 nen können. Mit der Steigerung der Gruppen-
295 größen bzw. Gruppenanzahl muss auch die
296 Stundenzahl der Sprachförderkräfte entspre-
297 chend stufenweise steigen, sodass der Größe
298 der KiTa Rechnung getragen wird. Ein entspre-
299 chender Betreuungsschlüssel muss von einer
300 Kommission bestehend aus Vertreter*innen
301 aus Politik, Praxis und Wissenschaft erarbei-
302 tet werden. Kleinere Kommunen haben die
303 Möglichkeit, sich zusammenzuschließen, so-
304 dass eine Sprachförderkraft für bis zu zwei Ein-
305 richtungen entsprechend des genannten Be-
306 treuungsschlüssels zuständig sein kann.

307 **Die Aufgaben der Sprachförderkräfte sollen dabei**
308 **vor allem sein:**

- 309 • Unterstützung der pädagogischen Fachkräfte
- 310 bei der Beobachtung und Dokumentation der
- 311 sprachlichen Kompetenzen
- 312 • Feststellung besonderer Sprachförderbedarfe
- 313 und ggf. Unterstützung bei der Suche von ge-
- 314 zielten Förder- oder Therapiemaßnahmen
- 315 • Angebote zur alltagsintegrierten Sprachbil-
- 316 dung (mit-)entwickeln sowie gezielte und
- 317 individuelle Sprachfördermaßnahmen für
- 318 Kinder mit besonderem Sprachförderbedarf
- 319 durchführen
- 320 • Beratung und Unterstützung der pädagogi-
- 321 schen Fachkräfte
- 322 • Zusammenarbeit mit Familien, Schulen sowie
- 323 Ärzt*innen und Sprachtherapeut*innen

324 **Qualifikation und Arbeitsweise:**

325 Neben der pädagogischen Kompetenz der Sprach-
 326 förderkräfte muss bei der Einstellung vor allem
 327 auch auf die Qualifikation im Bereich Sprachför-
 328 derung/-bildung geachtet werden. Es gibt mittler-
 329 weile ein sehr breites Spektrum an Ausbildungen
 330 und Studiengängen in diesem Fachbereich, die teil-
 331 weise nicht allen Bundesländern angeboten wer-
 332 den. Deshalb ist eine bundesweite Harmonisierung
 333 beim Zugang zu den Sprachförderstellen notwen-
 334 dig, um den durchaus qualifizierten Fachkräften die
 335 Arbeit zu ermöglichen. Stattdessen führt die aktuel-
 336 le Situation zur zusätzlichen Verknappung, obwohl
 337 schon ein akuter Fachkräftemangel besteht.

338 Deshalb muss eine bundesweite Angleichung der
 339 fachlichen Anforderungen an Sprachförderkräfte
 340 über die KMK erfolgen. Unter anderem aus dem Be-
 341 darf der Sprachförderung ergibt sich die Notwen-
 342 digkeit multiprofessioneller Teams in Kindertages-
 343 einrichtungen. Die Sprachförderkräfte sind dabei ein
 344 Schritt in diese Richtung. Ziel muss es sein, umfas-
 345 sende multiprofessionelle Teams zu bilden, um den
 346 wachsenden Anforderungen in Kindertageseinrich-
 347 tungen gerecht zu werden.

348 **Sinnvoll, machbar und realisierbar - Vollakademisie-** 349 **rung der Logopädie jetzt**

350 Ein Großteil der qualifizierten Sprachförderkräfte
 351 sind Logopäd*innen und Sprachtherapeut*innen.
 352 Nach aktuell geltendem Berufsgesetz ist die Zulas-
 353 sung zu den sogenannten additiven Studiengängen
 354 im Bereich der Logopädie nur mit dem Abschluss ei-
 355 ner logopädischen Berufsfachschule möglich. Kon-
 356 kret bedeutet dies, dass zusätzlich zu den drei Jah-
 357 ren Ausbildung noch je nach Studiengang und Mo-
 358 dell (Teilzeit-/Vollzeit) weitere 1,5 bis 3,5 Jahre Studi-
 359 um hinzukommen.

360 Eine seit 2009 bestehende Modellklausel (§ 11) im
361 aus den 80er-Jahren stammenden „Gesetz über den
362 Beruf des Logopäden“ (LogopG) erlaubt erstmals
363 Modellstudiengänge mit einer direkten hochschu-
364 lischen Ausbildung als staatlich anerkannte*r Lo-
365 gopäd*in. In 7 bis 8 Semestern erhalten die Ab-
366 solvent*innen die Berechtigung, die Berufsbezeich-
367 nung Logopäd*in zu tragen. In den Jahren 2014-2020
368 erfolgten Evaluationen dieser Modellstudiengänge,
369 die eindeutig belegten, dass aufgrund der gestie-
370 genen Anforderungen die bestmögliche Patient*in-
371 nenversorgung nur durch eine hochschulische Qua-
372 lifikation der Therapeut*innen gewährleistet wer-
373 den kann.

374 Auch eine vom Bundesministerium für Gesundheit
375 (BMG) und der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft
376 (BL-AG) „Gesamtkonzept Gesundheitsfachberufe“
377 empfohlene Prüfung der Vollakademisierung der Lo-
378 gopädie ergab, dass die Akademisierung der Logo-
379 pädie als machbar und notwendig angesehen wird
380 (2. Evaluationsbericht des BMG vom 22.10.2021). Die
381 Modellklausel lief allerdings nach bereits zweifa-
382 cher Verlängerung am 31.12.2024 aus. Trotz der Stim-
383 men aus den Berufsverbänden und auch von bspw.
384 Gesundheitsminister Karl Lauterbach, die die Aka-
385 demisierung befürworten, ist eine konkrete dauer-
386 hafte Lösung aktuell noch nicht in Sicht. Die endgül-
387 tige Entscheidung wird seit Jahren vertagt.

388 Deshalb fordern wir:

- 389 • dass sich die SPD-Bundestagsfraktion und das
390 Bundesministerium für Gesundheit für die
391 bereits angekündigte Vollakademisierung der
392 Logopädie aktiv einsetzen und somit für eine
393 akademische Erstqualifikation als grundstän-
394 dige Ausbildung;
- 395 • zum einen die Modellstudiengänge in regulä-
396 re Studiengänge zu überführen und zum an-
397 deren bundesweit die Logopädieausbildung
398 in eine hochschulische Ausbildung umzuwan-
399 deln;
- 400 • dass geprüft werden soll, ob und wie die Aka-
401 demisierung der Logopädie mit der Schaf-
402 fung von Direktzugängen zu Therapieleistun-
403 gen einhergehen kann, sodass zukünftig nicht
404 immer eine ärztliche Verordnung nötig sein
405 müsste;
- 406 • den vereinfachten Zugang und die Entbüro-
407 krtisierung von Heilmitteln.

408 Ziel muss es auch in der Logopädie sein, dem Fach-
409 kräftebedarf langfristig entgegenzuwirken und jun-
410 ge Menschen für die Therapieberufe zu gewin-

411 nen. Zu wenige entscheiden sich für das Berufsfeld
412 Logopädie/Sprachtherapie, aber vor allem, wer es
413 doch tut, verlässt die praktisch-therapeutische Ar-
414 beit nach wenigen Jahren. Das Ergebnis: Es wird im-
415 mer schwieriger, die Versorgung und Unterstützung
416 für die Menschen, die sie brauchen, abzusichern.
417 Das betrifft auch die alltagsintegrierte Sprachbil-
418 dung sowie zusätzliche therapeutische Angebote in
419 Kitas. Die hochschulische Ausbildung eröffnet neue
420 und weitere berufliche Perspektiven und wertet da-
421 mit die therapeutischen Berufe auf. Außerdem be-
422 steht die langfristige Perspektive, dass dadurch die
423 von der Krankenkasse gezahlten Sätze deutlich an-
424 gehoben werden könnten. Von der Lehre über die
425 therapeutische Arbeit mit Patient*innen bis hin zur
426 Karriere in der Forschung erweitert die Vollakademi-
427 sierung die Möglichkeiten beruflicher Entwicklung.
428 Die bisherigen Praxisanteile der Ausbildung würden
429 dabei aber nicht verloren gehen. Die hochschulische
430 Ausbildung in den Therapieberufen umfasst sowohl
431 fachpraktische als auch wissenschaftlich-fachliche
432 Anteile.

433 Im europäischen Vergleich ist Deutschland das ein-
434 zige Land, in dem nebeneinander berufsfachschu-
435 lisch und hochschulisch ausgebildet wird. Bereits
436 2013 waren in 30 von 31 Ländern der Bachelor- bzw.
437 Masterabschluss die Voraussetzung zur Berufsaus-
438 übung in der Logopädie. Deutschland bildet bis heu-
439 te die einzige Ausnahme.

440 Wenn man genau hinschaut, hat auch in Deutsch-
441 land der Übergang von einer berufsfachschulischen
442 in die hochschulische Ausbildung schon längst be-
443 gonnen: 90% der Bewerber*innen für eine Ausbil-
444 dung verfügen über eine Hochschulzugangsberech-
445 tigung. 80% der Lehrenden an den Berufsfachschu-
446 len sind hochschulisch qualifiziert. 80% der Berufs-
447 fachschulen kooperieren bereits mit einer Hoch-
448 schule. 57 Studiengänge gibt es allein im Bereich
449 Logopädie/Sprachtherapie. Was aber fehlt, ist eine
450 Perspektive. Eine Perspektive für die Modellstudien-
451 gänge und die Berufsfachschulen, eine Perspektive
452 für die Bewerber*innen und Therapeut*innen, aber
453 vor allem eine Perspektive für das Berufsfeld Lo-
454 gopädie/Sprachtherapie. Deshalb brauchen wir ei-
455 ne einheitlich gestaltete, ausschließlich hochschul-
456 sche Qualifikation in der Logopädie – Vollakademi-
457 sierung jetzt!

Antrag GS-**Jusos Bezirk Hannover****Unsichtbare Frauen in der Wissenschaft – Maßnahmen gegen den Matilda-Effekt**

1 Wissenschaft lebt von bahnbrechenden Entdeckun-
2 gen, von Personen, die die Welt verändern – doch
3 nicht alle erhalten die Anerkennung, die sie verdie-
4 nen. Über Jahrhunderte hinweg wurden die Leistun-
5 gen von Frauen in der Forschung kleingeredet, igno-
6 riert oder gar männlichen Kollegen zugeschrieben.
7 Ob Rosalind Franklin, deren bahnbrechende DNA-
8 Forschung hinter Watson und Crick verschwand,
9 oder Lise Meitner, die für die Entdeckung der Kern-
10 spaltung übergegangen wurde – der Matilda-Effekt ist
11 kein Relikt der Vergangenheit, sondern nach wie vor
12 ein strukturelles Problem.

13 Auch heute noch werden Frauen in der Wissen-
14 schaft systematisch benachteiligt: Sie erhalten we-
15 niger Fördermittel, ihre Arbeiten werden seltener
16 zitiert und höhere akademische Positionen bleiben
17 oft Männern vorbehalten. **Die Anerkennung wissen-**
18 **schaftlicher Leistungen darf jedoch keine Frage des**
19 **Geschlechts sein!** Es ist höchste Zeit, den „Matilda-
20 Effekt“ (benannt nach der US-amerikanischen Frau-
21 enrechtlerin Matilda Joslyn Gage) zu beenden und
22 Frauen in der Wissenschaft die Anerkennung zu ge-
23 ben, die ihnen zusteht.

24 Frauen sind in der Wissenschaft nach wie vor un-
25 terrepräsentiert: Obwohl sie etwa die Hälfte der
26 Studienanfänger*innen und Promovierenden stel-
27 len, sinkt ihr Anteil mit jeder höheren Karrierestufe
28 drastisch. Nur 28 % der Professuren in Deutschland
29 sind von Frauen besetzt, und ihre Forschung wird
30 seltener zitiert sowie geringer gefördert – ein klares
31 Zeichen für strukturelle Benachteiligung, die es zu
32 überwinden gilt. Zudem werden Frauen in der Wis-
33 senschaft bei Preisen und Ehrungen weiterhin über-
34 gangen, was ihre Sichtbarkeit und Karrierechancen
35 zusätzlich einschränkt. Diese Zahlen verdeutlichen
36 den sogenannten Leaky-Pipeline-Effekt, bei dem der
37 Frauenanteil mit jeder höheren Karrierestufe in der
38 Wissenschaft abnimmt.

39 **Der Matilda-Effekt hat auch heute noch weitrei-**
40 **chende negative Konsequenzen:**

- 41 • **Weniger Anerkennung:** Wissenschaftlerinnen
42 erhalten für gleichwertige Leistungen weni-
43 ger Sichtbarkeit und Anerkennung.
- 44 • **Geringere Karrierechancen:** Die geringere An-
45 erkennung führt zu erschwerten Bedingun-
46 gen beim Zugang zu Führungspositionen und

prestigeträchtigen Projekten.

- **Weniger Fördermittel:** Frauen erhalten oft weniger Forschungsförderung, was ihre wissenschaftliche Arbeit und Karriereentwicklung einschränkt.
- **Geringere Vorbildfunktion:** Die geringe Sichtbarkeit erfolgreicher Wissenschaftlerinnen wirkt sich negativ auf den wissenschaftlichen Nachwuchs aus und kann junge Frauen davon abhalten, eine Karriere in der Forschung anzustreben.

Um den Matilda-Effekt zu bekämpfen und die Chancengleichheit in der Wissenschaft zu fördern, fordern wir von den Hochschulen, den Forschungsförder- und Wissenschaftsorganisationen sowie allen Drittmittelgebern, der niedersächsischen Landesregierung und der Bundesregierung:

1. **Transparente und geschlechtergerechte Bewertungsverfahren:** Einführung standardisierter und transparenter Kriterien bei der Vergabe von Forschungsfördermitteln und Preisen, um geschlechtsspezifische Verzerrungen zu vermeiden. Drittmittelgeber*innen sollen geschlechtergerechte Förderkriterien implementieren.
1. **Förderung von Wissenschaftlerinnen:** Einrichtung weiterer spezieller Förderprogramme und Stipendien für Frauen in der Wissenschaft, insbesondere in den Übergangsphasen zwischen Promotion, Habilitation und Professur.
1. **Mentoring- und Netzwerkprogramme:** Aufbau von Mentoring-Programmen, die Nachwuchswissenschaftlerinnen mit erfahrenen Forscherinnen vernetzen, um den Austausch von Wissen und Erfahrungen zu fördern.
1. **Sensibilisierung und Schulung:** Durchführung regelmäßiger Schulungen und Workshops für Gutachter*innen, Entscheidungsträger*innen und wissenschaftliche Gremien zur Sensibilisierung für geschlechtsspezifische Vorurteile und deren Auswirkungen.
1. **Datenerhebung und Monitoring:** Systematische Erfassung und Veröffentlichung von Daten zur Geschlechterverteilung in verschiedenen wissenschaftlichen Karrierestufen und Disziplinen, um Fortschritte und Handlungsbedarf transparent zu machen.
1. **Anerkennung und Sichtbarkeit:** Aktive Förderung der Sichtbarkeit von Wissenschaftlerinnen durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit, in-

98 klusive der Hervorhebung ihrer Beiträge in Pu-
99 blikationen, Konferenzen und Medien.

100 1. **Verbindliche Gleichstellungspläne:** Verpflich-
101 tung von Hochschulen und Forschungsein-
102 richtungen zur Erstellung und Umsetzung
103 konkreter Gleichstellungspläne mit klaren
104 Zielvorgaben und Maßnahmen.

105 1. **Bessere Arbeitsbedingungen und verlässli-**
106 **che Karrierewege in der Wissenschaft:** Im-
107 mer noch sind berufliche Wege in der Wis-
108 senschaft von langer Unsicherheit geprägt.
109 Diese Unsicherheit verstärkt das Machtge-
110 fälle innerhalb der Wissenschaft und fördert
111 die Ausbeutung von Nachwuchswissenschaft-
112 ler*innen. Unter dieser Situation leiden Frau-
113 en besonders stark, da sie zusätzlich stärker
114 durch Sorge-Arbeit belastet werden und im-
115 mer noch oft zwischen Karriere und Familie
116 entscheiden müssen. Wissenschaftliche Lauf-
117 bahnen müssen deshalb zuverlässiger wer-
118 den, durch Befristungshöchstgrenzen ohne
119 Tarifsperre, mehr unbefristete Stellen im Mit-
120 telbau und die Ausweitung von Tenure-Track
121 Programmen. Der Ampel-Koalition ist es nicht
122 gelingen, diese dringend benötigte Reform
123 durchzuführen. Wir fordern deshalb von der
124 neuen Bundesregierung, zügig das Wissen-
125 schaftszeitvertragsgesetz zu novellieren und
126 weitere Maßnahmen für bessere Arbeit in der
127 Wissenschaft zu ergreifen.

128 Einige dieser Maßnahmen sind bereits in Teilen der
129 Wissenschaft und in Förderprogrammen umgesetzt
130 worden, jedoch nicht in einem ausreichenden Aus-
131 maß, um die Ungleichbehandlung in der Wissen-
132 schaft effektiv zu beenden. Finanzielle Mittel sollten
133 im Rahmen bestehender Programme zur Förderung
134 der Gleichstellung in der Wissenschaft bereitgestellt
135 und bei Bedarf aufgestockt und erweitert werden.

136 Die politischen Entwicklungen in den USA, insbe-
137 sondere unter dem Einfluss von Donald Trump und
138 rechtsextremen Kräften, zeigen, wie schnell wis-
139 senschaftliche Freiheit, Gleichstellung und Förde-
140 rung marginalisierter Gruppen unter Druck gera-
141 ten können. Angriffe auf geschlechtergerechte Bil-
142 dung, die Kürzung von Förderprogrammen für Di-
143 versität sowie die zunehmende politische Einfluss-
144 nahme auf Wissenschaft und Hochschulen verdeut-
145 lichen, wie fragil Fortschritte sein können. Vor die-
146 sem Hintergrund wird Deutschland auch für Wis-
147 senschafter*innen, die in den USA nicht mehr tätig
148 sein wollen oder können, als Wissenschaftsstand-

149 ort zunehmend bedeutender und attraktiver. Um-
 150 so wichtiger ist es, dass wir in Deutschland konse-
 151 quent und vorausschauend für Gleichstellung in der
 152 Wissenschaft eintreten - als Fundament einer freien,
 153 zukunftsorientierten und gerechten Wissenschafts-
 154 landschaft.

155 **Der Matilda-Effekt stellt eine erhebliche Barriere**
 156 **für die Gleichstellung von Frauen in der Wissen-**
 157 **schaft dar. Durch die Umsetzung der genannten**
 158 **Maßnahmen können wir dazu beitragen, die Sicht-**
 159 **barkeit und Anerkennung von Wissenschaftlerin-**
 160 **nen zu erhöhen, geschlechtsspezifische Benachtei-**
 161 **ligungen abzubauen und ein gerechteres und inno-**
 162 **vativeres Wissenschaftssystem zu schaffen.**

Antrag GS-

AfA Bezirk Hannover

Nichtärztliche Gesundheitsberufe aufwerten

1 Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA) im
 2 SPD-Bezirk Hannover fordert, dass der SPD-
 3 Bezirksvorstand sich auf Landes- und Bundesebene
 4 – insbesondere gegenüber den SPD-Landtags-
 5 und Bundestagsfraktionen – dafür einsetzt, dass
 6 nichtärztliche Gesundheitsberufe politisch und
 7 gesellschaftlich aufzuwerten. Ziel ist es, durch
 8 konkrete Maßnahmen wie faire Bezahlung, tarif-
 9 liche Absicherung, bessere Arbeitsbedingungen,
 10 Mitbestimmung und Schutzrechte die Attraktivität
 11 und Zukunftsfähigkeit dieser systemrelevanten
 12 Berufsgruppen zu sichern und ihre gesellschaftliche
 13 Anerkennung nachhaltig zu stärken.

14 Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeit im SPD-Bezirk
 15 Hannover fordert die SPD-Bundestagsfraktion so-
 16 wie die SPD in Bund und Land dazu auf, sich bei der
 17 Umsetzung des Koalitionsvertrags und darüber hin-
 18 aus für eine nachhaltige Verbesserung der Arbeits-
 19 bedingungen, der Entlohnung und der gesellschaft-
 20 lichen Anerkennung nichtärztlicher Gesundheitsbe-
 21 rufe einzusetzen. Die Forderungen des Verbandes
 22 medizinischer Fachberufe e.V. (vmf) vom 20.06.2025
 23 sind hierbei inhaltlich zu berücksichtigen. Konkret
 24 fordern wir:

25 1. Arbeits- und Lebensrealitäten ernst nehmen:
 26 Der Alltag von Medizinischen, Zahnmedizinischen,
 27 Tiermedizinischen Fachangestellten und Zahntech-
 28 niker: innen ist geprägt von Mehrfachbelastung
 29 – durch Beruf, Familie und Sorgearbeit. Politi-

30 sche Maßnahmen zur Fachkräftesicherung müssen
31 an der realen Lebenssituation dieser überwiegend
32 weiblich besetzten Berufe ansetzen – durch verläss-
33 liche
34 Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeiten, planbare
35 Dienste und bezahlbaren Wohnraum in Praxisnähe.
36 2. Tarifbindung und faire Löhne garantieren: Die Ent-
37 lohnung vieler Fachkräfte im ambulanten Gesund-
38 heitswesen liegt nur knapp über dem Mindestlohn,
39 trotz anspruchsvoller Ausbildung und hoher Verant-
40 wortung. Wir fordern:
41 o flächendeckende, verbindliche Tarifverträge,
42 o eine spürbare Abgrenzung vom gesetzlichen Min-
43 destlohn,
44 o Branchenmindestlöhne mit staatlicher Gegenfi-
45 nanzierung analog zum Pflegebereich.
46 3. Berufliche Mitsprache stärken: Berufsgruppen wie
47 MFA, ZFA, TFA und Zahntechniker: innen müssen
48 strukturell in politische Entscheidungsprozesse ein-
49 bezogen werden. Die SPD setzt sich dafür ein, dass
50 ihre Berufsvertretungen Sitz und Stimme in Kom-
51 missionen, Modellprojekten und Anhörungen erhal-
52 ten.
53 4. Rechts- und Gewaltschutz ausweiten: Beschäf-
54 tigte in diesen Berufen erleben zunehmend Gewalt
55 und Übergriffe. Der strafrechtliche Schutz ist auszu-
56 weiten, systematische Prävention zu fördern und Ar-
57 beitgeber: innen in der Schutzverantwortung klarer
58 in die Pflicht zu nehmen.
59 5. Ehrenamtliche Arbeit besser anerkennen: Ehren-
60 amtliche leisten einen wichtigen Beitrag zur Berufs-
61 bildung, Prüfungsorganisation und zur Arbeit in Be-
62 rufsverbänden. Die Anhebung der Ehrenamts-pau-
63 schale war ein erster Schritt – darüber hinaus soll
64 geprüft werden, wie langjähriges Engagement ren-
65 tenrechtlich besser anerkannt werden kann.

67 **Begründung**

68 Nichtärztliche Gesundheitsfachberufe wie Medi-
69 zinische, Zahnmedizinische und Tiermedizinische
70 Fachangestellte sowie Zahntechniker: innen sind
71 systemrelevant – in Arzt- und Zahnarztpraxen, La-
72 boren, Kliniken und tierärztlichen Einrichtungen.
73 Trotzdem werden sie politisch und gesellschaftlich
74 oft nicht ausreichend wahrgenommen. Sie arbei-
75 ten unter schwierigen Bedingungen: geringe Löhne,
76 fehlende Tarifbindung, Personalmangel, psychische
77 und physische Belastung, zunehmende Gewalt im
78 Berufsalltag.
79 Der Verband medizinischer Fachberufe e.V. (vmf)
80 hebt in seiner Stellungnahme vom 20.06.2025 her-

81 vor, dass der aktuelle Koalitionsvertrag zwar „zahl-
82 reiche Vorhaben“ enthalte, diese aber in der
83 Umsetzung „hinter den Erwartungen zurückblei-
84 ben“. Der vmf stellt klar: „Fachkräftesicherung ge-
85 lingt nur, wenn die Politik Maßnahmen umsetzt,
86 die Lebenswirklichkeit der Beschäftigten ernst neh-
87 men.“

88 Die Löhne vieler Fachkräfte liegen noch immer na-
89 he am Mindestlohn, obwohl sie nach einer dreijäh-
90 rigen Ausbildung täglich große Verantwortung tra-
91 gen. „Eine Vergütung knapp über Mindestlohn ist
92 dieser Qualifikation nicht angemessen und würde
93 weiterhin trotz Vollzeitarbeit zu Altersarmut füh-
94 ren.“ (vmf)

95 Zudem bleibt politische Teilhabe oft auf ärztliche
96 und pflegerische Akteure beschränkt. Der vmf for-
97 dert zurecht: „Die Einbindung der Berufsvertretung
98 der MFA, TFA, ZFA und Zahntechniker: innen in poli-
99 tische Entscheidungsprozesse [...] bleibt zentral.“

100 Ein weiteres Problem ist die zunehmende Ge-
101 walt gegenüber Angestellten im Gesundheitswe-
102 sen. „Gewalt gegen MFA, TFA, ZFA und alle anderen
103 Gesundheitsberufe ist real und fordert systemati-
104 sche Prävention und strafrechtlichen Schutz.“ (vmf)
105 Auch das Ehrenamt verdient stärkere politische An-
106 erkennung. Der vmf schlägt vor: „Ein zweiter gu-
107 ter Schritt wäre, über ein jahrzehntelanges nach-
108 weislich ehrenamtliches Engagement einen Renten-
109 punkt zu vergeben.“

110 Diese Forderungen stimmen mit den arbeits- und
111 sozialpolitischen Zielen der AfA überein. Sie zeigen:
112 Gute Arbeit in den Gesundheitsberufen braucht
113 konkrete politische Maßnahmen. Die SPD muss jetzt
114 handeln – für soziale Gerechtigkeit, sichere Gesund-
115 heitsversorgung und die Anerkennung dieser zen-
116 tralen Berufsgruppen.

Antrag GS-

AfA Bezirk Hannover

Apotheken stärken – Arbeitsbedingungen verbessern, Versorgung sichern

1 Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA) im
2 SPD-Bezirk Hannover fordert, dass der SPD-
3 Bezirksvorstand sich auf Landes- und Bundesebene
4 – insbesondere gegenüber den SPD-Landtags- und
5 Bundestagsfraktionen – dafür einsetzt, auf, sich
6 für eine nachhaltige Stärkung der öffentlichen
7 Apotheken einzusetzen, um die wohnortnahe

8 Arzneimittelversorgung zu sichern und die Ar-
9 beitsbedingungen der Mitarbeitenden deutlich zu
10 verbessern. Konkret fordern wir:

11 1. Faire Bezahlung für Apothekenleistungen

12 Es ist eine Anpassung des Fixhonorars an die rea-
13 len Personal- und Sachkosten vorzunehmen. Für
14 Mehraufwand durch Lieferengpässe, Medikations-
15 management, Rezeptkorrekturen und pharmazeu-
16 tische Beratung ist ein gesondertes Vergütungssys-
17 tem einzuführen. Eine unabhängige Schiedsstelle
18 für Retaxationen (Zurückweisungen von Leistungen
19 durch die Krankenkassen) soll geschaffen werden.
20 Es braucht klarere Regelungen bei möglichem Re-
21 zeptbetrug, da es nicht sein kann, dass eine Apo-
22 theke nicht weiß, ob sie einen Verdachtsfall melden
23 darf oder ob sie damit ein Datenschutzvergehen be-
24 gehen würde. Zudem ist eine Beteiligung von Ärz-
25 ten und Krankenkassen an den Schäden aus Rezept-
26 betrug notwendig, da eine Apotheke nicht prüfen
27 kann, ob der Kunde wirklich Mitglied in der Kranken-
28 kasse ist oder ob der Rezeptblock vom Arzt gestoh-
29 len wurde.

30 2. Stärkung der Beschäftigtenrechte und Arbeitsbe-
31 dingungen

32 Es soll eine Förderung tarifgebundener Beschäfti-
33 gung durch gezielte Förderanreize für tarifgebunde-
34 ne Apotheken erfolgen. Flexible Arbeitszeitmodelle
35 sowie Förderprogramme für betriebliche Weiterbil-
36 dung sind auszubauen. Zudem ist die Vereinbarkeit
37 von Familie und Beruf zu verbessern.

38 3. Maßnahmen gegen Fachkräftemangel

39 Es ist eine Ausbildungsvergütung für PTA einzufüh-
40 ren. Die Ausbildungsstätten in Niedersachsen sind
41 auszubauen und besser zu finanzieren. Programme
42 zur Nachwuchsgewinnung, insbesondere im ländli-
43 chen Raum, sind zu fördern. Außerdem sollen erfah-
44 rene PTAs gestärkt werden, sodass die permanente
45 Anwesenheitspflicht von Apothekern entfällt, wenn
46 ein Apotheker in einer Filiale oder in der Haupt-
47 apotheke telefonisch erreichbar ist. Apotheker: in-
48 nen müssen damit nicht ununterbrochen anwesend
49 sein.

50 4. Erhalt der wohnortnahen Apothekenstruktur

51 Inhabergeführte Apotheken sind durch Förderpro-
52 gramme zu unterstützen. Es sollen Gründungs- und
53 Übernahmehilfen für (junge) Apotheker: innen be-
54 reitgestellt werden, insbesondere in unterversorg-
55 ten Regionen. Eine weitere Aushöhlung der Präsenz-
56 apotheken durch eine einseitige Förderung von Ver-
57 sandapotheken ist zu verhindern. Versandapotheken
58 müssen sich stärker finanziell am Notdienst-

59 fonds beteiligen, während für Apotheken mit eige-
60 nem Notdienst die Beteiligung am Notdienstfonds
61 entfallen soll.

62 5. Digitalisierung im Sinne der Beschäftigten und Pa-
63 tient: innen

64 Technische Investitionen im Rahmen der E-Rezept-
65 Umstellung sind zu finanzieren. Apothekenvertre-
66 tungen müssen an der Entwicklung digitaler Ge-
67 sundheitslösungen beteiligt werden. Die Digitalisie-
68 rung soll zu einer Entlastung statt zu einer Mehr-
69 belastung führen. Es sind leichtere Überprüfungen
70 von digitalen Zertifikaten von (Online-)Ärzten durch
71 Apotheken zu ermöglichen. Zudem ist eine klare Re-
72 gelung der Haftung bei Ausfall des E-Rezepts oder
73 bei Störungen der Telematik erforderlich.

74

75 **Begründung**

76 Die Apothekenlandschaft in Deutschland – auch in
77 Niedersachsen – befindet sich in einer tiefgreifen-
78 den Krise. Die Zahl der Apotheken nimmt seit Jah-
79 ren ab, während die Anforderungen an die verblei-
80 benden Betriebe stetig steigen. Insbesondere inha-
81 bergeführte Apotheken im ländlichen

82 Raum und in sozial schwächeren Quartieren sind ge-
83 fährdet. Die öffentliche Apotheke ist ein kritischer
84 Teil der Daseinsvorsorge. Sie leistet einen unver-
85 zichtbaren Beitrag zur Gesundheitsversorgung, zur
86 Beratung, zur Prävention und zum Notfalldienst. Ge-
87 rade in Zeiten wachsender Lieferengpässe, Medika-
88 mentenknappheit und Digitalisierung tragen Apo-
89 theken eine immer größere Verantwortung – bei
90 gleichzeitig wachsender bürokratischer, organisato-
91 rischer und wirtschaftlicher Belastung.

92 Gleichzeitig verschärfen sich die Arbeitsbedingun-
93 gen für die Beschäftigten in Apotheken spürbar:
94 PTA, PKA und Apotheker: innen stehen unter ho-
95 hem Druck, oft bei unzureichender Bezahlung, we-
96 nig Personal und hoher Verantwortung. Tarifbin-
97 dung besteht nicht flächendeckend. Junge Men-
98 schen scheuen angesichts der Ausbildungsbedin-
99 gungen oder der unsicheren wirtschaftlichen Lage
100 den Beruf oder die Selbstständigkeit. Das gefährdet
101 langfristig nicht nur gute Arbeit, sondern auch die
102 Versorgungssicherheit der Bevölkerung. Als Arbeits-
103 gemeinschaft für Arbeit sehen wir es als unsere Auf-
104 gabe, auf diese Missstände hinzuweisen und kon-
105 krete politische Maßnahmen einzufordern, die Be-
106 schäftigte schützen und die Versorgung sichern.

107 Umsetzung der geforderten Maßnahmen:

108 Die geforderten Verbesserungen lassen sich durch
109 koordinierte Maßnahmen auf Landes- und Bundes-

110 ebene umsetzen. Die AfA schlägt folgende Schritte
111 vor:
112 Anpassung der Apothekenvergütung
113 Auf Bundesebene: Modernisierung des Apotheken-
114 honorars durch das Bundesministerium für Gesund-
115 heit (BMG), z. B. durch dynamische Anpassung an
116 die Kostenentwicklung. Einführung eines Struktur-
117 zuschlags für Apotheken in unterversorgten Regio-
118 nen. Honorierung zusätzlicher Leistungen wie Be-
119 ratung bei Lieferengpässen oder Medikationsanaly-
120 sen.
121 Verbesserung der Arbeitsbedingungen
122 Auf Landesebene: Bindung öffentlicher Förderpro-
123 gramme (z. B. Digitalisierungshilfen) an Tarifbin-
124 dung. Einführung eines Tariftreue-Nachweises bei
125 staatlich geförderten Investitionen. Ausbau öffent-
126 licher Weiterbildungsprogramme für pharmazeuti-
127 sches Personal in Kooperation mit Landesapotheker-
128 kammern und Berufsverbänden.
129 Maßnahmen gegen Fachkräftemangel
130 Einführung einer vergüteten PTA- und PKA-
131 Ausbildung mit öffentlicher Kofinanzierung. Ausbau
132 staatlicher Berufsschulangebote für pharmazeu-
133 tische Berufe. Einrichtung eines „Niedersachsen-
134 Stipendiums Pharmazie“ mit Verpflichtung zum
135 späteren Berufseinsatz in unterversorgten Regio-
136 nen.
137 Förderung inhabergeführter Apotheken
138 Auf Landesebene: Einführung eines Förderpro-
139 gramms zur Unterstützung von Apothekengrün-
140 dungen und -übernahmen in gefährdeten Regionen.
141 Unterstützung über die NBank durch zinslose Dar-
142 lehen oder Zuschüsse. Entwicklung kommunaler
143 Apothekenmodelle in Kooperation mit Kommunen,
144 Landkreisen und Krankenkassen in unterversorgten
145 Räumen.
146 Digitalisierung praxisnah gestalten
147 Einrichtung eines Digitalisierungsausgleichsfonds
148 zur Entlastung kleiner und mittlerer Apotheken. Be-
149 teiligung von Apothekenvertretungen (z. B. Kam-
150 mern, Berufsverbände, Gewerkschaften) an der
151 Weiterentwicklung digitaler Lösungen wie dem E-
152 Rezept. Evaluierung der Digitalisierung auf ihre Aus-
153 wirkungen auf Arbeitsbelastung und Versorgungs-
154 qualität – mit Nachsteuerungsmöglichkeiten.
155 Schlussbemerkung:
156 Eine gerechte Gesundheitsversorgung braucht nicht
157 nur moderne Technik, sondern auch faire Arbeits-
158 bedingungen und wohnortnahe Strukturen. Die öf-
159 fentliche Apotheke darf nicht zum Auslaufmodell
160 werden. Wir brauchen eine sozialdemokratische Po-

161 litik, die sich klar bekennt: Gute Arbeit in Apotheken
162 – sichere Versorgung für alle.

Antrag GS-

SPD-Frauen

Versorgung und Unterstützung von Frauen in Zeiten von Schwangerschaft und Geburt

1 Die SPD-Bundestagsfraktion und SPD-
2 Landtagsfraktion werden innerhalb ihrer Zustän-
3 digkeit auf Bundes- und Landesebene aufgefordert,
4 Schwangere und junge Mütter besser zu versorgen
5 und zu unterstützen.

6

7 **Begründung**

8 Schwangerschaft und Geburt sind für Frauen re-
9 gelmäßig ein einschneidendes Ereignis. Körperliche
10 und seelische Veränderungen gehen damit ebenso
11 einher wie das Bedürfnis nach Schutz und gesell-
12 schaftlicher Unterstützung. Nicht für alle Frauen be-
13 deuten Schwangerschaft und Geburt Glück und Zu-
14 friedenheit im Kreis einer Geborgenheit schenken-
15 den Familie. Es gibt auch Sorgen, Ängste und (finan-
16 zielle) Verluste.

17 Wir wollen Frauen auf ihrem Weg in Schwanger-
18 schaft, bei und nach Geburt stärken und verdeut-
19 lichen, dass Familiengründung eine große gesell-
20 schaftliche Dimension hat.

21 Unsere Forderungen:

- 22 1. Wir brauchen mehr gynäkologische Praxen
23 und Hebammen. Zurzeit erweist sich die Su-
24 che nach einer Praxis und einer Hebamme für
25 die Zeit vor und nach Geburt als sehr schwierig
26 und zeitaufwändig. Es braucht mehr Werbung
27 für diese Berufsgruppen, eine bessere gesell-
28 schaftliche Anerkennung ihrer Arbeit und da-
29 mit einhergehend ihrer Bezahlung. Hebam-
30 menzentralen müssen flächendeckend veran-
31 kert werden.
- 32 2. Aufsuchende Mütterberatung, z.B. durch die
33 Gemeindeschwester oder Krankenschwester,
34 erleichtert jungen Müttern die Organisation,
35 nimmt ihnen Wege ab und ist zugleich frei
36 von dem Stigma, dass hier wohlmöglich „nach
37 dem Rechten geschaut“ werden muss.
- 38 3. Wir wollen Schwangeren freistellen, ob sie
39 sich für eine Beendigung ihrer Schwanger-
40 schaft entscheiden, zugleich aber Bedingun-
41 gen schaffen, die es der Schwangeren er-

leichtern, ihr Kind trotz schwieriger Umstände doch zu gebären. Die personelle und finanzielle Stärkung von Beratungseinrichtungen, wie etwa der AWO, spielt dabei eine entscheidende Rolle. Das Land steht in der Pflicht, diese Beratungsstellen zeitnah in dieser Weise auszustatten.

4. Zu den Beratungsleistungen gehört ein Gesprächsangebot über Adoptionsmöglichkeiten und über konkrete Unterstützung finanzieller oder persönlicher Art. Das kann z.B. der Aufenthalt in einer geschützten Umgebung für junge Mütter sein, in der sie ihre Ausbildung beenden und den Umgang mit ihrem Kind erlernen. Die seelsorgerische Leistung der Beratungsstellen umfasst außerdem Umgang mit Fehl- und Todgeburten oder der Umgang mit dem Schwangerschaftsabbruch.

Nicht selten kommt es im Vorfeld der Geburt oder nach der Geburt zu psychischen Krisen. Die häusliche Situation, die am Arbeitsplatz oder in der Ausbildung verändern sich gravierend. Die dadurch ausgelösten Ängste bedürfen einer sorgsamten Betreuung in Beratungsstellen oder in der Arztpraxis. Dies gilt insbesondere, wenn die Schwangerschaft als konfliktbeladen empfunden wird und die Frau sich darüber im Klaren werden möchte, ob sie Geburt und Aufziehen ihres Kindes schafft. Gleiches gilt für den Umgang mit postnatalen Depressionen, die oft nicht rechtzeitig diagnostiziert und behandelt werden. Wir brauchen mehr flächendeckende Angebote, eine gute Ausbildung der Beratenden, eine verbesserte Verzahnung von Kinder- und Jugendhilfe und Krankenkassen.

1. Sollte eine Schwangerschaft abgebrochen werden, braucht es Ärzte und Ärztinnen, die diesen Eingriff fachkundig durchführen. Bisher ist die Anzahl von Abtreibungskliniken gering und die Anfahrtswege weit. Im Landkreis Holzminden, Schaumburg und Hildesheim gibt es zurzeit keine Möglichkeiten operativer Abbrüche. Die Schaffung von Klinikplätzen und zumutbaren Bedingungen ist Aufgabe und Verantwortung des Landes (§ 13 Abs.2 Schwangerschaftskonfliktgesetz).

1. Nicht alle Frauen, die Beratung benötigen, sprechen ausreichend sicheres Deutsch. In einer so elementaren Entscheidung, ob und

- 93 wie die Schwangerschaft fortgesetzt werden
 94 kann, bedarf es eines Abbaus von Sprachbar-
 95 rieren. Wir benötigen (einfühlsame) Dolmet-
 96 scherdienste, aber auch die Übersetzung in
 97 einfache Sprache.
- 98
- 99 1. Manche Frauen sind nicht krankenversichert.
 100 Die Entscheidung für oder gegen ein Kind darf
 101 nicht vom Geld abhängen. Nicht krankenversi-
 102 cherte benötigen finanzielle Unterstützung.
- 103
- 104
- 105 1. Im Vorfeld solcher Konflikte ist es wichtig, Ver-
 106 hütung als Krankenkassenleistung zu über-
 107 nehmen. Es darf nicht sein, dass Kinder ge-
 108 zeugt werden, weil insbesondere Jugendliche
 109 mit Verhütung nicht vertraut waren und sie
 110 sich finanziell nicht leisten konnten.

Antrag GS-**AfA Bezirk Hannover****Änderungsantrag auf vollständige Kostenübernahme von visuellem Hilfsmittel z.B. medizinisch, therapeutische Brillengläser durch die gesetzlichen und privaten Krankenkassen**

- 1 Visuelle Hilfsmittel nach neusten therapeutischen
 2 und medizinischen, arbeitsrechtlichen und sozialen
 3 Grundsätzen sollen vollständige in der Kostenüber-
 4 nahme der gesetzlichen und privaten Krankenkas-
 5 sen aufgenommen werden.
- 6
- 7 **Begründung**
- 8 Das Sehen hat sich verändert. Fast jeder braucht sie,
 9 die Brille! Ein Wandel hat sich vollzogen, leider gibt
 10 es hierzu keinerlei Erhebungen. Bildschirme und Dis-
 11 plays ringsum uns - und rund um die Uhr. –
 12 Ignorieren hilft nicht.
- 13 Die Digitalisierung hat alle Bereiche des Lebens und
 14 alle Altersklassen erreicht. Sie bestimmt Beruf, Bil-
 15 dung und Privatleben. Per Computer, Smartphone
 16 und Co. funktioniert vieles schneller, leichter,
 17 effizienter und auf einem neuen Spaßlevel. Neben
 18 den Annehmlichkeiten stellt der elektronische Fort-
 19 schritt die Augen und den Körper vor bislang unge-
 20 wohnte Aufgaben – nicht ohne Gefahren für die Ge-
 21 sundheit. digitales-sehen Herausforderung für Au-
 22 gen und Körper
- 23 Dauerhaftes Sehen im Nahbereich macht kurzrich-
 24 tig, fast jeder zweite der 25- bis 29-jährigen Euro-

25 päer ist kurzsichtig, unter den 65- bis 69-jährigen
 26 nur etwa jeder sechste – stellten Forscher fest. In
 27 Deutschland sind inzwischen gut zwei Drittel der
 28 jungen Menschen von dieser Sehschwäche
 29 betroffen – erklärt die Deutsche Ophthalmologische
 30 Gesellschaft (DOG). Visuelle Hilfsmittel sind schon
 31 lange keine kosmetischen Luxusgegenstände, son-
 32 dern mehr, dies sind notwendige, medizinische, the-
 33 rapeutische Hilfsmittel, die gerade in der Schnelle-
 34 bigkeit und dem
 35 Fortschritt der Virtuellen Technologie immer mehr
 36 unserer Sehkraft abverlangt.
 37 Bei einer jetzigen Brillenglas Versorgung entstehen
 38 sehr, sehr hohe Kosten des Eigenanteils, die der Ver-
 39 sicherte aufwenden muss. Sehr schnell ist man bei
 40 einem Eigenanteil von 500 -1000 Euro und drüber
 41 nur für die notwendigen Gläser-
 42 Wer kann sich dies noch erlauben, jeder braucht sei-
 43 ne Augen in allen Lebensbereichen! Hier geht es
 44 nicht um die Gestell Frage, sondern um die Sichtglä-
 45 ser
 46 Resümee:
 47 Visuelle Hilfsmittel, wie medizinisch, therapeuti-
 48 sche Brillengläser müssen, in die feste volle Erstat-
 49 tung der gesetzlichen und privaten Krankenkassen
 50 aufgenommen werden. Es darf keine optische zwei
 51 oder drei Klassengesellschaft.

Antrag GS-

AfA Bezirk Hannover

Geschlechtersensible Medizin und Endometrioseversorgung stärken

1 Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeit im SPD-Bezirk
 2 Hannover setzt sich dafür ein, dass die geschlech-
 3 tersensible Medizin in Forschung, Lehre und Ver-
 4 sorgung konsequent gestärkt wird. Ein besonderer
 5 Schwerpunkt soll dabei auf der Verbesserung der
 6 Versorgung von Menschen mit Endometriose liegen.

7

8 **Begründung**

9 1. Bedeutung der geschlechtersensiblen Medizin
 10 Geschlechtersensible Medizin hat das Ziel, die
 11 bestmögliche Gesundheitsversorgung für alle Ge-
 12 schlechter zu ermöglichen. Forschung und Praxis
 13 zeigen, dass Männer und Frauen bei zahlreichen
 14 Krankheiten unterschiedliche Symptome, Verläufe
 15 und Therapieansprachen zeigen. Beispiele:
 16 • Frauen sind häufiger von Osteoporose, Rheu-

17 ma und Brustkrebs betroffen,
18 • Männer erkranken häufiger an Bluthochdruck,
19 Diabetes oder Parkinson.

20 Auch Medikamente wirken geschlechtsspezifisch
21 unterschiedlich, da klinische Studien historisch
22 überwiegend am männlichen Körper durchgeführt
23 wurden.

24 Gleichzeitig nehmen Männer Vorsorgeuntersu-
25 chungen seltener in Anspruch. Damit wird deutlich:
26 Eine gerechte Gesundheitsversorgung erfordert
27 die systematische Berücksichtigung biologischer
28 Unterschiede und gesellschaftlicher Rollenbilder.

29 2. Endometriose als Beispiel für bestehende Defizite
30 Besonders sichtbar wird die Notwendigkeit ge-
31 schlechtersensibler Medizin am Beispiel Endome-
32 triose:

33 • Mehr als jede zehnte Frau ist, betroffen –
34 vergleichbar mit der Häufigkeit von Diabetes
35 oder Demenz.

36 • Dennoch wird die Erkrankung oft erst nach
37 Jahren diagnostiziert. Viele Betroffene erfah-
38 ren Diskriminierung und Stigmatisierung im
39 Alltag und im Berufsleben.

40 • Fehlendes Wissen bei Ärzte-innen führt zu
41 Fehldiagnosen und verspäteten Behandlun-
42 gen, was chronische Schmerzen, psychische
43 Belastungen und krankheitsbedingte Fehlzei-
44 ten zur Folge hat.

45 Frankreich hat bereits eine nationale Endometriose-
46 Strategie initiiert. Auch Deutschland braucht drin-
47 gend eine solche gesundheitspolitische Initiative.

48 3. Vergleich Niedersachsen – Saarland

49 Ein Blick auf die Versorgungslage zeigt deutliche Un-
50 terschiede zwischen Niedersachsen und dem Saar-
51 land:

52 Aspekt Niedersachsen Saarland

53 Politische Initiativen Keine spezifischen aktuellen
54 Initiativen zur Verbesserung der Endometriosever-
55 sorgung. Aktive politische Maßnahmen zur Stär-
56 kung der geschlechtersensiblen Medizin und zur
57 Entstigmatisierung von Endometriose.

58 Versorgungsstrukturen Diverse Kliniken und Fach-
59 ärzte, jedoch keine zentrale Koordination oder spezi-
60 elle Programme. Geplante öffentliche Anhörungen
61 und Initiativen zur Verbesserung der Versorgung.

62 Forschung & Aufklärung Eingeschränkte Forschung
63 und wenig öffentliche Aufklärung. Initiativen zur
64 Förderung von Forschung und Aufklärung.

65 Patientenorganisationen Vorhandene Selbsthilfe-
66 gruppen, aber begrenzter politischer Einfluss. Star-
67 ke Selbsthilfeorganisationen, die aktiv in politische

68 Prozesse eingebunden sind.
69 Aktuelle Entwicklungen Keine neuen Programme
70 oder Gesetze. Beschlüsse zur Verbesserung der Ver-
71 sorgung und zur Erhebung geschlechtsspezifischer
72 Gesundheitsdaten.
73 Fazit: Das Saarland ist in der endometriologischen
74 Versorgung politisch und strukturell deutlich akti-
75 ver. Niedersachsen hat hier erheblichen Nachholbe-
76 darf – sowohl in der Forschung und Aufklärung als
77 auch in der gesundheitspolitischen Prioritätenset-
78 zung.

79 4. Politische Verantwortung
80 Gesundheitspolitik ist immer auch Gleichstellungs-
81 politik. Geschlechtersensible Medizin muss struktu-
82 rell verankert werden – in der universitären Leh-
83 re, in den Gesundheitsberufen, in der Forschung,
84 in der Prävention und in der öffentlichen Aufklä-
85 rung. Nur so können Versorgungsdefizite überwun-
86 den und echte Gleichstellung im Gesundheitssys-
87 tem erreicht werden.

88 Forderungen:

89 Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeit im SPD-Bezirk
90 Hannover die SPD auf, sich in Niedersachsen, im
91 Bund und im Bundesrat dafür einzusetzen, dass:

92 1. Gesundheitsberichterstattung und Gender Data
93 Gap:

- 94 • die Gesundheitsberichterstattung um ge-
95 geschlechtersensible Daten erweitert und
96 öffentlich zugänglich gemacht wird,
- 97 • vorhandene Forschung zu geschlechtsspezifischen
98 Unterschieden stärker gefördert wird.

99 2. Verankerung in Ausbildung und Lehre:

- 100 • geschlechtersensible Medizin verbindlich in
101 die Approbationsordnung der Ärzt*innen so-
102 wie in die Ausbildung anderer Gesundheitsbe-
103 rufe aufgenommen wird,
- 104 • die Bedeutung geschlechtersensibler Medizin
105 frühzeitig in Studium und Berufsausbildung
106 vermittelt wird.

107 3. Aufklärung und Information:

- 108 • breit angelegte Informationskampagnen über
109 Endometriose und andere geschlechtersensi-
110 ble Gesundheitsthemen gestartet werden,
- 111 • insbesondere Schulen und Arbeitgeber*innen
112 in die Aufklärungsarbeit einbezogen werden.

113 4. Nationale Endometriose-Strategie:

- 114 • eine bundesweite Strategie entwickelt wird,
115 die eine bessere medizinische Behandlung,
116 angemessene Vergütung, Unterstützung bei
117 Kinderwunschbehandlungen sowie eine um-
118 fassende Entstigmatisierungskampagne um-

119 fasst.

120 5. Versorgungsstrukturen und Vergütung:

121 • bestehende Versorgungszentren – wie das En-

122 dometrio sezentrum am Universitätsklinikum

123 des Saarlandes – als Vorbilder dienen,

124 • die Vergütungssysteme so angepasst werden,

125 dass geschlechtersensible Medizin nicht be-

126 nachteiligt wird, sondern gezielt gefördert

127 werden kann.

128 Schlussfolgerung:

129 Die SPD muss die führende politische Kraft sein, die

130 Gesundheitspolitik konsequent an den Bedürfnis-

131 sen aller Geschlechter ausrichtet. Geschlechtersen-

132 sible Medizin verbessert die Versorgung der gesam-

133 ten Bevölkerung.

134 Der Vergleich mit dem Saarland zeigt: Niedersach-

135 sen muss dringend nachziehen, um Betroffenen von

136 Endometriose und anderen geschlechtsspezifischen

137 Erkrankungen eine bessere Versorgung zu sichern.

138 Mit diesem Antrag setzt die AfA im SPD-Bezirk Han-

139 nover ein deutliches Signal für eine gerechte, mo-

140 derne und solidarische Gesundheitspolitik.

Antrag GS-

Selbst Aktiv Bezirk Hannover

Verbesserung der Barrierefreiheit in Niedersachsen

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen.

2 Forderung:

3 Barrierefreiheit soll als eigenständiger Artikel in die

4 Niedersächsische Landesverfassung aufgenommen

5 werden.

6

7 **Begründung**

8 - Barrierefreiheit ist Grundlage für echte Inklusion.

9 - Sie ermöglicht gleichberechtigte Teilhabe in allen

10 Lebensbereichen – von Schule über Arbeit bis hin zur

11 Freizeit.

12 - Es fehlt vielerorts an Bewusstsein, Beratung und

13 Aufklärung.

14 - Eine verfassungsrechtliche Verankerung würde die

15 Bedeutung unterstreichen und politische sowie ge-

16 sellschaftliche Verantwortung stärken.

Antrag GS-**Selbst Aktiv Bezirk Hannover****Für eine differenzierte gendergerechte, neurodivergent bezogene Psychopharmakologische und Co-Medizinische Versorgung insbesondere von ADHS/Autismus betroffene Mädchen und Frauen einsetzen**

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen.
2 Im Sinne des Art. 3 Abs. 2 und 3. (GG) sollen sich
3 politische EntscheidungsträgerInnen aus dem Be-
4 zirk auf Bundes- und Landesebene für eine dif-
5 ferenzierte geschlechterspezifische, gendergerech-
6 te, neurodivergent bezogene Psychopharmakologi-
7 sche und Co-Medizinische/Therapeutische Versor-
8 gung von ADHS/Autismus-Spektrum-Störung, kurz
9 ASS betroffene Mädchen und Frauen einsetzen, um
10 den Ansatz in Forschung und Politik voranzutreiben.

11

Begründung

12 Seit 2004 ist es in Deutschland verpflichtend, dass
13 klinische Studien mögliche Unterschiede zwischen
14 Frauen und Männern untersuchen. Die gängige Pra-
15 xis von Studien zeigt ein anderes Bild. Weil Studien
16 häufig im Ausland oder über mehrere Länder ver-
17 teilt durchgeführt werden und in diesen Ländern
18 keine gesetzlichen Vorschriften zu geschlechterspe-
19 zifischen Unterschieden bestehen, deshalb gibt es
20 immer noch diese Studiengrundlagen, in denen
21 Geschlechterunterschiede zu wenig berücksichtigt
22 werden.

23
24 Ältere Arzneimittel die schon sehr lange zugelas-
25 sen sind, verfügen kaum über Daten hinsichtlich
26 der geschlechterspezifischen Wirksamkeit. Obwohl
27 die Forschung und Medizin die erheblichen Unter-
28 schiede physiologisch, hormonell und genetisch zwi-
29 schen Männern und Frauen verfassungsmäßig er-
30 kannt hat, wird dieses Wissen und die Erkenntnis
31 darüber nicht in der Arzneimittelherstellung ange-
32 wandt.

33 In der Gesundheitsforschung und in der medizi-
34 nischen, therapeutischen gesellschaftlichen Arbeit
35 müssen die Geschlechterspezifische Besonderhei-
36 ten ihre Anwendung finden. Divergenzen die sich
37 dadurch in Lebens und Arbeitsbedingungen, Ge-
38 sundheitsverhalten und Inanspruchnahme medi-
39 zinischer Leistungen zeigen, steigen immer mehr
40 an. Es gibt zahlreiche Untersuchungen zur Epide-
41 miologie von speziell psychiatrischen Erkrankungen
42 von Männern und Frauen, jedoch existieren nur
43 wenige evidenzbasierte Untersuchungen, die die
44 Geschlechterspezifische (Mädchen, Frauen, Queer-
45 Personen) Wirkungen und Nebenwirkungen von

46 Psychopharmaka
47 berücksichtigen. Dieses Wissen bekommt eine zu-
48 nehmende größer werdende Bedeutung auch aus
49 psychiatrischer Sicht, die die geschlechterspezifi-
50 schen Unterschiede insbesondere welche die Psy-
51 chopharmakologische Behandlung betreffen.
52 Die bisherigen standardisierten Studien zur Verga-
53 be und Herstellung von Psychopharmaka unterlie-
54 gen nach wie vor nur männlichen Kriterien, die in der
55 allgemeinen, neurologischen, medizinischen Praxis
56 verordnet werden.
57 In psychiatrischen Praxen wird ADHS deutlich 5-9
58 mal häufiger bei Jungen und Männern diagnosti-
59 ziert, während die Diagnose bei Mädchen und Frau-
60 en deutlich geringer ist.
61 Ein Grund findet sich in den unterschiedlichen Ver-
62 haltensmustern/Symptome beider Geschlechter.
63 Während Jungen und Männer schneller durch ih-
64 re Hyperaktivität/ Impulsiv auffallen, sind Mäd-
65 chen und Frauen Hypoaktiv/Still durch angepas-
66 te Verhaltensmuster (Masking) Dies führt häufig zu
67 Fehl/Falschdiagnosen bei Mädchen und Frauen.
68 Bei der Verwendung von den am häufigsten ein-
69 gesetzten Psychopharmaka zur Behandlung einer
70 diagnostizierten ADHS werden Stimulanzien soge-
71 nannte Neurotransmitter zum Ausgleich für Dopa-
72 min /Noradrenalin, bekannt unter Namen Ritalin*
73 Medikinet* mit dem Wirkstoff Methylphenidat am
74 häufigsten verordnet.
75 Dieser Wirkstoff unterliegt der Betäubungsmittel-
76 Verschreibungsverordnung, kurz BtM VV Dringender
77 Handlungsbedarf besteht bei von ADHS/Autismus
78 betroffenen Mädchen und Frauen.
79 Die wichtigste Grundlage zur Verbesserung der Be-
80 handlung des betroffenen Personenkreises, nämlich
81 von Mädchen und Frauen, findet bislang keine Be-
82 rücksichtigung.
83 Es ist zwingend notwendig nach dem aktuellen
84 wissenschaftlichen Erkenntnissen bei Herstellung
85 von Medikamenten insbesondere Psychopharma-
86 ka/Stimulanzien diese bedeutenden Unterschiede
87 dem weiblichen Körper (geschlechterspezifisch)
88 angepasst, anzuwenden. Solange auf die Belange
89 und Besonderheiten des weiblichen Körpers bei
90 Erforschung und Arzneimittelherstellung nicht
91 eingegangen wird, unterstützt die Gesellschaft
92 die Gewinnmaximierung der Pharmaindustrie und
93 schließt damit die Hälfte der Gesellschaft vom
94 gesundheitsfördernden System aus.

Antrag GS-**Selbst Aktiv Bezirk Hannover****Einführung eines Landespflegegeldes Emanzipation und Entbürokratisierung für in einem handlungsfähigen Sozialstaat.**

1 Der Bezirksparteitag der SPD möge beschließen: Die
2 SPD bekennt sich zur
3 Einführung eines Landespflegegeldes und bestärkt
4 die, von ihr maßgeblich getragene Landesregierung,
5 nachdrücklich – bei entsprechenden gesetzlichen
6 Vorhaben.
7 Dabei soll ein Landespflegegeld, als nicht anrechen-
8 bare Leistung entwickelt, ausgestaltet und einge-
9 führt werden. Diese Leistung zugunsten der Be-
10 zugsberechtigten der Pflegeversicherung trägt den
11 ohnedies steigenden Pflegekosten Rechnung und
12 emanzipiert die betroffene Personengruppe vor zu-
13 sätzlicher sozialer Stigmatisierung, durch das Ab-
14 gleiten in zusätzliche Hilfesysteme (z.B. im SGB XII).
15 Das führt auch zu weniger Verwaltungsaufwand

16

17 Begründung

18 Ein umfassendes Landespflegegeld gibt es zurzeit
19 nur in Bayern.

20 In anderen Bundesländern sind etwaig betitelte
21 Leistungen oft nur an bestimmte Formen der Behin-
22 derung und oder Konstellationen gebunden.

23 Die Einführung eines umfassenden Landespflege-
24 gelds brächte dem atmenden Sozialstaat letztlich
25 Vorteile:

26 Die Pflegekosten steigen aller Orten sowieso.

27 Die Pflegeversicherung kann in Ihrer Konstruktion
28 diese Entwicklung nicht auffangen. Sie weiterzuent-
29 wickeln bleibt unser Ziel. Aber wir müssen jetzt han-
30 deln!

31 Leistungsberechtigte ob ihrer Behinderung nur in
32 weitere Vorhöfe der Bedürftigkeit abzudrängen ist
33 kein Zeichen der Emanzipation oder Inklusion.

34 Be- und Verrechnungen von beziehungsweise mit
35 Leistungen aus dem SGB

36 sind mit einem hohen administrativen Aufwand
37 und Kosten verbunden.

38 Leistungssysteme drängsalieren und blockieren sich
39 gegenseitig und führen oft sogar zu mehr Be- denn
40 Entlastung für das System.

41 Sozialstaat paradox !

42 Insofern sorgt daher die Einführung eines nieder-
43 sächsischen Landespflegegeldes sogar für eine Ent-
44 lastung auf der administrativen und finanziellen
45 Ebene und macht die soziale Infrastruktur zukunfts-

46 fähig.
47 Daher ist das Landespflegegeld ein unabdingbarer
48 aber konsequenter Zwischenschritt hin zum behinder-
49 tenübergreifenden Teilhabegeld,
50 wie es sich aus der UN BRK ableiten lässt.
51 Aber nicht den 2. Schritt vor dem 1. - darum Landes-
52 pflegegeld jetzt !

I Internationales

Antrag I-

Jusos Bezirk Hannover

Das Versöhnungsabkommen zwischen Deutschland und Namibia muss neu verhandelt werden! - Wir müssen unsere historische und juristische Schuld anerkennen!

1 Deshalb fordern wir die SPD auf, sich auf allen Ebe-
2 nen dafür einzusetzen, dass die Gemeinsame Er-
3 klärung „Vereint im Gedenken an unsere koloniale
4 Vergangenheit, vereint im Willen zur Versöhnung,
5 vereint in unserer Vision für die Zukunft“ zwischen
6 Namibia und Deutschland unter Beteiligung der
7 betroffenen Bevölkerungsgruppen neu verhandelt
8 wird. Dieser Prozess muss auf Augenhöhe stattfin-
9 den, und die Entscheidungsgewalt muss bei den Op-
10 fern bzw. ihren Nachkommen liegen. Darüber hin-
11 aus setzt sie sich für Verhandlungen über Reparati-
12 onszahlungen an die Betroffenen ein.

13

14 **Begründung**

15 **Bis heute zu oft übersehen: Deutschlands Kolonial-** 16 **geschichte**

17 In der verbreiteten öffentlichen Wahrnehmung wur-
18 de die deutsche Kolonialgeschichte lange Zeit her-
19 untergespielt. Hauptgrund dafür war, dass Deutsch-
20 lands Rolle als Kolonialmacht im Jahr 1918 mit der
21 Niederlage im Ersten Weltkrieg endete und so-
22 mit kürzer dauerte als die Kolonialherrschaft an-
23 derer europäischer Staaten. Der Verweis auf die
24 bloße Zeitspanne kann jedoch weder die Beteili-
25 gung Deutschlands am europäischen Kolonialismus
26 und am sogenannten „Wettlauf um Afrika“ in Ab-
27 rede stellen, noch die im Rahmen dieses Unrechts-
28 regimes verübten Verbrechen und bis heute an-
29 haltenden Konsequenzen relativieren. Zudem wur-
30 de die koloniale Eroberung lange durch rassistische
31 Ideologien vorbereitet, und Versuche, die Verbre-
32 chen der Kolonialzeit zu beschönigen, endeten erst
33 nach dem Zweiten Weltkrieg. Bis 1914 waren die
34 deutschen Kolonien, gemessen an der Fläche, die
35 drittgrößten nach den britischen und französischen.
36 Auf dem afrikanischen Kontinent nahm Deutsch-
37 land die Gebiete Deutsch-Südwestafrika (heute Na-
38 mibia), Deutsch-Ostafrika (heute Tansania, Burundi,
39 Ruanda), Togo und Kamerun einseitig in Besitz und
40 deklarierte die Territorien als sogenannte „Schutz-
41 gebiete“.

42 Das Deutsche Reich eignete sich das heutige Na-
43 mibia von 1884 bis 1918 gewaltsam als Kolonie

44 an. Im sogenannten Deutsch-Südwestafrika raub-
45 ten die Deutschen der einheimischen Bevölkerung
46 Land und Vieh. Durch den Diebstahl von Weideland
47 und Wasserstellen entzog die Kolonialmacht der
48 einheimischen Bevölkerung, die vor allem von der
49 Viehwirtschaft abhängig war, die Existenzgrundla-
50 ge. Geschützt durch kaiserliche „Schutztruppen“ be-
51 trieben die deutschen Siedler*innen eine rassistisch
52 begründete Ausbeutungs- und Unterdrückungspo-
53 litik. Gegen dieses Unrecht gab es keine Möglich-
54 keit der juristischen Gegenwehr, sodass die Bevöl-
55 kerungsgruppen der Ovaherero und der Nama be-
56 waffneten Widerstand leisteten. Zwischen 1904 und
57 1908 befahl daraufhin der Kommandeur der deut-
58 schen Schutztruppen, Lothar von Trotha, den Völ-
59 kermord an beiden Bevölkerungsgruppen. Nach der
60 Flucht der Ovaherero in die Omaheke-Wüste ließ
61 von Trotha die Wüste abriegeln und die Ovaherero
62 gezielt verdursten. Überlebende wurden in Konzen-
63 trationslager verschleppt, wo viele an Hunger, Käl-
64 te und Zwangsarbeit starben. Schätzungen zufolge
65 wurden 80 Prozent der Ovaherero und 50 Prozent
66 der Nama getötet. Gleichzeitig förderte der Koloni-
67 alstaat – im Gegensatz zu anderen deutschen Kolo-
68 nien – die Ansiedlung weißer Deutscher. Obwohl in
69 Deutschland eine stark imperialistische und rassisti-
70 sche Stimmung herrschte, waren diese Verbrechen
71 auch damals keineswegs selbstverständlich. Schon
72 zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es Kritik am
73 Kolonialismus, und es wäre allen Verantwortlichen
74 möglich gewesen, das Unrecht klar als solches zu
75 erkennen. Der Völkermord an den Ovaherero und
76 Nama wurde bereits von Zeitgenoss*innen als sol-
77 cher erkannt und verurteilt. Das damalige europäi-
78 sche und deutsche Kolonialrecht basierte auf rassis-
79 tischen und pseudowissenschaftlichen Grundlagen,
80 die diese Verbrechen erst möglich machten. Daher
81 kann es keinen legitimen rechtlichen Bezug auf die-
82 ses Recht geben. Rechtsstaatliche Prinzipien wurden
83 auch nach damaligen Maßstäben eklatant verletzt.
84 Die Schuld des deutschen Staates steht aus heutiger
85 wie aus damaliger Sicht außer Frage.

86 **Die Kolonialisierung wirkt sich bis in die Gegenwart**
87 **aus!**

88 Die Folgen der deutschen Kolonialherrschaft in Na-
89 mibia sind nicht nur historischer Natur, sondern prä-
90 gen bis heute das Leben vieler Namibier*innen, ins-
91 besondere der Ovaherero und Nama. Die rassisti-
92 sche Landverteilung, die während der Kolonialzeit
93 durchgesetzt wurde, hat zu einer wirtschaftlichen
94 Ungleichheit geführt, die bis heute anhält. Noch

95 immer gehören rund 70 Prozent des privaten Lan-
96 des in Namibia den Nachfahren der europäischen
97 Siedler*innen, obwohl sie nur eine kleine Minder-
98 heit der Bevölkerung ausmachen. Im krassen Gegen-
99 satz dazu stehen die Nachfahren der indigenen Be-
100 völkerung, die in vielen Fällen enteignet und vertrie-
101 ben wurden und heute in Armut leben. Die tradi-
102 tionelle, von Viehzucht und Ackerbau abhängige Le-
103 bensweise der Ovaherero und Nama wurde durch
104 großflächige Landnahme und die Einführung eines
105 kolonialen Agrarsystems zerstört. Die großen Far-
106 men der weißen Siedler*innen haben die zuvor von
107 den Ovaherero und Nama genutzten Weideflächen
108 und Wasserquellen blockiert und deren ökonomi-
109 sche Basis dauerhaft zerstört.

110 Diese Landverteilung hat bis heute gravierende so-
111 ziale und wirtschaftliche Folgen. Die meisten Men-
112 schen, die in ländlichen Gebieten leben, haben
113 kaum Zugang zu fruchtbarem Land und sind oft auf
114 Subsistenzwirtschaft angewiesen. Viele Nachkom-
115 men der Kolonialopfer sind gezwungen, in die Städ-
116 te zu ziehen, wo sie oft unter prekären Bedingun-
117 gen leben und schlecht bezahlte Jobs haben. Die un-
118 gleiche Landverteilung behindert nicht nur die wirt-
119 schaftliche Entwicklung dieser Bevölkerungsgrup-
120 pen, sondern auch ihre gesellschaftliche Teilhabe
121 und politische Mitsprache.

122 Gleichzeitig besteht bis heute ein struktureller Ras-
123 sismus, der auf den Grundlagen der Kolonialzeit be-
124 ruht. Die weiße Minderheit profitiert nach wie vor
125 von ungleichen wirtschaftlichen Machtverhältnis-
126 sen, während viele Ovaherero und Nama um die An-
127 erkennung ihrer Rechte kämpfen. Auch die psychi-
128 schen und emotionalen Traumata, die durch die Ko-
129 lonialzeit und den Völkermord verursacht wurden,
130 sind Teil dieses fortwirkenden Erbes. Viele Nach-
131 fahren der Opfer kämpfen weiterhin um Gerechtig-
132 keit und Anerkennung ihrer Geschichte, während
133 sie tagtäglich mit den sozialen und wirtschaftlichen
134 Benachteiligungen konfrontiert sind, die aus dieser
135 Geschichte resultieren.

136 Die bis heute bestehenden Ungerechtigkeiten sind
137 nicht nur ein lokales, sondern auch ein globales Pro-
138 blem, das im Kontext internationaler Beziehungen
139 und Gerechtigkeit aufgearbeitet werden muss. Nur
140 durch eine vollständige Anerkennung der kolonialen
141 Verbrechen und eine tiefgreifende Auseinanderset-
142 zung mit deren Nachwirkungen kann es gelingen,
143 die kolonialen Strukturen, die bis heute das Leben
144 vieler Namibier*innen bestimmen, zu überwinden.

145 **Das Versöhnungsabkommen zwischen Deutschland**

146 und Namibia

147 Von 2015 bis 2021 verhandelten die Regierungen
148 Deutschlands und Namibias über ein Versöhnungs-
149 abkommen, das die dunkle Vergangenheit der deut-
150 schen Kolonialherrschaft in Namibia anerkennen
151 und versöhnen soll. Das Abkommen besteht aus
152 mehreren Elementen. Zum einen sieht es eine offi-
153 zielle Entschuldigung Deutschlands für die Verbre-
154 chen und das Leid während der Kolonialherrschaft
155 vor. Deutschland bekennt sich zu seiner historischen
156 Verantwortung für die Gräueltaten und drückt sein
157 tiefes Bedauern aus. Darüber hinaus wird Deutsch-
158 land finanzielle Unterstützung in Höhe von 1,1 Mil-
159 liarden Euro für Entwicklungs- und Wiederaufbau-
160 projekte in den vom Völkermord betroffenen Ge-
161 meinden in Namibia bereitstellen. Dieser Fonds soll
162 dazu beitragen, die soziale und wirtschaftliche Si-
163 tuation der Nachkommen der Opfer zu verbessern.

**164 Betroffene Bevölkerungsgruppen müssen einbezo-
165 gen werden!**

166 Die von den deutschen Kolonialverbrechen am
167 stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen, die
168 Ovaherero und Nama, waren nie an den Verhand-
169 lungen beteiligt und erhielten erst den endgülti-
170 gen Vertragstext. Der Ausschluss der Ovaherero und
171 Nama als Verhandlungspartner widerspricht nicht
172 nur dem Völkerrecht, sondern auch einer Resolution
173 des namibischen Parlaments aus dem Jahr 2006, die
174 vorsieht, Verhandlungen zwischen den betroffenen
175 Gemeinschaften und Deutschland zu ermöglichen,
176 mit dem Ziel, eine „vollständige Entschädigung im
177 Sinne des Völkerrechts auszuhandeln. Dazu müsste
178 Deutschland den Völkermord an den Ovaherero und
179 Nama nicht nur historisch, sondern auch rechtlich
180 anerkennen. Diese Unterscheidung zwischen histo-
181 rischer und rechtlicher Anerkennung ist ein zentra-
182 ler Kritikpunkt an der deutschen Haltung.

183 Die historische Anerkennung bedeutet, dass
184 Deutschland die Verbrechen anerkennt und sein
185 Bedauern ausdrückt, ohne jedoch rechtliche
186 Verpflichtungen einzugehen. Die rechtliche Aner-
187 kennung des Völkermordes würde Deutschland
188 hingegen verpflichten, die Verantwortung für die
189 begangenen Verbrechen anzuerkennen und ange-
190 messene Maßnahmen zur Wiedergutmachung zu
191 ergreifen.

192 Die Bundesregierung argumentiert, dass die Here-
193 ro und Nama nach dem Kriegsvölkerrecht und dem
194 humanitären Völkerrecht keinen völkerrechtlichen
195 Schutz genießen konnten, weil sie zu den sogenann-
196 ten „unzivilisierten Völkern“ gehörten. Mit dieser In-

197 terpretation reproduziert sie den Rassismus, der den
 198 Kolonialismus erst möglich gemacht hat. Demnach
 199 wäre die Ermordung der Ovaherero und Nama nach
 200 europäischem Kolonialrecht - und das wird hier an-
 201 gewendet - keine Rechtsverletzung gewesen. Dar-
 202 über hinaus beruft sich die Bundesregierung darauf,
 203 dass die rechtliche Definition des Völkermordes, wie
 204 wir sie heute kennen, erst nach dem Zweiten Welt-
 205 krieg mit der Verabschiedung der Völkermordkon-
 206 vention der Vereinten Nationen im Jahr 1948 festge-
 207 legt wurde. Deshalb argumentiert die Bundesregie-
 208 rung, dass die heutigen völkerrechtlichen Normen
 209 nicht auf Verbrechen angewendet werden können,
 210 die vor dieser Konvention begangen wurden. Dies ist
 211 ein zentrales Element der deutschen Position.
 212 Nicht nur in Namibia gibt es massive Kritik an dem
 213 Abkommen; auch UN-Sonderberichterstatter*in-
 214 nen haben sich kritisch zu dem geplanten Ab-
 215 kommen zwischen Namibia und Deutschland
 216 geäußert. Wenn Deutschland das Unrecht seiner
 217 kolonialen Vergangenheit wirklich anerkennen will,
 218 kann dies nur gelingen, wenn die Betroffenen und
 219 ihre Stimmen in den Mittelpunkt des Prozesses
 220 gestellt werden. Deshalb muss das Abkommen neu
 221 verhandelt werden!

Antrag I-

SPD-Unterbezirk Holzminden

Sicherheit und Souveränität stärken: Schaffung einer europäischen Armee

1 Die SPD setzt sich auf nationaler und europäischer
 2 Ebene für die schrittweise Schaffung einer gemein-
 3 samen europäischen Armee ein. Diese soll unter
 4 einem einheitlichen Kommando der Europäischen
 5 Union stehen, die militärischen Kapazitäten der Mit-
 6 gliedsstaaten bündeln und die Verteidigungsfähig-
 7 keit Europas stärken. Die europäische Armee soll
 8 eng mit der NATO kooperieren, jedoch die strategi-
 9 sche Autonomie der EU sichern. Die SPD fordert die
 10 Bundesregierung auf, diesen Prozess aktiv zu unter-
 11 stützen und konkrete Vorschläge für Struktur, Finan-
 12 zierung und demokratische Kontrolle in den Euro-
 13 päischen Rat einzubringen

14

Begründung

16 Die globalen Herausforderungen – von geopoliti-
 17 schen Spannungen bis hin zu hybriden
 18 Bedrohungen – zeigen, dass Europa nur gemein-

19 sam handlungsfähig bleibt. Nationale Armeen al-
 20 lein sind zunehmend überfordert, und die Abhän-
 21 gigkeit von externen Akteuren schwächt die euro-
 22 päische Souveränität. Eine europäische Armee wür-
 23 de Ressourcen effizienter nutzen, Doppelstrukturen
 24 vermeiden und die Solidarität innerhalb der EU stär-
 25 ken. Sie bietet zudem die Chance, eine Friedens- und
 26 Verteidigungspolitik nach europäischen Werten zu
 27 gestalten. Die SPD kann mit diesem Vorstoß ihre Vi-
 28 sion eines starken, geeinten Europas untermauern.
 29 Wir bitten den Parteitag, diesem Antrag zuzustim-
 30 men und die Parteiführung aufzufordern, sich ent-
 31 schlossen für die Schaffung einer europäischen Ar-
 32 mee einzusetzen.
 33

Antrag I-

Jusos Bezirk Hannover

Für Demokratie und Freiheit – Solidarität mit der türkischen Opposition

1 Als Sozialdemokratie zeigen uns solidarisch mit al-
 2 len Menschen in der Türkei, die sich mutig ge-
 3 gen autoritäre Unterdrückung stellen. Dazu zählen
 4 vor allem unsere Schwesterpartei CHP (Cumhuriyet
 5 Halk Partisi, deutsch: Republikanische Volkspartei),
 6 die demokratische Opposition, unabhängige Jour-
 7 nalist*innen sowie zahlreiche zivilgesellschaftliche
 8 Organisationen, die sich trotz massiver staatlicher
 9 Repression für eine offene, freie Gesellschaft einset-
 10 zen.
 11 Der jüngste Angriff auf demokratische Grundrech-
 12 te ist die politisch motivierte Inhaftierung des Is-
 13 tanbuler Oberbürgermeisters Ekrem İmamoğlu.
 14 Die Verhaftung aufgrund fadenscheiniger Vorwür-
 15 fe und die direkt darauf folgende Amtsenthebung,
 16 ohne dass ein Urteil in Sicht ist, ist offenkundig
 17 kein rechtsstaatlicher Akt, sondern Teil einer Strate-
 18 gie, politische Gegner*innen gezielt aus dem Weg
 19 zu räumen – insbesondere solche, die dem amtie-
 20 renden Präsidenten bei zukünftigen Wahlen gefähr-
 21 lich werden könnten. Schon als İmamoğlu 2019
 22 zum Oberbürgermeister gewählt wurde, hat das
 23 Erdoğan-Regime diese Wahl nicht akzeptieren wol-
 24 len und kurzerhand annullieren lassen. Doch auch
 25 die Wahlwiederholung gewann İmamoğlu - so-
 26 gar mit einem noch größeren Vorsprung gegenüber
 27 Erdoğan's AK-Partei (Adalet ve Kalkınma Partisi,
 28 deutsch: Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung)

29 als zuvor, ein Beweis für die demokratische Selbst-
30 behauptung der Istanbuler Stadtgesellschaft.
31 Doch die Inhaftierung **mamo lu** ist nur die pro-
32 minente Spitze des Eisbergs. Denn gleichzeitig be-
33 obachten wir mit großer Sorge, wie über 100 weitere
34 Menschen, darunter oppositionelle Politiker*innen
35 und Journalist*innen, inhaftiert wurden. Der Ver-
36 such, **mamo lu** durch den Entzug seiner Hoch-
37 schulabschlüsse zusätzlich zu diskreditieren, zeigt,
38 wie weit die Regierung bereit ist zu gehen, um
39 unliebsame Stimmen mundtot zu machen. Zudem
40 wurde bereits vor der jüngsten Verhaftungswelle
41 immer wieder mit staatlicher Repression gegen die
42 demokratische Opposition vorgegangen. So nutz-
43 te Präsident **Erdoğan** an den gescheiterten Putschver-
44 suchs von Teilen des Militärs 2016 bereits als Vor-
45 wand, um zahlreiche politisch motivierte Verhaf-
46 tungen vorzunehmen, beispielsweise zahlreiche Ab-
47 geordnete der linken HDP einschließlich ihres Vor-
48 sitzenden, **Selahattin Demirtaş**. Im Fall **Demirtaş**
49 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrech-
50 te bereits 2020 geurteilt, dass es sich um eine po-
51 litische Inhaftierung handelt und **Demirtaş** freizu-
52 lassen ist. Dieses Urteil wird von der türkischen Re-
53 gierung trotz Mitgliedschaft im Europarat ignoriert.
54 Durch das Ausschalten politischer Konkurrenz wer-
55 den Wahlen zunehmend zu einer reinen Inszenie-
56 rung von Legitimation für den amtierenden Staats-
57 präsidenten. Gleichzeitig hat **Erdoğan** an die Justiz
58 mit zahlreichen Anhänger*innen besetzt und seine
59 Kompetenzen durch die Verfassungsreform 2017 mit
60 knapper Mehrheit massiv ausgeweitet, sodass ei-
61 ne echte demokratische Kontrolle innerhalb des Sys-
62 tems kaum mehr möglich ist.

63 Doch trotz Einschüchterung, Überwachung und
64 willkürlicher Gewalt lässt sich die demokratische
65 Bewegung in der Türkei nicht unterkriegen. Gera-
66 de junge Menschen, Studierende und Aktivist*in-
67 nen kämpfen für ein Land, in dem Meinungsfreiheit,
68 Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit gelebte
69 Realität sind.

70 Als Sozialdemokratie stehen fest an der Seite aller,
71 die für Demokratie streiten – sei es in der Türkei oder
72 anderswo. Dieser Kampf kennt keine Grenzen!

73 **Wir fordern:**

74 1. **Die sofortige Freilassung von Ekrem **mamo****
75 ****lu** sowie aller weiteren inhaftierten Op-**
76 **positionellen und Aktivist*innen.** Politische
77 Verfolgung darf keinen Platz in einem demo-
78 kratischen System haben. Auch die Prozesse
79 gegen Personen wie **Osman Kavala** und **Se-**

80 lahattin Demirta müssen endlich beendet
 81 werden. Alle Personen, die während der Pro-
 82 teste gegen die Verhaftung mamolu ver-
 83 haftet worden sind, haben von ihren demokra-
 84 tischen Rechten Gebrauch gemacht und sind
 85 unverzüglich freizulassen.

86 1. Die Rückgabe der Universitätsabschlüsse

87 Durch den willkürlichen Entzug von Universitätsab-
 88 schlüssen zerstört die türkische Regierung Existen-
 89 zen, nicht nur von Politiker*innen, sondern auch von
 90 kritischen Stimmen aus der Zivilgesellschaft, bei-
 91 spielsweise an Universitäten. Die Betroffenen müs-
 92 sen ihre Abschlüsse daher umgehend wieder zu-
 93 rückerhalten und diese willkürliche Maßnahme in
 94 Zukunft unterbleiben.

95 1. Eine klare und kritische Haltung der Bun-
 96 desregierung sowie der SPD gegenüber der
 97 türkischen Regierung. Diplomatische Zurück-
 98 haltung darf nicht dazu führen, dass Men-
 99 schenrechtsverletzungen hingenommen wer-
 100 den. Außenpolitik muss wertegerichtet sein.

101

102 1. Mehr Schutz und Unterstützung für bedroh-
 103 te Aktivist*innen aus der Türkei. Deutschland
 104 und die EU müssen verfolgten Journalist*in-
 105 nen, Oppositionellen und Studierenden Auf-
 106 nahme und Schutz gewähren.

107

108 1. Stärkere Zusammenarbeit mit demokrati-
 109 schen Kräften vor Ort. Wir setzen uns für
 110 mehr Austausch mit kommunalen Verwal-
 111 tungen wie beispielsweise der Stadt Istanbul,
 112 zivilgesellschaftlichen Organisationen und
 113 Jugendinitiativen in der Türkei ein.

114 Die Menschen in der Türkei kämpfen unter schwie-
 115 rigen Bedingungen für Freiheit und Demokratie. Ih-
 116 re Stimme darf nicht ungehört bleiben. Als SPD be-
 117 kennen wir uns dazu, diesen Kampf sichtbar zu un-
 118 terstützen – mit klaren Worten, konkreten Maßnah-
 119 men und gelebter internationaler Solidarität.

120

Antrag I-

Jusos Bezirk Hannover

Slava Ukraini – Solidarität kennt kein Ablaufdatum!

- 1 Der 24. Februar 2022 war ein Tag voller Grauen, der
- 2 sich tief ins Gedächtnis der Welt eingebrannt hat. Es

3 war der Moment, in dem der unübersehbare Krieg
4 nach Europa zurückkehrte. Sirenen heulten, Men-
5 schen flohen und Träume zerbrachen unter dem
6 Donner von Raketen. Und das Schlimmste ist: Es
7 hört nicht auf. Bereits 2014 hat der Krieg Russlands
8 gegen die Ukraine begonnen, damals noch halb ver-
9 deckt als scheinbar separatistische Bewegung, seit
10 2022 als unverhohlener Eroberungskrieg mit dem
11 Ziel, den ukrainischen Staat zu vernichten. Noch im-
12 mer sterben Menschen, noch immer werden Städte
13 in Schutt und Asche gelegt, noch immer leben Mil-
14 lionen in Angst, getrennt von ihren Familien, ent-
15 wurzelt aus ihrem Leben. Der Krieg dauert an – und
16 mit jedem neuen Tag schreit die Welt ein bisschen
17 lauter nach Frieden. Wir verurteilen die Aggression
18 Russlands auf die Ukraine auf Schärfste und stehen
19 an der Seite des mutigen ukrainischen Volkes in ih-
20 rem Kampf für Freiheit, Sicherheit, Demokratie und
21 Menschenrechte.

22 Die Verantwortung Europas Im Laufe der Zeit hat
23 die Aufmerksamkeit für den russischen Angriffs-
24 krieg und für das Leid in der Ukraine spürbar nach-
25 gelassen. Durch den Amtsantritt von US-Präsident
26 Donald Trump sind die politischen Entwicklungen
27 jedoch schlagartig unberechenbarer geworden. Un-
28 übersehbar hat Putin auf Zeit gespielt, in der Hoff-
29 nung, mit Trump einen Verbündeten im Weißen
30 Haus zu gewinnen. Die öffentliche Demütigung von
31 Präsident Selenskyj im Gespräch mit Trump und JD
32 Vance in Washington Ende Februar hat diese Be-
33 fürchtung der Ukraine und der NATO-Verbündeten
34 bestätigt. Trumps Unterstützung für die Ukraine
35 ist keineswegs sicher und scheint stark abhängig
36 von wirtschaftlichen Interessen, wie beispielswei-
37 se der Ausbeutung von Rohstoffen in der Ukraine,
38 zu sein. Fast jeden Tag gibt es neue Kommentare
39 des US-Präsidenten, die mal mehr in die eine Rich-
40 tung, mal mehr in die andere Richtung tendieren.
41 Auch wenn es schwer fällt, zu einer eindeutigen
42 Einschätzung zu kommen, welche Position die US-
43 Regierung einnimmt, ist eines klar geworden: Ein
44 verlässlicher Verbündeter sind die USA unter Do-
45 nald Trump nicht mehr. Deshalb ist die Europäische
46 Union jetzt in der Verantwortung, die Solidarität
47 mit der Ukraine hochzuhalten und sich nicht hin-
48 ter den Entscheidungen der USA zu verstecken. Auch
49 vor diesem Hintergrund – der unklaren Positionie-
50 rung der USA und der umso größeren Verantwor-
51 tung Europas – lehnen wir das sogenannte „Mani-
52 fest“ der SPD-Friedenskreise ab. Zwar muss über die
53 Höhe der Verteidigungsausgaben und die damit ver-

54 bundenen Folgen offen diskutiert werden können,
55 doch ist es widersprüchlich, eine stärkere militäri-
56 sche Unabhängigkeit von den USA zu fordern und
57 sich gleichzeitig gegen Investitionen in die Vertei-
58 digungsfähigkeit zu sperren. Weit hergeholte his-
59 torische Vergleiche, die das Scheitern der europäi-
60 schen Friedensordnung auf die Osterweiterung der
61 NATO und oder westliche Interventionen zurückfüh-
62 ren wollen, weisen wir ebenfalls klar zurück. Fakt
63 ist: Europa ist mit einem imperialistischen Regime in
64 Russland konfrontiert, das mehrfach bewiesen hat,
65 dass es versuchen wird, staatliche Grenzen mit mi-
66 litärischer Gewalt zu verschieben, wo es immer es
67 sich dazu in der Lage sieht. Die Fähigkeit, sich gegen
68 diese Gewalt zu verteidigen, erfüllt somit auch ei-
69 ne wichtige präventive Funktion. Das schließt diplo-
70 matische Maßnahmen nicht aus. Der Blick auf die
71 Ukraine zeigt jedoch, dass die russische Regierung
72 kein ernsthaftes Interesse an diplomatischen Lösun-
73 gen hat, solange sie weiterhin mit militärischen Vor-
74 teilen rechnet. Nur mit militärischer Unterstützung
75 für die Ukraine kann Russland an den Verhandlungs-
76 tisch gebracht werden. Mögliche diplomatische Vor-
77 gehensweisen sind für uns nur dann akzeptabel,
78 wenn sie die Vertreter*innen und die legitimen In-
79 teressen der Ukraine mit einbeziehen. Der Angriffs-
80 krieg gegen die Ukraine kann nur beendet werden,
81 wenn die Ukraine mit am Verhandlungstisch sitzt.
82 Auch drei Jahre nach Beginn des Krieges darf die
83 Unterstützung für die Ukraine nicht an Aufmerk-
84 samkeit oder Entschlossenheit verlieren. Es braucht
85 weiterhin internationale Solidarität, Entschieden-
86 heit gegenüber der russischen Aggression und eine
87 klare antifaschistische Haltung, denn Putins Regime
88 steht nicht nur für autoritäre Unterdrückung, son-
89 dern für eine völkische, imperiale und patriarchale
90 Ideologie. Die Ukrainer*innen kämpfen nicht nur für
91 ihre Freiheit, sondern verteidigen auch unsere. Sie
92 stehen an vorderster Front gegen ein Regime, das
93 unsere Werte bedroht. Ihr Mut schützt somit auch
94 uns. Dieser Krieg ist eine schwerwiegende Verlet-
95 zung des Völkerrechts. Russland muss unverzüglich
96 alle militärischen Aktivitäten in der Ukraine unver-
97 züglich einstellen. Insbesondere für Frauen, queere
98 Personen und Jugendliche ist der Krieg mit besonde-
99 rer Gewalt, Perspektivlosigkeit und Fluchtursachen
100 verbunden. Seit Beginn des Krieges sind viele Frauen
101 in der Ukraine nun schon auf sich allein gestellt, sie
102 müssen sich um ihre Kinder, Eltern und Schwieger-
103 eltern kümmern, da Männer zumeist für den Kriegs-
104 dienst eingezogen sind. Dies resultiert darin, dass

105 insbesondere unbezahlte Care-Arbeit zugenommen
106 hat. Derzeit sind über acht Millionen Frauen und
107 Mädchen in der Ukraine auf humanitäre Hilfe ange-
108 wiesen, während häusliche und sexuelle Gewalt in
109 der Ukraine stetig zunehmen.

110 Auch nach dem über 1200 Tagen andauernden russi-
111 schen Angriffskrieg stehen wir fest an der Seite der
112 Ukraine. Wir fordern:

113 1. **Politische Unterstützung der Ukraine.** Die Bun-
114 desregierung muss weiterhin militärische, humani-
115 täre und finanzielle Hilfe in Absprache mit euro-
116 päischen und internationalen Partner*innen für die
117 Ukraine bereitstellen. Diplomatie und militärische
118 Unterstützung stehen dabei nicht im Widerspruch.
119 In den letzten Monaten hat die ukrainische Regie-
120 rung wiederholt Verhandlungsbereitschaft gegen-
121 über Russland signalisiert, von der russischen Seite
122 aber immer wieder vertröstet. Auch die Waffenru-
123 he über Ostern wurde von Russland in vielen Fällen
124 gebrochen. Um der Ukraine eine starke Position am
125 Verhandlungstisch zu sichern, muss die militärische
126 Unterstützung nicht nur aufrechterhalten, sondern
127 ausgebaut werden. Dabei dürfen sich die europäi-
128 schen Staaten nicht von den USA abhängig machen.

129 2. **Keine Rückkehr zur Normalisierung mit Russ-**
130 **land unter Putin.** Solange das russische Regime sys-
131 tematisch gegen Menschenrechte, internationale
132 Verträge und demokratische Grundwerte verstößt,
133 darf es keinerlei Beziehungen zu Russland geben.
134 Sanktionen müssen konsequent durchgesetzt und
135 erweitert werden. Jegliche wirtschaftlichen Bezie-
136 hungen zu Russland müssen europaweit eingestellt
137 werden. Der Import russischer Brennstoffe muss
138 verboten werden. Die Energieunabhängigkeit Euro-
139 pas muss sichergestellt werden. Gegen die Umge-
140 hung der Sanktionen, wie beispielsweise mithilfe
141 der russischen Schattenflotte in der Ostsee, muss
142 entschieden vorgegangen werden. Reaktivierungen
143 oder Weiterpflege von Kontakten zum russischen
144 Regime, wie sie offenbar von Ralf Stegner und weite-
145 ren (ehemaligen) Politiker*innen betrieben werden,
146 verurteilen wir auf das Schärfste und fordern eine
147 klare Distanzierung seitens der Parteien.

148 3. **Konsequente Verfolgung russischer Kriegsver-**
149 **brechen.** Die internationale Gemeinschaft muss sich
150 für die Aufarbeitung und strafrechtliche Verfolgung
151 der Kriegsverbrechen gegenüber den Ukrainer*in-
152 nen einsetzen. Die EU muss den ukrainischen Behör-
153 den bei der Sicherung von Beweisen für Kriegsver-
154 brechen und bei der Aufklärung von Kriegsverbre-
155 chen unterstützen.

- 156 4. **Langfristige Solidarität mit Geflüchteten.**
157 Die Aufnahme und Integration ukrainischer Ge-
158 flüchteter muss durch dauerhaft gut ausgestatte-
159 te Programme abgesichert werden. Die Pläne der
160 schwarz-roten Bundesregierung, Geflüchtete aus
161 der Ukraine künftig wieder dem Asylbewerber-
162 leistungsgesetz zuzuordnen und damit rechtlich
163 schlechter zu stellen als bislang, lehnen wir ab. Im
164 Gegenteil: Die schnelle und weniger bürokratische
165 Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine, die sich un-
166 ter anderem in der freien Wahl des Wohnorts aus-
167 gedrückt hat, war ein erfolgreicher humanitärer An-
168 satz, der beibehalten und auf alle Gruppen von
169 Schutzbedürftigen ausgeweitet werden sollte.
- 170 5. **Aktive Beteiligung am Wiederaufbau der Ukrai-**
171 **ne.** Die EU muss einen solidarischen Wiederaufbau-
172 plan aufstellen, der auch die Zivilgesellschaft, sowie
173 feministische und jugendpolitische Initiativen för-
174 dert. Eingefrorene russische Gelder sollen für den
175 Wiederaufbau der Ukraine verwendet werden.
- 176 6. **Feministische Außenpolitik muss umgesetzt**
177 **werden.** Es müssen in der Ukraine spezifische
178 Schutzmechanismen geschaffen werden, die femi-
179 nistische Initiativen vor Ort gezielt unterstützen,
180 beispielsweise durch direkte Förderungen für Initia-
181 tiven, die sich für psychosoziale Hilfe und den Schutz
182 vor sexualisierter Gewalt einsetzen.
- 183 7. **Jugend stärken.** Der Krieg in der Ukraine hat
184 schon jetzt eine Generation junger Menschen in der
185 Ukraine geprägt. Daher müssen insbesondere Ju-
186 gendprogramme gefördert werden.
- 187 8. **Ukraines Mitgliedschaft in der EU.** Bei Erfüllung
188 der Beitrittskriterien eine volle Unterstützung der
189 Ukraine als Kandidatin für die EU-Mitgliedschaft.
190 Dies ist ein starkes politisches Symbol für die Unter-
191 stützung der Ukraine.

K Kommunalpolitik

Antrag K-

SPD-Ortsverein Uelzen

Kommunalverwaltung, die wirkt – bürgernah. digital. gemeinsam.

- 1 Die SPD Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass
- 2 Kommunalverwaltungen im Land konsequent als
- 3 Orte bürgerorientierter, digital unterstützter und
- 4 lernfähiger Gestaltung aufgestellt werden.
- 5 Dazu gehört:
- 6 1. **Bürgerzentrierung als Leitprinzip** jeder Ver-
- 7 waltungsentwicklung – von Services über Pro-
- 8 zesse bis hin zu Beteiligung.
- 9 1. **Digitale Infrastruktur**, die nicht nur effizient
- 10 ist, sondern auch **sinnvoll, sicher und zugäng-**
- 11 **lich** für alle Menschen in Stadt und Land.
- 12 1. **Neue Rollen und Kompetenzen** in der Verwal-
- 13 tung, um Innovation, interdisziplinäre Zusam-
- 14 menarbeit und Selbstorganisation zu stärken.
- 15 1. **Reallabore und Experimentierräume**, z. B. für
- 16 KI-unterstützte Dienstleistungen, hybride
- 17 Bürgerbeteiligung oder adaptive Regelwerke
- 18 durch Experimentierklauseln.
- 19 1. **Verwaltungen als lernende Organisationen**,
- 20 die Feedback und Resonanz ernst nehmen, Ir-
- 21 ritationen verarbeiten und kontinuierlich mit
- 22 der Gesellschaft in Beziehung bleiben.
- 23 1. **Präsenzpraktiken im Verwaltungshandeln**, al-
- 24 so konkrete Formen, in denen Verwaltung
- 25 nicht nur verwaltet, sondern mit den Men-
- 26 schen im Hier und Jetzt in Beziehung tritt:
- 27 • Bürgerwerkstätten vor Ort (z. B. zu Schul-
- 28 standorten, Verkehr, Klimaanpassung)
- 29 • Resonanzsprechstunden von Verwaltungslei-
- 30 stungen
- 31 • Mini-Formate der Beteiligung im Alltag (War-
- 32 tebereich, Marktplatz, digitale Rückmeldun-
- 33 gen)
- 34 • Interne Resonanzformate für Mitarbeitende
- 35 zur Förderung von kollektiver Reflexion und In-
- 36 novationsfähigkeit
- 37 1. **Initiierung eines Gestaltungsforums Kommu-**
- 38 **nalkultur**, in dem Mitarbeitende der Ver-
- 39 waltung, Mandatsträger:innen und weitere
- 40 Partner:innen (z. B. Zivilgesellschaft, Wissen-
- 41 schaft, lokale Initiativen) regelmäßig zusam-
- 42 menkommen, um kommunale Verwaltungs-
- 43 praktiken im Sinne einer lernenden, bürger-
- 44 orientierten und resonanzfähigen Kultur wei-

terzuentwickeln. Dieses Gestaltungsforum ist kein Projekt, sondern ein **offener Möglichkeitsraum für kommunale Praxis** – z. B. in Form von thematischen Werkstätten, Resonanzrunden oder interkommunalem Erfahrungsaustausch. Ziel ist eine Verwaltungskultur, die nicht nur auf Krisen reagiert, sondern sich aus Gegenwart, Beziehung und Verantwortung heraus wandelt.

Diese Formen ergänzen bestehende Beteiligungsverfahren und machen Verwaltung wieder **sichtbar, ansprechbar und nahbar** – auch in kleinen Kommunen und Landkreisen.

Der Landesvorstand wird gebeten, gemeinsam mit unseren kommunalen Mandatsträger:innen und Fraktionen konkrete Schritte zur Umsetzung dieser Prinzipien zu entwickeln. Ziel ist eine Kommunalverwaltung, die nicht nur digitalisiert, sondern im Sinne einer demokratischen Präsenzkultur **menschen- und gegenwartsbezogen handelt**.

Begründung

Kommunalverwaltungen sind das Rückgrat demokratischer Daseinsvorsorge – und gleichzeitig ein Ort stiller Überforderung: zu wenig Personal, zu viele Anforderungen, wachsender digitaler Rückstand. Aber es gibt auch eine andere Perspektive: Verwaltungen können zu Orten werden, an denen Politik im besten Sinne erfahrbar ist – **zuwendend, klar und handlungsfähig**.

Dafür braucht es nicht nur neue Technik, sondern eine neue Haltung. Eine Verwaltung, die Resonanz ermöglicht. Die nicht nur Fragen beantwortet, sondern **Gegenwart gestaltet**. Die nicht abstrakt denkt, sondern **in Beziehung**.

Mit Blick auf aktuelle Impulse zur Staatsmodernisierung – von der Gruppe um Peer Steinbrück, der **Reformagenda der PD** über den **Zukunftsstaat-Aufruf** bis hin zum **Koalitionsvertrag im Bund** – wird deutlich: Wenn die Verwaltung sich nicht neu aufstellt, verliert sie ihre Wirksamkeit und das Vertrauen der Bürger:innen.

Zukunftsfähige Kommunalverwaltung ist kein IT-Projekt. Sie ist eine Kulturfrage.

Und wir als SPD – gerade im ländlichen Raum – sind prädestiniert, diese Kultur aktiv mitzugestalten: durch Mut zu Präsenz, Vertrauen in gemeinsame Gestaltung und die politische Kraft, Kommunen nicht nur zu modernisieren, sondern **neu zu verankern im Leben der Menschen**.

O Organisationsfragen

Antrag O-

SPD-Unterbezirk Landkreis Harburg

Ausrichtung der politischen Arbeit auf soziale und linke Themen

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen, dass die po-
2 litische Arbeit auf soziale und linke Themen ausge-
3 richtet ist und unsere Bundestagsabgeordneten sich
4 für Grundsatzthemen der SPD einsetzen und stark-
5 machen.

6
7 Diese Forderungen setzen sich für soziale Gerechtig-
8 keit, wirtschaftliche Stabilität und eine nachhaltige
9 Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger ein. Wir for-
10 dern deshalb, dass wir in der nächsten Wahlperiode
11 folgende Themen in den Mittelpunkt der politischen
12 Arbeit stellen werden:

13

14 I. Umverteilung

15 1. Vollzug der Vermögenssteuer zur Finanzierung

16 Forderung: Die 1997 ausgesetzte Vermögenssteu-
17 er soll aktualisiert und konsequent verfassungsge-
18 richtskonform z.B. ab einem persönlichen Vermögen
19 ab 5 Mio. Euro als Bundessteuer erhoben werden.

20 Begründung: Die Schere zwischen arm und reich
21 wird immer größer. Es ist nachvollziehbar, dass
22 wohlhabende Zugang zu verbesserten Einnahme-
23 möglichkeiten haben, wohingegen die breite Mehr-
24 heit der Bevölkerung den Verdienst durch Erwerbs-
25 arbeit bestreitet. Das solidarische Prinzip bedeutet,
26 dass begüterte Personen an der Erhaltung der Ge-
27 sellschaft einen vergrößerten Anteil tragen müssen.
28 Die Steuern sollen von denjenigen gezahlt werden,
29 die sich diese leisten können. Die Vermögenssteu-
30 er ist ein Mittel zur die Finanzierung der sozialpoli-
31 tischen Forderungen und damit konsequenterweise
32 ein Mittel der Umverteilung.

33 2. Weniger Steuern für untere und mittlere Einkom- 34 men, Konsequente Erhöhung des Mindestlohnes

35 Forderung: Eine umfassende Steuerentlastung für
36 die unteren und mittleren Einkommensschichten.
37 Prekäre Löhne sind unwürdig und dürfen durch die
38 SPD niemals geduldet werden.

39 Begründung: Arbeit muss sich lohnen, und das ist
40 nur möglich, wenn die Löhne auskömmlich sind
41 und die Einkommenssteuer für diejenigen, die einen
42 großen Teil ihrer Einkommen für den Lebensunter-
43 halt aufbringen müssen, gesenkt wird. Dies stärkt
44 die Kaufkraft und fördert den wirtschaftlichen Auf-

45 schwung.

46

47 **II. Soziales**

48 **3. Zuverlässiger, moderner und bezahlbarer ÖPNV in** 49 **allen Regionen**

50 Forderung: Ausbau und Modernisierung des öffent-
51 lichen Nahverkehrs in allen Regionen, insbesonde-
52 re im ländlichen Raum. Das Deutschlandticket muss
53 bleiben.

54 Begründung: Ein flächendeckender, zuverlässiger
55 und moderner ÖPNV entlastet Straßen, reduziert
56 Umweltbelastungen und fördert soziale Gerechtig-
57 keit, indem Mobilität für alle erschwinglich und zu-
58 gänglich wird. Zudem ist dies ein wichtiger Schritt in
59 Richtung Klimaschutz.

60 **4. Bezahlbares Wohnen: Mietendeckel einführen**

61 Forderung: Eine gesetzliche Begrenzung der Miet-
62 kosten, die konsequent umgesetzt wird sowie ei-
63 ne stärkere Förderung von sozialem und bezahlba-
64 rem Wohnungsbau. In den nächsten fünf Jahren
65 schafft die Bundesregierung jeweils Wohnraum für
66 400.000 Wohneinheiten.

67 Begründung: Wohnen ist ein Grundrecht. Explodie-
68 rende Mieten in vielen Städten machen das Leben
69 für die meisten zunehmend unbezahlbar. Eine Ober-
70 grenze für Mieten stellt sicher, dass Wohnen bezahl-
71 bar bleibt und verhindert soziale Ungleichheit.

72 **5. Auskömmliche Rente durch ein höheres Rentenni-** 73 **veau sowie Stärkung und Förderung des Ehrenamts** 74 **durch mehr Rentenpunkte**

75 Forderung: Einführung einer Mindestrente in die al-
76 le einzahlen müssen. Das Renteneintrittsalter muss
77 beibehalten werden und dauerhaft an das Berufs-
78 alter gekoppelt. Ehrenamtliche Arbeit soll durch die
79 Vergabe von zusätzlichen Rentenpunkten stärker
80 gewürdigt werden.

81 Begründung: Eine lebenswerte Rente muss sicher-
82 stellen, dass Menschen nach einem langen Arbeits-
83 leben nicht in Altersarmut abrutschen. Besonders
84 Frauen sind davon betroffen. Ein höheres Rentenni-
85 veau sichert den Lebensstandard und würdigt die
86 jahrzehntelange Erwerbsarbeit. Das Ehrenamt ist ei-
87 ne tragende Säule der Gesellschaft und trägt we-
88 sentlich zum sozialen Zusammenhalt bei. Viele Eh-
89 renamtliche setzen ihre Freizeit für das Gemeinwohl
90 ein, ohne dafür eine ausreichende finanzielle Absi-
91 cherung im Alter zu erhalten.

92 **6. Eine gute Gesundheitsversorgung für alle durch** 93 **die Bürgerversicherung**

94 Forderung: Einführung einer solidarischen Bürger-
95 versicherung für alle Bürger, in die auch Selbststän-

96 dige, Beamte und Gutverdiener einzahlen. System
97 der Kassenärztlichen Vereinigung aufbrechen. Mehr
98 Studienplätze für Medizinstudierende.
99 Begründung: Das gegenwärtige Zwei-Klassen-
100 System im Gesundheitssystem führt zu Ungleich-
101 heit. Mit der Bürgerversicherung schaffen wir
102 gleiche Gesundheitschancen für alle, stärken das
103 Solidarsystem und entlasten das Gesundheitssys-
104 tem finanziell.

105

106 III. Bildung und Familien

107 **7. Gleiche Bildungschancen für alle durch mehr Leh-** 108 **rer, moderne Schulgebäude und angepassten Un-** 109 **terricht und Sozialpädagogen und mehr Unterstüt-** 110 **zungspersonal an Schulen**

111 Forderung: Einstellung von mehr Lehrkräften, Mo-
112 dernisierung der Schulgebäude sowie eine Reform
113 des Lehrplans, der individuelle Förderung und mo-
114 derne Lehrmethoden in den Mittelpunkt stellt. Ein-
115 stellung von mehr Sozialpädagogen und Schulpsy-
116 chologen an allen Schulen.

117 Begründung: Bildung ist der Schlüssel für die Zu-
118 kunft eines Landes. Nur mit ausreichend Lehrper-
119 sonal, kleinen Klassen und einer modernen Infra-
120 struktur können wir die Qualität der Bildung er-
121 höhen und sicherstellen, dass jeder Schüler unab-
122 hängig von seiner Herkunft die gleichen Chancen
123 hat. Viele Schüler brauchen Unterstützung, die über
124 den klassischen Unterricht hinausgeht. Sozialpäd-
125 agogen und Schulpsychologen können dazu beitra-
126 gen, soziale Ungerechtigkeiten auszugleichen und
127 individuelle Probleme frühzeitig zu erkennen, um so
128 den Lernerfolg zu steigern. Gleichberechtigte Schü-
129 ler von heute sind mündige Bürger von morgen.

130 **8. Stärkere Familienpolitik: Bessere Vereinbarkeit** 131 **von Familie und Beruf, Erhöhung des Kindergelds** 132 **und Einführung einer Kindergrundsicherung, Kos-** 133 **tenfreier Zugang zu frühkindlicher Bildung und Ki-** 134 **tas**

135 Forderung: Ausbau von Betreuungsangeboten, fle-
136 xiblere Arbeitszeiten und höhere finanzielle Un-
137 terstützung für Familien. Eine schrittweise Erhö-
138 hung des Kindergelds und die Einführung einer
139 Kindergrundsicherung, die Kinderarmut effektiv be-
140 kämpft. Kostenfreie Kitaplätze und frühkindliche
141 Bildungseinrichtungen für alle Familien.

142 Begründung: Eine moderne Familienpolitik muss El-
143 tern die Möglichkeit geben, Familie und Beruf besser
144 zu vereinbaren. Durch flexible Arbeitszeiten und ei-
145 ne ausreichende Kinderbetreuung entlasten wir Fa-
146 milien und fördern die Erwerbstätigkeit beider El-

147 ternteile. Eine Kindergrundsicherung stellt sicher,
148 dass kein Kind in Deutschland in Armut leben muss.
149 Frühkindliche Bildung ist entscheidend für die Ent-
150 wicklung von Kindern und die Chancengleichheit.
151 Kostenfreie Betreuung und Bildung ermöglichen es
152 allen Familien, unabhängig von ihrem Einkommen,
153 ihre Kinder optimal zu fördern.

154

155 **IV. Energie und Infrastruktur**

156 **10. Förderung einer klimafreundlichen Energiever-**
157 **sorgung: Ausbau erneuerbarer Energien sowie En-**
158 **ergieeffizienz und energetische Gebäudesanierung**
159 Forderung: Beschleunigter Ausbau von erneuerba-
160 ren Energien wie Wind, Solar und Wasserkraft sowie
161 die Schaffung von Anreizen für Bürger und Unter-
162 nehmen, in klimafreundliche Technologien zu inves-
163 tieren. Staatliche Förderung für die energetische Sa-
164 nierung von Wohn- und Geschäftsgebäuden sowie
165 Vorgaben für energieeffiziente Neubauten. Nicht sa-
166 nierter Altbestand darf kein Armutsrisiko im Alter
167 sein.

168 Begründung: Mit einer klimaneutralen Energiever-
169 sorgung werden die Klimaziele erreicht und unse-
170 re Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus dem
171 Ausland verringert. Durch Investitionen in erneu-
172 erbare Energien schaffen wir Arbeitsplätze, senken
173 langfristig die Energiekosten und tragen zum Um-
174 weltschutz bei, wenn diese richtig ausgeführt wer-
175 den.

176 Energetische Sanierungen tragen erheblich zur Re-
177 duzierung des Energieverbrauchs bei und senken
178 die Heizkosten. Durch staatliche Förderungen er-
179 leichtern wir den Zugang zu Sanierungsmaßnah-
180 men und schaffen einen klimafreundlichen Gebäu-
181 debestand.

182 **11. Sondervermögen für Infrastruktur**

183 Forderung: Für die marode Infrastruktur der Eisen-
184 bahn, für Straßenbrücken, Krankenhäuser und Schu-
185 len soll ein verfassungskonformes Sondervermö-
186 gen geschaffen werden, damit der Investitionsstau
187 schnell aufgelöst werden kann.

188 Begründung: Die Schuldenbremse und der Investi-
189 tionsstau passen nicht zu einander. Fehlende Infra-
190 struktur soll neu geschaffen und vorhandene je nach
191 Situation saniert, erneuert und erweitert werden.
192 Dies sind wir unseren Kindern und uns schuldig.

193

194

195 **Begründung**

196 In den letzten Jahren hat die SPD sich weit von
197 ihrem Markenkern entfernt. Wir sind nicht mehr

198 die Partei der arbeitenden Mitte, der Studierenden
199 den und Rentenbeziehenden, der Familien und des
200 Prekariats, sondern eine Partei, die sich überwie-
201 gend um gesellschaftliche Randthemen zu küm-
202 mern scheint. Die Angelegenheiten der gesamten
203 Gesellschaft müssen mit Nachdruck vertreten wer-
204 den. Die aufgeführten Forderungen sollen dazu die-
205 nen, dies umsetzen zu können.

206 Zu unserem Markenkern gehört, dass Arbeit sich
207 lohnen muss und so auskömmlich ist, dass man
208 davon gut leben kann. Wir stehen für Bildungsge-
209 rechtigkeit, bezahlbares Wohnen, individuelles Ei-
210 gentum, auskömmliche Renten, sowie eine Daseins-
211 vorsorge im Bereich Mobilität, Energie und Gesund-
212 heit.

213 Um Mehrheiten zu gewinnen, braucht es Politik für
214 alle und nicht für wenige Personen und Gruppen.
215 Die soziale Komponente ist die, die in unserem Na-
216 men und seit über 160 Jahren in unseren Program-
217 men steht. Lasst uns darauf konzentrieren, anstatt
218 populistischen und extremen Parteien nachzulau-
219 fen, wo die Wählenden eh das Original wählen wer-
220 den!

221

Antrag O-

SPD-Ortsverein Vahrenwald-List

Entwicklung einer Wahlkampf-App zur effizienten Plakatierung und Wahlkampfführung an der Basis

1 Der Bezirksparteitag möge beschließen: Im Rahmen
2 unserer Bemühungen, den Wahlkampf effizienter
3 und zielgerichteter zu gestalten, wird der Bezirk
4 Hannover bei der Bundespartei darauf hinwirken, ei-
5 ne Wahlkampf-App für die unteren Gliederungsebe-
6 nen zu entwickeln. Neben den bereits bestehenden
7 Werkzeugen des Mobilisierungsplaners und der Tür-
8 zu-Tür-App soll vor allem ein Managementsystem
9 für Plakatierungen integriert werden. Die zu inte-
10 grierenden bestehenden und neuen Funktionalitä-
11 ten sollten in einem Feedback-Prozess mit den Orts-
12 vereinen und Unterbezirken entwickelt bzw. verbes-
13 sert werden.

14

Begründung

16 Die App soll es den verschiedenen Ebenen unse-
17 rer Partei ermöglichen, vor allem die Plakatierung
18 effizienter zu organisieren. Durch die Nutzung der
19 App könnten Lücken in der Plakatierung auf einer

digitalen Karte sichtbar gemacht werden. In Kombination mit den Daten des Mobilisierungsplaners ließen sich außerdem Schwerpunkte für die Plakatierung deutlich einfacher festlegen. Insbesondere wenn verschiedene Ebenen an der Plakatierung beteiligt sind, würde eine kartenbasierte Darstellung das Abhängen der Plakate ebenfalls deutlich vereinfachen.

Mögliche Funktionalitäten für die Plakatierung:

- Übersicht über aufgestellte/-gehängte Plakate
- Zuweisung von Gebieten an Plakatierungsteams
- Möglichkeit für alle Mitglieder, beschädigte Plakate an die zuständige Ebene zu melden, sodass schnell Ersatz organisiert werden kann
- Speicherung geeigneter Standorte für die Plakatierung (z. B. geeignete Laternenmasten) für folgende Wahlkämpfe
- FAQ: Regeln für das Aufhängen von Plakaten

Langfristig könnte die App zu einem allgemeinen Tool für die Wahlkampfführung weiterentwickelt werden. Durch eine umfassende hauseigene Lösung könnten die Ortsvereine außerdem auf Notlösungen auf Basis der Dienste amerikanischer Softwarekonzerne verzichten. Mögliche zukünftige Funktionalitäten könnten sein:

- Aktionen anlegen: Von den OV/UBs festgelegte Campaigner können Aktionen wie Tür-zu-Tür-Verteilungen, Infostände, Kneipenwahlkampf usw. anlegen
- Teilnahme: Mitglieder der jeweiligen Gliederung können sich für Aktionen eintragen und in einem Kalender sehen, für welche Aktionen sie sich gemeldet haben
- Leitfäden für das Durchführen von Wahlkämpfen für Campaigner
- Zugangspunkt für Sharepics usw. für den Onlinewahlkampf (Teilen direkt aus der App heraus)
- Statistik einsehen:
- Geplante und durchgeführte Aktionen
- Beschädigung von Plakaten nach Standorten

Die Entwicklung dieser Wahlkampf-App würde nicht nur die Effizienz und Transparenz bei der Plakatierung erhöhen, sondern auch eine Grundlage für weitere digitale Werkzeuge schaffen, die unseren Wahlkampf nachhaltig verbessern könnten.

Antrag O-**SPD-Unterbezirk Holzminden****Doppelspitze OV-Vorsitz: Zulassung von Kombinationen**

1 Der Parteitag möge beschließen und als Änderungs-
2 antrag zur Anpassung der SPD Statuten zum Bun-
3 desparteitag beantragen:
4 Im dem Fall, dass sich keine mehrgeschlechtliche
5 Doppelspitze zur Wahl für den Ortsvereinsvorsitz
6 stellt, ist auch die Wahl einer gleichgeschlechtlichen
7 Doppelspitze zulässig.

8

9 Begründung

10 Die Aufgabe einer/eines Ortsvorsitzenden ist zeit-
11 aufwendig und verantwortungsvoll.
12 Zugleich ist sie vollkommen unbezahlt. Die in letzter
13 Zeit häufiger notwendig gewordenen Fusionen füh-
14 ren zudem dazu, dass insbesondere im ländlichen
15 Bereich die zu betreuenden Gebiete immer größer
16 werden.
17 Oftmals ist daher das Ausfüllen dieser Funktion nur
18 durch eine Doppelspitze zu gewährleisten. Häufig
19 ist es jedoch schwierig, überhaupt zwei Kandidie-
20 rende für die Aufgabe zu finden.
21 In solchen Fällen sollte die Anforderung an die Ge-
22 schlechtszugehörigkeit alle Kombinationen zulas-
23 sen, allerdings nur dann, wenn keine Frau ihre Be-
24 reitschaft zur Kandidatur erklärt hat.

Antrag O-**SPD-Unterbezirk Holzminden****Digitale Beteiligungsplattform für den SPD-Bezirk Hannover**

1 Der Parteitag möge beschließen:
2 Der Bezirk Hannover richtet eine dauerhaft akti-
3 ve Online-Plattform ein, auf der Mitglieder Initiati-
4 ven einbringen, diskutieren, gemeinsam weiterent-
5 wickeln und abstimmen können. Idealerweise soll-
6 te diese Plattform auch mit den bestehenden Be-
7 schlussbüchern der vergangenen Jahre gefüllt wer-
8 den und so einen Abgleich mit bereits vorhandenen
9 Anträgen ermöglichen.

10

11 Begründung

12 Mehr Beteiligung, mehr Transparenz, bessere Ent-
13 scheidungen – eine digitale Plattform macht es ein-
14 facher, politische Anliegen kontinuierlich voranzu-

15 treiben. Jedes Mitglied kann sich jederzeit einbrin-
 16 gen, Anträge wachsen durch gemeinschaftliche Be-
 17 arbeitung, und jede Änderung wird nachvollziehbar
 18 diskutiert und abgestimmt.
 19 Das ist nicht nur eine Frage der Effizienz, sondern der
 20 Zukunftsfähigkeit der SPD: Politik verändert sich.
 21 Diskussionen finden längst online statt, und Ent-
 22 scheidungsprozesse müssen diesem Wandel folgen.
 23 Eine digitale Plattform ermöglicht eine offene, le-
 24 bendige Debattenkultur, stärkt die innerparteiliche
 25 Demokratie und macht die SPD als Mitmachpartei
 26 attraktiver, greifbarer und moderner. Das persönli-
 27 che Gespräch, die Diskussion von Angesicht zu An-
 28 gesicht bleiben dabei unverzichtbar, finden aber zu
 29 selten statt, um ausreichen zu können.
 30 Um eine Nutzung mit so wenig Hürden wie möglich
 31 zu versehen, ist zu prüfen, inwiefern durch Schnitt-
 32 stellen bereits gängige Plattformen eingebunden
 33 werden können. Eine spätere Ausweitung der Platt-
 34 form auf die Bundesebene der SPD nach erfolgrei-
 35 cher Anwendung im Bezirk ist wünschenswert.

Antrag O- Jusos Bezirk Hannover

Glaubwürdig erneuern – für die SPD als linke Volkspartei!

1 Wir fordern deshalb, dass der Bezirksvorstand ein
 2 Konzept erarbeitet, wie sich der SPD-Bezirk Han-
 3 nover in den Prozess für ein neues Grundsatzpro-
 4 gramm und zur organisationspolitischen Erneue-
 5 rung einbringen wird. Teil dieses Konzepts ist die
 6 Beteiligung der Gremien, aber auch der Mitglieder
 7 über die Gremien hinaus an den inhaltlichen De-
 8 batten mit Blick auf das Grundsatzprogramm. Wir
 9 erwarten, dass der sich SPD-Bezirk Hannover mit
 10 inhaltlichen Positionen und Ideen, denen ein an-
 11 gemessener Beteiligungsprozess zugrunde liegt, in
 12 den Grundsatzprogrammprozess einbringt.

13
14

Begründung

16 Die SPD steht an einem Wendepunkt. Ein „Weiter
 17 so“ nach dem schlechtesten Wahlergebnis in der
 18 Geschichte der deutschen Sozialdemokratie darf es
 19 nicht geben. Die dramatischen Verluste bei der Bun-
 20 destagswahl sind das Ergebnis eines jahrelangen
 21 Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlustes.
 22 Wenn wir aus der Bundestagswahl 2025, aber auch

23 dem Trend der vorangegangenen bundesweiten
 24 Wahlen, Konsequenzen ziehen wollen, müssen wir
 25 einen umfangreichen Erneuerungsprozess begin-
 26 nen, der sowohl die programmatischen Grundsätze
 27 der Sozialdemokratie neu formuliert als auch die or-
 28 ganisationspolitische Zukunftsfähigkeit sicherstellt.
 29 Wir begrüßen deshalb den beschlossenen Leitan-
 30 trag "Veränderung beginnt mit uns" vom Ordentli-
 31 chen Bundesparteitag 2025, insbesondere den Auf-
 32 trag zur Erarbeitung eines neuen Grundsatzpro-
 33 gramms.
 34 Veränderung beginnt aber nicht nur mit der Bundes-
 35 partei aus Berlin heraus, sondern nimmt auch die
 36 Gliederungen vom Landesverband/Bezirk bis zum
 37 Ortsverein in die Verantwortung. Der Bezirk Han-
 38 nover erzielt nach wie vor stärkere Ergebnisse und
 39 weist in weiten Teilen eine stärkere gesellschaftliche
 40 Verankerung auf als im bundesweiten Vergleich. Ge-
 41 rade deshalb ist unsere Beteiligung an diesen Pro-
 42 zessen zur Veränderung der SPD wichtig: Weil es
 43 hier nach wie vor erfolgreiche Beispiele gibt, die es
 44 sich zu analysieren lohnt, und weil die Zukunftsfä-
 45 higkeit der SPD nur mit dem Erhalt der verbliebenen
 46 "Hochburgen" gesichert werden kann.

Antrag O-

SPD-Unterbezirk Region Hannover

Frauenförderung und breitere Teilhabemöglichkeiten für Engagierte und Funktionsträger:innen

- 1 Die SPD im Bezirk Hannover setzt sich für eine
- 2 gleichberechtigte politische Teilhabe von Männern
- 3 und Frauen ein und fordert mit Hilfe der folgenden
- 4 Maßnahmen die aktive Mitarbeit von Genoss:innen
- 5 strukturell zu unterstützen:
- 6 1. Bei der Aufstellung zu Wahlen auf kommu-
- 7 naler Ebene sowie auf Ebene des Landes, des
- 8 Bundes und auf Europaebene werden die Spit-
- 9 zenkandidaturen, also die Listenplätze 1, min-
- 10 destens zur Hälfte mit Frauen besetzt.
- 11 2. Parteiinterne Förderprogramme für Frauen
- 12 als Kandidierende für vordere Positionen in
- 13 Gremien der Partei und für Wahlämter auf
- 14 kommunaler Ebene werden ausgebaut. Da-
- 15 zu gehören auch Maßnahmen wie regel-
- 16 mäßige Interessenabfragen in der Mitglied-
- 17 schaft zur Übernahme von Funktionen und
- 18 Mandaten, Veranstaltungen zur Findung von
- 19 Co-Vorsitzendenteams, Mentoringprogramm,

Förderung der Bildung von Netzwerken.

3. Um die Erfolge der parteiinternen Gleichstellungspolitik besser messbar zu machen, wird alle drei Jahre ein parteiinterner Gleichstellungsbericht auf Bezirks- und Landesebene erstellt.

4. Sitzungen von parteiinternen Gremien auf Unterbezirks-, Bezirks und Landes- und Bundesebene werden – sofern eine technische Umsetzung möglich ist – als hybride Sitzungen durchgeführt.

5. Es wird ein Konzept entwickelt, das gewährleistet, dass insbesondere Frauen beim Vorgehen gegen Drohungen, Herabsetzungen oder verbalisierte Gewalt („catcalling“) unterstützt werden.

Das Sharing von Funktionen innerhalb der Partei wird als Möglichkeit begriffen, Teilhabechancen auch in besonderen familiären oder Notsituationen zu sichern. Daher wird die Landtagsfraktion gebeten, die rechtlichen Möglichkeiten von Mandatssharing auszuloten. Auch bei parteiinternen Funktionen werden Konzepte entwickelt, um die Teilung von Funktionen zu ermöglichen.

Begründung

nsere Demokratie lebt davon, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, an Entscheidungsprozessen mitzugestalten. Seit jeher hat sich die SPD dafür eingesetzt, dass Frauen gleichberechtigt aktives und passives Wahlrecht ausüben können. Gleichwohl ist es in der vergangenen Kommunalwahl und der Landtagswahl nicht gelungen, den Frauenanteil bei den Mandatsträgerinnen so zu steigern, dass SPD-Plätze nahezu paritätisch besetzt sind. Im Schnitt sind nur unter 30 Prozent Frauen in Kommunalparlamenten Mandatsträgerinnen. Im neuen Landtag hat es die SPD nur geschafft, 31,6 Prozent ihrer Plätze mit Frauen zu besetzen. Dies muss sich ändern und dem Verfassungsbruch in Permanenz ein Ende gesetzt werden!

Die Rahmenbedingungen dafür, ein Mandat oder eine parteiinterne Funktion zu besetzen, müssen angepasst werden, um allen eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Für Mandatsträgerinnen, die Sorgearbeit gegenüber ihren Kindern oder Angehörigen leisten und ggf. zusätzlich einen Beruf ausüben, sind die zeitlichen und organisatorischen Hemmschwellen teilweise sehr hoch, den Anforderungen an eine Mandatsträgerin gerecht zu werden. Erst recht, wenn sie alleinerziehend sind. Gerade

71 Frauen trifft dies besonders, weil diese in Deutsch-
72 land etwa 52,4 % mehr Sorgearbeit leisten als Män-
73 ner (Zahlen des BMFSJ aus 2019 zum „Gender Care
74 Gap“).

75 Zu den Rahmenbedingungen gehören Sitzungszei-
76 ten, die Beruf, Familie und Mandat im Blick behal-
77 ten, die Möglichkeit der Online-Teilnahme an Sit-
78 zungen, Frauennetzwerke, Kinderbetreuung wäh-
79 rend der Sitzungen, eine Atmosphäre der Akzep-
80 tanz und eine Kultur des Verständnisses sowie Mög-
81 lichkeiten der Unterstützung und Fortbildung. Die-
82 se Grundpfeiler sollten verbindlich werden. Gera-
83 de die Online-Teilnahme an Sitzungen ist für eine
84 bessere Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Man-
85 dat oder Funktion ohne große organisatorische Hür-
86 den zuträglich. Das hat die Pandemiesituation be-
87 reits gezeigt. Der Rat der Landeshauptstadt Hanno-
88 ver hat eine Änderung seiner Hauptsatzung nach
89 § 64 NKomVG bereits umgesetzt. Dies sollte auch
90 in anderen kommunalen Gebietskörperschaften er-
91 möglicht werden.

92 Ein Mandatssharing, was Überlastungsspitzen ver-
93 meidet, ist im NKomVG bisher nicht vorgesehen.
94 Möglichkeiten einer entsprechenden Gesetzesän-
95 derung sollten seitens der Landtagsfraktion ge-
96 prüft werden. Darüber hinaus sollte es auch ermög-
97 licht werden, dass sich Mandats- oder Funktionsträ-
98 ger:innen bei eigenen Redebeiträgen in Gremiensit-
99 zungen der Partei in familiär oder persönlich beding-
100 ten Notsituationen auch vertreten können lassen.

101 Gerade bei Alleinerziehenden kann dies ein wichti-
102 ger Punkt sein, aktiv an der Politikgestaltung teilzu-
103 haben. Selbstverständlich ist die Vertraulichkeit von
104 Einzelangelegenheiten hierbei zu berücksichtigen.

105 Beleidigungen, Bedrohungen und Herabsetzungen
106 betreffen viele Politiker:innen und parteipolitische
107 Engagierte. Von zunehmend feststellbaren sexuali-
108 sierten Beleidigungen („catcalling“) und Antifeminis-
109 mus sind aber vor allem Frauen betroffen, die da-
110 her von einer Kandidatur um Ämter Abstand neh-
111 men. Daher wird dieser Aspekt im Kontext des Be-
112 schlusstext besonders betont. Wünschenswert ist
113 gleichwohl ein umfassendes Schutzkonzept, das in-
114 tersektional ansetzend alle Personengruppen, die
115 aufgrund von Diversitätsmerkmalen oder des Um-
116 stands, dass sie Stereotypen nicht entsprechen, An-
117 feindungen ausgesetzt sind, im Schutzkonzept der
118 Partei berücksichtigt werden.

Antrag O-**SPD-Unterbezirk Hameln-Pyrmont****Voneinander profitieren, gemeinsam wachsen - für eine starke SPD vor Ort**

1 Der SPD-Bezirk Hannover treibt den zeitnahen Auf-
2 bau eines parteiinternen, überregionalen Cloud-
3 Speichers für politische Dokumente, wie beispiels-
4 weise Anträge, Satzungen o.ä., maßgeblich voran
5 und arbeitet dabei mit den anderen drei Bezirken so-
6 wie dem Landesverband eng zusammen.

7

8 Begründung

9 Niedersachsen steht 2026 vor einer wichtigen Kom-
10 munalwahl. Mit Blick auf die im darauffolgenden
11 Jahr stattfindende Landtagswahl ist diese Wahl für
12 die SPD richtungsweisend. Die Kommunen sind
13 die politische Heimat unserer Partei. Unsere Stärke
14 steht und fällt mit unserer Performance in den Städ-
15 ten und Gemeinden.

16

17 Die Parteien befinden sich bereits inmitten der Vor-
18 bereitungen auf die Kommunalwahl und arbeiten
19 vor Ort intensiv an ihren Wahlprogrammen, Strate-
20 gien und Personalvorschlägen. Dies fällt vielen Ver-
21 antwortlichen in unserer Partei vor allem aus zwei
22 Gründen immer schwerer.

23

24 Zum einen wird die politische Arbeit in den Kom-
25 munalparlamenten immer schwieriger. Politik ist
26 komplex, politische Inhalte und Zusammenhän-
27 ge teilweise schwer zu verstehen und der Öff-
28 fentlichkeit immer schwerer vermittelbar. Die Zu-
29 sammensetzung der Räte wird zunehmend bun-
30 ter, mehr Parteien, Wählergemeinschaften, Einzel-
31 bewerber oder Zusammenschlüsse finden sich in
32 den Räten. Zusammenarbeit, Absprachen, Kompro-
33 missbildung wird, soweit überhaupt möglich, deut-
34 lich zeitintensiver und komplizierter. Auch und ge-
35 rade mit der Zunahme von Ratsmitgliedern extre-
36 mistischer Parteien und Gruppierungen. Auch ist ein
37 eigener Handlungsspielraum der Kommunalpoliti-
38 kerInnen um politische Ziele und Ideen durchzuset-
39 zen aufgrund der oftmals angespannten Haushalts-
40 lagen vor Ort oft kaum noch vorhanden. Zudem wird
41 der Ton rauer, sowohl in den Räten selbst als auch
42 seitens der Öffentlichkeit und Medien.

43

44 Die Personalgewinnung wird auch deshalb für die
45 Parteien immer mehr zum Flaschenhals. Die SPD be-
46 müht sich vielerorts um die Gewinnung von Kan-

47 didatInnen, die bereit sind, auf den Listen für die
48 Orts-, Gemeinde- und Stadträte oder den Kreistag zu
49 kandidieren. Leider nicht selten vergeblich. Kommunalpolitik ist für viele, politische interessierte Menschen aus den zuvor genannten Gründen aber kaum noch attraktiv. Zudem sind bereits engagierte Parteimitglieder aber auch BürgerInnen insgesamt bereits durch zahlreiche weitere Ehrenämter gebunden, durch Job und Familie zeitlich zudem eingeschränkt.

57

58 Der Aufbau eines parteiinternen, überregionalen
59 Cloudspeichers für politische Dokumente soll und
60 kann ein Baustein sein, die Kommunalpolitik wieder
61 einfacher und damit attraktiver zu machen.

62

63 Den engagierten und aktiven KommunalpolitikerInnen kann ein solcher Cloudspeicher helfen, die politische Arbeit in den Kommunalparlamenten gut voranzutreiben. Gute Inhalte können dort für alle zugänglich gespeichert und damit geteilt werden. Dadurch können gute Ideen für die eigene Arbeit vor Ort gesammelt, gute Inhalte weitergetragen und die politische Arbeit insgesamt vereinfacht werden.

72

73 Unsere KommunalpolitikerInnen können so voneinander lernen und profitieren, sozialdemokratische Inhalte vor Ort einfacher nach vorne bringen und damit das Erscheinungsbild unserer Partei vor Ort insgesamt verbessern. Ein parteiinterner, überregionaler Cloudspeicher für politische Dokumente kann damit eine gewinnbringende Unterstützung für unsere KommunalpolitikerInnen sein und damit die politische Arbeit vor Ort sicherlich etwas leichter und damit auch attraktiver machen.

83

R Rechts- und Innenpolitik

Antrag R-

Jusos Bezirk Hannover

Gerechtigkeit für Lorenz – Konsequente Aufklärung und entschlossener Kampf gegen rassistische Polizeigewalt

1 Wir verurteilen die tödlichen Schüsse der Polizei auf
2 den 21-jährigen Lorenz in der Nacht zu Ostersonn-
3 tag 2025 in Oldenburg. Lorenz, ein junger Schwarzer
4 Mann, wurde bei einem Polizeieinsatz durch meh-
5 rere Schüsse tödlich verletzt – mindestens drei da-
6 von trafen ihn von hinten, in Hüfte, Oberkörper und
7 Kopf. Ausgelöst wurde der Einsatz dadurch, dass Tür-
8 steher ihn nicht in eine Discothek hineinlassen woll-
9 ten, angeblich wegen seiner Jogginghose. Die Um-
10 stände seines Todes werfen zahlreiche Fragen auf,
11 unter anderem, warum von hinten auf ihn gefeu-
12 ert wurde, warum die Polizei falsche Angaben zur
13 angeblichen Bedrohung mit einem Messer machte
14 und warum die eingesetzten Bodycams nicht akti-
15 viert waren.

16 Besonders kritisch sehen wir, dass die Ermittlungen
17 ausgerechnet durch die Polizeiinspektion Delmen-
18 horst/Oldenburg-Land/Wesermarsch geführt wer-
19 den – jene Dienststelle, in deren Gewahrsam 2021
20 ein junger BIPOC, Qosay Khalaf, unter ungeklärten
21 Umständen verstarb. Auch dieser Fall ist bis heu-
22 te nicht transparent aufgearbeitet worden. Das er-
23 schüttert das Vertrauen in die Unabhängigkeit und
24 Ernsthaftigkeit der Ermittlungen zutiefst. Die Praxis,
25 dass sich Polizeibehörden gegenseitig untersuchen,
26 ist strukturell problematisch und muss dringend be-
27 endet werden.

28 Für viele BIPOC (Black People, Indigenous People and
29 People of Colour) ist das Vertrauen in die Polizei
30 schon lange erschüttert. Laut Erhebungen gibt es
31 durchschnittlich mehr als einen vergleichbaren Fall
32 pro Monat. Viel zu oft verlaufen Ermittlungen im
33 Sande oder werden durch einen falschen Korpsgeist
34 in der Polizei verhindert. Wir fordern eine lückenlo-
35 se, unabhängige und transparente Aufklärung die-
36 ses tödlichen Einsatzes.

37 Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen, Freund*in-
38 nen und Mitstreiter*innen von Lorenz. Wir solida-
39 risieren uns ausdrücklich mit dem lokalen Bündnis
40 "Gerechtigkeit für Lorenz" in Oldenburg, das sich für
41 Gerechtigkeit und ein würdevolles Gedenken ein-
42 setzt. Die breite Beteiligung an Demonstrationen in
43 Oldenburg und darüber hinaus, wie z.B. in Hanno-
44 ver, zeigt: Die Zivilgesellschaft fordert Aufklärung,

45 Konsequenzen und strukturelle Veränderungen.
46 Lorenz' Tod ist kein Einzelfall. Immer wieder werden
47 insbesondere Schwarze Menschen, People of Color
48 und Menschen in psychischen Ausnahmesituatio-
49 nen durch Polizeigewalt verletzt oder getötet. Diese
50 Realität ist Ausdruck struktureller Probleme in un-
51 seren Sicherheitsbehörden. Rassismus, mangelnde
52 Kontrolle und unzureichende Aufarbeitung stehen
53 dem Anspruch eines demokratischen Rechtsstaats
54 fundamental entgegen.

55 Wir fordern deshalb:

- 56 1. Eine unabhängige Untersuchung des Polizei-
57 einsatzes durch eine von der Polizei unabhän-
58 gige, transparente und mit klaren Kompeten-
59 zen ausgestattete Stelle.
- 60 1. Die bundesweite Einrichtung von unabhängi-
61 gen Beschwerde- und Ermittlungsstellen, die
62 nicht der Polizei oder den Innenministerien
63 unterstehen.
- 64 1. Eine konsequente und öffentlich kontrollierte
65 Aufarbeitung rassistischer Strukturen in Poli-
66 ze, Justiz und Verwaltung.
- 67 1. Verbindliche Standards für die Aus- und Fort-
68 bildung von Polizeikräften: Die Themen in-
69 tersektionaler Rassismus, Deeskalation, Men-
70 schenrechte, Gleichbehandlung, Racial Profil-
71 ing, interkulturelle Kommunikation und dis-
72 kriminierungssensible Sprache müssen fester
73 Bestandteil der Grundausbildung und der ge-
74 samten Berufslaufbahn sein. Dazu gehören
75 verpflichtende, mindestens jährliche Weiter-
76 bildungen und Auffrischungsschulungen. Per-
77 sonen, die in diesen Bereichen gravierende
78 Defizite aufweisen, dürfen nicht im Polizei-
79 dienst verbleiben. Ziel ist es, rassistisches Ver-
80 halten zu verhindern, diskriminierungssensi-
81 bles Handeln zu fördern und den Polizeiappa-
82 rat wirksam gegen rechtsradikale Unterwan-
83 derung zu schützen. Fortbildungen sollen den
84 Kontakt mit von Diskriminierung betroffenen
85 Menschen gezielt stärken.
- 86 1. Die aktive Unterstützung und Stärkung zivil-
87 gesellschaftlicher Bündnisse und Initiativen,
88 die sich gegen Polizeigewalt, Rassismus und
89 für Menschenrechte einsetzen.
- 90 1. Studien über rassistische Diskriminierung
91 durch private Sicherheitsdienste, unter
92 anderem in Bars und Diskotheken. Öffent-
93 lich gewordene Verbindungen zwischen
94 rechtsextremen Netzwerken und privaten Si-
95 cherheitsfirmen, die von den Ländern Sachsen

96 und Thüringen beauftragt wurden, bestätigen
 97 die Notwendigkeit dieser Forderung.
 98 1. Gerechtigkeit für Lorenz heißt: Nicht nur Trauer
 99 und Mitgefühl, sondern auch politisches
 100 Handeln. Die strukturelle Dimension rassisti-
 101 scher Polizeigewalt muss benannt, anerkannt
 102 und entschieden bekämpft werden – für eine
 103 Gesellschaft, in der alle Menschen in Würde
 104 und Sicherheit leben können.

Antrag R- Jusos Bezirk Hannover

Menschenwürde statt Maschinengewalt - Letale autonome Waffensysteme international verbieten

1 **Rüstungskontrolle - ein vergessenes Thema?**
 2 Kriegstüchtigkeit, Wehrpflicht, Sondervermögen für
 3 die Bundeswehr: Unsere öffentliche Debatte kreist
 4 seit dem russischen Angriffskrieg wieder vor allem
 5 um Fragen der Aufrüstung und Stärkung des Mi-
 6 litärs. Das hat nachvollziehbare Gründe: Die Be-
 7 drohung durch Russlands Imperialismus und die
 8 Schwächung des US-amerikanischen Schutzes unter
 9 Donald Trump können wir nicht ignorieren. Gleich-
 10 zeitig beobachten wir mit großer Sorge, wie einsei-
 11 tig Debatten über Rüstungspolitik geführt werden.
 12 Jede zusätzliche Aufrüstung wird als begrüßens-
 13 wert dargestellt. Völkerrechtliche oder ethische De-
 14 batten rücken massiv in den Hintergrund. Dabei
 15 kann Frieden nicht ausschließlich durch Abschre-
 16 ckung erzielt werden, sondern muss immer auch mit
 17 Rüstungskontrolle und Abrüstungsinitiativen ein-
 18 hergehen.
 19 Rüstungskontrolle ist auch in der aktuellen weltpo-
 20 litischen Lage nicht überholt, im Gegenteil: Gerade
 21 in Zeiten zunehmender militärischer Spannungen
 22 und Auseinandersetzungen, technologischer Auf-
 23 rüstung und automatisierter Kriegsführung braucht
 24 es klare Regeln, Kontrolle und eine ethische Grund-
 25 lage für den Einsatz von Waffensystemen. Das be-
 26 trifft in einem besonderen Maße autonome Waffen-
 27 systeme.
 28 Die Bedeutung von autonomen Waffensystemen
 29 hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Das
 30 liegt insbesondere an den Fortschritten im Bereich
 31 der Künstlichen Intelligenz und ihren militärischen
 32 Anwendungen. Mutmaßlich soll es 2020 in Libyen
 33 zum ersten Mal zum autonomen Angriff durch ei-
 34 ne Militärdrohne gekommen sein. Auch im Krieg

35 zwischen Aserbaidshan und Armenien um Berg-
36 karabach hatte der Einsatz autonomer bewaffne-
37 ter Drohnen einen großen Anteil am Sieg Aserbai-
38 dschans. Doch noch mehr als diese Kriege hat der
39 russische Angriffskrieg gegen die Ukraine die Ent-
40 wicklung beschleunigt. Künstliche Intelligenz be-
41 nötigt Daten, um trainiert zu werden, und kaum
42 ein Krieg hat bislang so viele Daten bereitgestellt
43 wie der Krieg Russlands gegen die Ukraine. Da-
44 bei werden nicht nur nachrichtendienstliche, son-
45 dern auch öffentlich zugängliche Daten genutzt.
46 Die ukrainisch-russische Front ist so zu einem re-
47 gelrechten Testgebiet für autonome Waffensyste-
48 me geworden. In der Regel werden sie jedoch teil-
49 automatisiert eingesetzt, verfügen also noch über
50 einen menschlichen Piloten. KI wird jedoch auch
51 für andere Zwecke wie Schadensanalyse, Einschät-
52 zung von Munitionsbeständen und Spracherken-
53 nung verwendet. Autonome Waffensysteme sind in
54 der Lage, Daten in Echtzeit zu analysieren und somit
55 schneller und günstiger als eine menschliche Bewer-
56 tung.

57 **Letale autonome Waffensysteme: Gewalt außer** 58 **Kontrolle**

59 Letale autonome Waffensysteme (LAWS) können
60 derzeit grundsätzlich ohne menschliche Kontrolle
61 eingesetzt werden und tödliche Gewalt ausüben.
62 Sie analysieren ihre Umgebung, wählen Ziele aus
63 und können töten, ohne dass ein Mensch direkt ein-
64 greift. Das macht eine Regulierung dringend erfor-
65 derlich. Sobald LAWS ohne menschliche Kontroll-
66 und Eingriffsmöglichkeiten eingesetzt werden, be-
67 steht keine Möglichkeit, ihren Einsatz zu kontrollie-
68 ren, zu überwachen oder abzubrechen. Diesen Grad
69 an Autonomie, also den Entzug jeglicher menschli-
70 cher Kontrolle, nennt man Human– out– of– loop
71 (HOOL). Hier lässt sich eine Eigendynamik beobach-
72 ten: Am Anfang stehen unbemannte Drohnen, die
73 zunächst nur zu Aufklärungszwecken angeschafft
74 werden. Sobald diese umbenannten Drohnen zur
75 Verfügung stehen, erscheint es logisch, sie mit wei-
76 teren Funktionen auszustatten bis hin zur auto-
77 nomen Zielauswahl und Entscheidung anzugreifen.
78 Solange LAWS keiner internationalen Rüstungskon-
79 trolle unterliegen, erscheint es Staaten erstrebens-
80 wert, damit einen militärischen Vorteil zu gewin-
81 nen, insbesondere da LAWS schneller entscheiden
82 können als Menschen und zu einer Entlastung des
83 militärischen Personals führen. KI-unterstützte Sys-
84 teme, die noch nicht letal sind oder noch nicht voll-
85 ständig autonom, stellen oft einen Türöffner hin

86 zum Einsatz von LAWS da. Für uns steht jedoch fest:
87 **LAWS, die völlig der menschlichen 54 Kontrolle ent-**
88 **zogen sind, sind abzulehnen.**

89 **Autonome Waffensysteme erhöhen das Kriegsrisi-**
90 **ko**

91 Ein Grund dafür ist die ethische Dimension: KI ist
92 nicht in der Lage, den Wert menschlichen Lebens
93 zu erkennen. Sobald der Mensch die Kontrolle über
94 tödliche Entscheidungen abgibt, wird auch das Op-
95 fer des Angriffs entmenschlicht und auf einen Da-
96 tensatz reduziert. Auch in einem Krieg sollte es im-
97 mer ein Mensch sein, der sein Gewissen mit der Tö-
98 tung eines anderen Menschen belastet - und die-
99 se Belastung seines Gewissens auch in seine Ent-
100 scheidung einbezieht. Denn weil KI dieses Gewissen
101 und die Wertschätzung menschlichen Lebens fehlt,
102 droht mit der Automatisierung des Krieges auch ei-
103 ne Enthemmung. Bezogen auf die konkreten Angrif-
104 fe bedeutet das, dass womöglich die Präzision in der
105 Zielauswahl steigt, durch leichtere und schnellere
106 Angriffe jedoch mehr Angriffe stattfinden und auch
107 mehr zivile Opfer entstehen. Höhere Präzision geht
108 daher oft nicht mit einer Schonung der Zivilbevölke-
109 rung einher.

110 Doch die Automatisierung des Krieges hat nicht nur
111 Einfluss auf die einzelne Kampfhandlung, sondern
112 auch auf die generelle Bereitschaft, Kriege zu füh-
113 ren. Je mehr von der ethischen Last auf LAWS ab-
114 gewälzt wird, desto geringer sind Hemmungen, ei-
115 nen Krieg zu führen. Und auch die kritische Dis-
116 kussion über Kriege wird dadurch erschwert. Roma-
117 ne wie "Im Westen nichts Neues" zeigen eindrück-
118 lich, dass die kritische Auseinandersetzung mit Krie-
119 gen oft auf den traumatischen Erfahrungen der Sol-
120 dat*innen fußt, einschließlich der Erfahrung, andere
121 Menschen verletzt oder getötet zu haben, und der
122 Erkenntnis, dass auf beiden Seiten der Front Men-
123 schen mit all ihren Gemeinsamkeiten stehen. Zu-
124 dem kann die Weigerung von Soldat*innen zu kämp-
125 fen, Druck auf Regierungen ausüben, um Kriege zu
126 beenden, wie beispielsweise der Kieler Matrosen-
127 aufstand das Ende des 1. Weltkriegs einleitete. Au-
128 tonome Waffensysteme entziehen sich also auch in
129 dieser Hinsicht der menschlichen Kontrolle und er-
130 öffnen damit größere Möglichkeiten für eine un-
131 demokratische und missbräuchliche Verwendung.
132 Durch eine Erleichterung der Kriegsführung wird die
133 Welt nicht sicherer, sondern potenziell gefährlicher.

134 **Die Sorge vor den flash wars - Krieg aufgrund eines**
135 **Software-Fehlers**

136 Doch nicht nur die Bereitschaft der politischen Ver-

137 antwortungsträger*innen, einen Krieg zu führen,
138 wird durch autonome Waffen erhöht. Der Einsatz
139 von KI erhöht auch das Risiko, dass ein Krieg ganz oh-
140 ne menschliches Zutun begonnen wird. Sogenannte
141 “flash wars” klingen wie Science-Fiction-Dystopie,
142 stellen aber eine mögliche Gefahr dar, wenn Waf-
143 fensysteme eigene Entscheidungen treffen können.
144 Durch technische Fehler können autonome Waffen-
145 systeme fälschlicherweise von einem Angriff aus-
146 gehen und dadurch selbst entscheiden, den ver-
147 meintlichen Angreifer zu attackieren. Die Gegensei-
148 te wiederum reagiert darauf mit eigenen Gegen-
149 angriffen, sodass sich beide Systeme immer weiter
150 hochschaukeln, ohne dass ein Mensch intervenie-
151 ren könnte. Potenziert wird die Gefahr zusätzlich
152 dadurch, dass KI-basierte Waffensysteme stark ver-
153 netzt werden können, beispielsweise durch die Ver-
154 bindung mit der Kriegsführung im Weltraum und im
155 digitalen Raum. Das erhöht die Gefahr einer Eska-
156 lationsspirale. Bis es zu einer Intervention durch ei-
157 nen Menschen kommt, wurden womöglich bereits
158 großflächige Zerstörungen angerichtet. Aus Angst
159 davor, dass Irrtümer oder Missverständnisse einen
160 Atomkrieg auslösen könnten, wurde im Kalten Krieg
161 der “heiße Draht” zwischen der US-amerikanischen
162 und der sowjetischen Regierung eingerichtet. Wür-
163 de ein solcher Krieg durch autonome Waffensyste-
164 me ausgelöst, käme der heiße Draht vermutlich viel
165 zu spät.

166 **Die Schwierigkeit der menschlichen Kontrolle**

167 Als “Kompromiss” wird oft darauf verwiesen, dass
168 die Zielauswahl zwar automatisiert stattfinden
169 kann, sie aber durch einen Menschen final bestä-
170 tigt werden muss. Der Mensch hat also eine Ein-
171 griffsmöglichkeit. Doch auch dieser Mechanismus
172 löst das Problem nicht vollständig auf. Erstens ist für
173 den Menschen, der die Entscheidung treffen soll, oft
174 nur schwer nachvollziehbar, wie die KI zu ihrer Ent-
175 scheidung gekommen ist. Zweitens ist ein “automa-
176 tion bias” zu beobachten, d.h. Menschen haben ein
177 hohes Vertrauen in die Entscheidung von Compu-
178 tern und trauen ihnen intuitiv bessere, objektivere
179 Entscheidungen zu als Menschen. Drittens können
180 die Datenmengen und die Geschwindigkeit, mit der
181 die KI sie bearbeitet, menschliche Entscheider*in-
182 nen leicht überfordern. Selbst, wenn die Waffe nicht
183 vollständig autonom entscheiden kann, kommt es
184 so zu einem tendenziellen Absinken der menschli-
185 chen Kontrolle und zu einer Abnahme des mensch-
186 lichen Situationsverständnisses und der Eingriffs-
187 möglichkeiten.

188 Regulieren statt automatisieren!

189 Wir beobachten, dass sich die Technik der auto-
190 nomen Waffensysteme aktuell weitaus schneller
191 entwickelt als ihr normativer Rahmen. Die Ent-
192 wicklung und der Einsatz autonomer Waffensys-
193 teme sind nicht reguliert, was zu einem Wettrüs-
194 ten um neue militärische Technologien beiträgt.
195 Das Problem beginnt schon dabei, dass einheit-
196 liche Definitionen fehlen. Das Ziel muss es des-
197 halb sein, eine international einheitliche Definition
198 von LAWS, sowie eine verbindliche Rüstungskontrol-
199 le, zu entwickeln. Ebenso muss eine internationa-
200 le Vereinbarung erreicht werden, die klare Regeln
201 für menschliche Verantwortung und Eingriffsmög-
202 lichkeiten festlegt. Vollautonome Systeme ohne
203 menschliche Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten
204 sind zu verbieten. Auch die Verbreitung autonomer
205 Waffensysteme muss eingeschränkt werden, um
206 beispielsweise zu verhindern, dass nicht-staatliche
207 Akteur*innen Zugriff darauf erhalten. Die Resoluti-
208 on der UN-Generalversammlung von 2024 (Gene-
209 ral and complete disarmament: lethal autonomous
210 weapons systems) ist als erster Schritt in die richtige
211 Richtung anzusehen. Allerdings stellt die Resoluti-
212 on selbst noch keine Regulierung dar, sondern ledig-
213 lich einen Auftrag an den UN-Generalsekretär, Ein-
214 schätzungen dazu einzuholen. Bemühungen, diese
215 Regulierung im Rahmen der UN-Konvention über
216 bestimmte konventionelle Waffen (CCW) herbeizu-
217 führen, gelten aufgrund des dortigen Konsensprin-
218 zips als weitestgehend gescheitert. Umso wichti-
219 ger ist es, dass Deutschland eine klare Position ent-
220 wickelt und für diese auch gegenüber den eigenen
221 Verbündeten wirbt. Der Koalitionsvertrag, den die
222 CDU, CSU und SPD 2025 verhandelt haben, geht je-
223 doch in die falsche Richtung. Die Koalitionär*innen
224 vereinbaren darin die Einführung von "Zukunfts-
225 technologien" bei der Bundeswehr und nennen als
226 Beispiel "unbemannte (auch kampffähige) Systeme".
227 Die internationale Regulierung solcher Systeme
228 wird nicht als Ziel benannt. **Für uns ist klar: Die**
229 **deutsche Bundesregierung darf sich nicht an einem**
230 **risikoreichen Wettrüsten mit autonomen Waffen-**
231 **systemen beteiligen!**

232 Wir fordern konkret:

- 233 • eine einheitliche, internationale Definition
- 234 von autonomen Waffensystemen
- 235 • ein internationales Verbot von vollautono-
- 236 men letalen Waffensystemen ohne menschli-
- 237 che Kontroll- und Eingriffsmöglichkeiten ana-
- 238 log zum Atomwaffenverbotsvertrag und au-

239 Berhalb der Konvention über bestimmte kon-
 240 ventionelle Waffen (CCW). Auch wenn Staa-
 241 ten, die großen Wert auf die Entwicklung au-
 242 tonomer Waffensysteme legen, bremsen, soll-
 243 te Deutschland gemeinsam mit gleichgesinn-
 244 ten Staaten die Initiative ergreifen.

- 245 • verbindliche Regeln zur menschlichen Verant-
 246 wortung über den Einsatz von teilautonomen
 247 Waffensystemen und ihrer Verbreitung
- 248 • Sicherstellung der Grundprinzipien von
 249 menschlicher Verantwortung, Kontrolle und
 250 Transparenz bei Einsätzen
- 251 • Bis internationale Regulierung erfolgreich
 252 sind, ein nationales Moratorium für LAWS.
- 253 • den Einsatz der SPD(-Bundestagsfraktion)
 254 und des Bundesverteidigungsministers
 255 für die hier beschriebene Regulation von
 256 autonomen Waffensystemen und damit ver-
 257 bunden keine deutsche Beteiligung an einem
 258 “Wettrüsten” im Bereich dieser Technologien.
- 259 • keine Beschaffung vollautonomer bewaffne-
 260 ter Drohnen für die Bundeswehr.

261

Antrag R-

Jusos Bezirk Hannover

Parteitagsbeschlüsse einhalten: Kein Wehrpflicht-Mechanismus!

1 Auf dem Ordentlichen Bundesparteitag 2025 ha-
 2 ben wir nach hartem Ringen einen Kompromiss
 3 zum Thema Wehrpflicht zwischen Befürworter*in-
 4 nen und Gegner*innen gefunden. Konkret haben wir
 5 Folgendes im Beschluss Ini07 ausgeschlossen:

6 *„Wir wollen keine aktivierbare gesetzliche Möglich-*
 7 *keit zur Heranziehung Wehrpflichtiger, bevor nicht*
 8 *alle Maßnahmen zur freiwilligen Steigerung ausge-*
 9 *schöpft sind.“*

10

11 Dieser Beschluss beendet nicht dauerhaft die De-
 12 batte über die Wiedereinführung einer Wehrpflicht,
 13 kurzfristig stellt er aber unmissverständlich klar,
 14 dass im Gesetz zum neuen Wehrdienst aus dem
 15 Bundesverteidigungsministerium kein Automatis-
 16 mus und keine gesetzliche aktivierbare Möglich-
 17 keit enthalten sein darf. Nur wenige Wochen spä-
 18 ter wurde der Gesetzesentwurf des Bundesvertei-
 19 digungsministeriums bekannt. Dieser Entwurf sieht
 20 eine aktivierbare gesetzliche Möglichkeit vor, um

21 eine verpflichtende Heranziehung Wehrpflichtiger
22 zu ermöglichen. Das widerspricht eindeutig der Be-
23 schlusslage der SPD und damit dem mühsam errun-
24 genen Kompromiss.

25

26 Wir setzen uns für die Einhaltung des Parteitags-
27 beschlusses ein und fordern die Bundestagsabge-
28 ordneten aus dem Bezirk Hannover sowie die SPD-
29 Bundestagsfraktion auf, sich für die entsprechen-
30 de Änderung des Entwurfs im weiteren Gesetzge-
31 bungsverfahren einzusetzen. Der Mechanismus zur
32 Wiedereinsetzung der Wehrpflicht muss aus dem
33 Gesetz gestrichen werden.

Antrag R-

Jusos Bezirk Hannover

JA heißt JA, auch in Deutschland!

1 Wir fordern, dass der Straftatbestand der Vergewal-
2 tigung gemäß §177 StGB umgeschrieben wird zum
3 „Ja heißt Ja“ Prinzip, wie es derartig beispielsweise
4 in Schweden oder in Spanien existiert, was bedeu-
5 tet, dass nicht mehr das Äußern eines gegensätzli-
6 chen Willens, sondern ein fehlendes Äußern des ein-
7 vernehmlichen Willens, also eine fehlende Zustim-
8 mung maßgeblich ist für die Einstufung einer sexu-
9 ellen Handlung als Vergewaltigung.

10 Außerdem fordern wir, dass sich Deutschland dafür
11 einsetzt auf EU-Ebene den Tatbestand der Vergewal-
12 tigung dahingehend zu vereinheitlichen.

13 Anfang Februar 2024 beschloss die EU eine Richt-
14 linie mit dem Ziel Frauen besser zu schützen vor
15 sexuellen Übergriffen. Dadurch wurden beispiels-
16 weise Cyber-Stalking, Genitalverstümmelung und
17 Zwangsheirat in der gesamten EU unter Strafe ge-
18 stellt. Nur, der Passus zur Vereinheitlichung des Tat-
19 bestandes der Vergewaltigung wurde, nachdem es
20 zuvor in einem Entwurf enthalten war, aufgrund von
21 Einwänden unter anderem aus Deutschland gestri-
22 chen.

23 Das Argument, die EU würde durch diese Regelung
24 ihre Kompetenzen überschreiten ist jedoch nicht
25 überzeugend. Grundsätzlich kann die EU sehr wohl
26 im Bereich des Strafrechts aktiv werden. Die kör-
27 perliche Unversehrtheit, der Schutz vor sexualisier-
28 ter Gewalt, dabei geht es um Menschenrechte, die
29 überall gleichermaßen gelten sollten. Im Urlaub
30 sollte man sich zumindest innerhalb der Union kei-

31 ne Sorgen machen müssen aufgrund unterschiedli-
32 cher Regelungen weniger geschützt zu sein.
33 Unabhängig davon kann zumindest in Deutschland
34 das Strafgesetz dahingehend reformiert werden.
35 Nur jedes 10te Opfer von Vergewaltigung oder se-
36 xueller Nötigung zeigt die Tat an. Eine Reformati-
37 on des Strafgesetzes kann dies ändern, indem durch
38 das "JA heißt JA" Prinzip die (fehlende) Zustimmung
39 des mutmaßlichen Opfers in den Vordergrund rückt,
40 was die Beweislast zugunsten des mutmaßlichen
41 Opfers umkehrt.

Antrag R- AK Europa

Grenzkontrollen stoppen, Europarecht einhalten

1 Als überzeugte EuropäerInnen kritisieren wir die
2 Grenzkontrollen innerhalb des Schengenraums, die
3 seit einiger Zeit durchgeführt werden und laut Me-
4 dienberichten auch verlängert werden sollen. Wir
5 bekennen uns zu einem offenen und freien Euro-
6 pa. Freizügigkeit und Reisefreiheit sind wichtige und
7 erlebbare Errungenschaften der europäischen Eini-
8 gung. Das schließt Grenzkontrollen an den Binnen-
9 grenzen aus. Die angeordneten Kontrollen machen
10 die nationalen Grenzen wieder sichtbar und beto-
11 nen das Trennende. Sie setzen zudem eine Spirale
12 der Grenzsicherungen und nationalen Konflikte in
13 Gang, wie beispielsweise die polnische Reaktion auf
14 die deutschen Grenzkontrollen zeigt. Sie schränken
15 die Bewegung der Menschen auf beiden Seiten ein,
16 behindern den Arbeitsweg von Pendlern und auch
17 den reibungslosen Transport von Gütern.
18 Wie die illegalen Zurückweisungen von Asylsuchen-
19 den setzt sich das Bundesinnenministerium auch im
20 Fall der Grenzkontrollen wissentlich über das euro-
21 päische Recht hinweg. Für uns als überzeugte pro-
22 europäische Partei ist das nicht hinnehmbar. Wir
23 fordern deshalb, die Grenzkontrollen an den deut-
24 schen Staatsgrenzen, die pauschalen Zurückweisun-
25 gen von Schutzsuchenden und damit den systema-
26 tischen Rechtsbruch an den Grenzen zu beenden!

**Antrag R-
SPD-Unterbezirk Region Hannover**

Änderung des Sparerpauschbetrages

1 Wir setzen uns als SPD dafür ein, auf Bundesebene
2 eine gesetzliche Regelung zu erreichen, wonach der
3 Sparerpauschbetrag bei Kapitalerträgen künftig da-
4 hingehend geändert wird, dass der Freibetrag von
5 eigenen Kindern unter 18 Jahren zusammen mit den
6 Eltern veranlagt werden kann, wie dies bei Eheleu-
7 ten bereits möglich ist. Bei getrenntlebenden Eltern
8 kann der Betrag im Einvernehmen aufgeteilt wer-
9 den. Sollte keine Einigung möglich sein, so wird der
10 Betrag dem Elternteil zur Verfügung gestellt, dem
11 der Kinderfreibetrag zusteht.

12
13 **Begründung**

14 Kinder haben ebenso wie Erwachsene einen eige-
15 nen Sparerpauschbetrag. Allerdings müssen Kinder
16 hierfür ein eigenes Konto haben, um den Freibetrag
17 nutzen zu können. Gleichzeitig ist es normal, dass
18 Ehepaare ihren Freibetrag gemeinsam nutzen. War-
19 um dies für die eigenen Kinder nicht möglich ist, er-
20 schließt sich nicht und stellt letztlich eine Benach-
21 teiligung für Familien mit Kindern dar. Zudem wer-
22 den gerade Familien der Mittelschicht durch die vor-
23 geschlagene Änderung profitieren, weil es einfacher
24 wird, den Pauschbetrag der Kinder mit zu nutzen.
25 Somit kommt der am Ende auch den Kindern zugu-
26 te.

**Antrag R-
SPD-Unterbezirk Region Hannover**

Freiwilliges Soziales Jahr in Politik in den Parteien ermöglichen

1 Junge Menschen haben die Möglichkeit nach der
2 Schule ein Freiwilliges Soziales Jahr („FSJ“) durchzu-
3 führen. Ein Freiwilligendienst ermöglicht den jun-
4 gen Menschen, sich praktisch zu engagieren, neue
5 Seiten und Talente zu entdecken. In Niedersachsen
6 besteht sogar die Möglichkeit ein Freiwilliges So-
7 ziales Jahr im Bereich Politik durchzuführen. Jedoch
8 können die jungen Menschen ihr FSJ aktuell nur bei
9 einer größeren Fraktion (z.B. Landtagsfraktion oder
10 Regionsfraktion) oder bei einem Bundestagsabge-
11ordneten durchführen. In der Zukunft ist zudem ge-
12 plant, ein FSJ-Politik bei einem Landtagsabgeordne-

13 ten zu führen. Gerade in kleineren, eigenständigen
 14 Kommunen spielen die Parteien eine wichtige Rolle,
 15 daher fordern wir:

- 16 • ein freiwilliges soziales Jahr in Politik soll auch
 17 in den Parteien ermöglicht werden,
- 18 • das Parteiengesetz soll so angepasst werden,
 19 dass diese Option genutzt werden kann,
- 20 • ein freiwilliges soziales Jahr darf nicht un-
 21 ter einer möglichen, illegalen Parteienfinan-
 22 zierung ausgespielt werden. Ziel muss es sein,
 23 junge Menschen die Parteien kennenlernen zu
 24 lassen.

25

26 **Begründung**

27 Parteien haben in der Gesellschaft nicht das bes-
 28 te Image. Immer weniger Menschen interessieren
 29 sich für die Parteipolitik. Gleichzeitig sind Parteien
 30 für die repräsentative Demokratie eine wesentliche
 31 Stütze. Mit der Möglichkeit ein freiwilliges sozia-
 32 les Jahr in Parteien durchzuführen, wollen wir jun-
 33 ge Menschen die Optionen eröffnen, mehr über die
 34 gesellschaftliche Funktion der Parteien zu erfahren.
 35 Für die Parteien ist es die Möglichkeit sich stärker zu
 36 öffnen und für mehr Demokratie zu werben.

Antrag R-

AfA SPD-Bezirk Hannover

Überschrift: Vorrangiger Einsatz des Beschleunigten Verfahrens (§§ 417– 420 StPO) bei Angriffen auf Angehörige der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)

1 Der SPD-Bezirksparteitag Hannover möge beschlie-
 2 ßen:
 3 Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA) im
 4 SPD-Bezirk Hannover fordert, dass der SPD-
 5 Bezirksvorstand sich auf Landes- und Bundesebene
 6 – insbesondere gegenüber den SPD-Landtags- und
 7 Bundestagsfraktionen – dafür einsetzt, dass bei
 8 Angriffen auf Angehörige der Behörden und Organi-
 9 sationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) – darunter
 10 Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste, Katastrophen-
 11 schutz sowie anerkannte Hilfsorganisationen –
 12 vorrangig das Beschleunigte Verfahren gemäß §§
 13 417– 420 Strafprozessordnung (StPO) angewandt
 14 wird, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen
 15 vorliegen.
 16 Hierzu soll § 417 StPO um eine ausdrückliche Re-
 17 gelung ergänzt werden, die die Staatsanwaltschaften
 18 verpflichten, in Fällen tätlicher Angriffe, Bedro-

hungen oder Nötigungen gegen BOS-Angehörige grundsätzlich das Beschleunigte Verfahren zu beantragen. Ein Absehen hiervon soll nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig sein.

Begründung

Die AfA im SPD-Bezirk Hannover sieht es als dringende Aufgabe an, den Schutz von Einsatzkräften deutlich zu stärken. Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste, Katastrophenschutz und Hilfsorganisationen stehen täglich bereit, um Leben zu retten, Gefahren zu beseitigen und Sicherheit zu gewährleisten.

Sie arbeiten oft unter extremen Bedingungen: bei Nacht, unter Zeitdruck, in unübersichtlichen oder gefährlichen Lagen – und immer mit dem Ziel, anderen zu helfen.

Wenn diese Menschen – die für uns alle handeln – selbst zum Ziel von Angriffen werden, ist das mehr als nur ein Gesetzesverstoß. Für die Betroffenen bedeutet es oft:

Körperliche Verletzungen, die Wochen oder Monate Heilung brauchen, manchmal mit bleibenden Schäden.

Psychische Folgen wie Schlafstörungen, Angstzustände oder posttraumatische Belastungsstörungen.

Verlust des Sicherheitsgefühls – auch im privaten Leben.

Demotivation und Rückzug aus dem Beruf, den sie zuvor aus Überzeugung gewählt haben.

Besonders schwer wiegt, dass gerade Polizeibeamt:innen und andere BOS-Angehörige erleben müssen, dass solche Angriffe teils gar nicht angeklagt werden. Nicht selten wird dies mit dem Argument „Berufsrisiko“ abgetan – als sei Gewalt Teil ihrer Arbeit. Für die Betroffenen ist das ein doppelter Schlag: Erst die Tat, dann das Gefühl, vom Rechtsstaat im Stich gelassen zu werden.

Das Beschleunigte Verfahren nach §§ 417–420 StPO ist hier ein wirksames Instrument:

§ 417 StPO: Antrag der Staatsanwaltschaft bei einfachem Sachverhalt und klarer Beweislage.

§ 418 StPO: Sofortige oder kurzfristige Hauptverhandlung ohne Zwischenverfahren, Ladungsfrist teils nur 24 Stunden.

§ 419 StPO: Höchststrafe 1 Jahr Freiheitsstrafe oder Geldstrafe; Entscheidung über Eignung liegt beim Gericht.

§ 420 StPO: Vereinfachte Beweisaufnahme, z. B. durch Verlesung von Protokollen und Urkunden.

70 Dieses Verfahren ermöglicht schnelle Urteile – oft
71 innerhalb weniger Tage. Für die Betroffenen ist dies
72 ein starkes Signal: Der Staat schützt euch, reagiert
73 sofort und lässt Gewalt nicht als Berufsrisiko stehen.
74 Mit einer gesetzlichen Klarstellung zur vorrangigen
75 Anwendung des Beschleunigten Verfahrens bei An-
76 griffen auf BOS-Angehörige schaffen wir bundes-
77 weit eine einheitliche, wirksame und sichtbare Ant-
78 wort auf Gewalt gegen Einsatzkräfte – genau das
79 fordert die AfA im SPD-Bezirk Hannover mit Nach-
80 druck.

Antrag R-

SPD-Ortsverein Kleefeld-Heideviertel

Für eine starke Mitbestimmung beim Einsatz Künstlicher Intelligenz

1 Der Bezirksparteitag des SPD-Bezirks Hannover mö-
2 ge beschließen:

3
4 Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefor-
5 dert, sich für die Einführung gesetzlicher Tatbe-
6 stände betreffend die Einführung der Künstlichen
7 Intelligenz in Konzernen, Unternehmen, Betrieben
8 sowie Dienststellen einzusetzen. Solche Regelun-
9 gen sind insbesondere im § 87 Betriebsverfassungs-
10 gesetz (BetrVG) sowie § 80 Bundespersonalvertre-
11 tungsgesetz (BPersVG), die die Mitbestimmungs-
12 rechte der Betriebsräte und Personalvertretungen
13 regeln, zu verankern.

14

Begründung

16 Die Bedeutung der Künstlichen Intelligenz (KI) für
17 die Arbeitswelt kann nicht unterschätzt werden. In
18 immer mehr Bereichen wird die KI eingeführt und
19 führt zu einer erheblichen Veränderung der Arbeits-
20 welt.

21 Einer Umfrage der DGUV zufolge misstraut eine gro-
22 ße Zahl der Arbeitnehmer*innen KI-Anwendungen
23 (KI in der Arbeitswelt – DGUV Barometer Arbeits-
24 welt 2025). Nicht selten befürchten Arbeitneh-
25 mer*innen, dass der Einsatz von KI zum Verlust von
26 Arbeitsplätzen führen kann. In einigen Bereichen ist
27 diese Tendenz schon zu erkennen.

28 Diesen Sorgen muss nicht nur politisch begegnet
29 werden, die Arbeitsplatzsicherung und die Verant-
30 wortung für die Arbeitnehmer*innen liegen ins-
31 besondere bei den Betriebsparteien. Die jüngere
32 Rechtsprechung (ArbG Hamburg, Beschluss vom

33 24.01.2024 – 24 BVGa 1/24) zeigt, dass KI jedoch auch
34 in einer Weise eingeführt werden kann, die durch ei-
35 ne bewusste Gestaltung die betriebliche Mitbestim-
36 mung als Garantin für die Wahrung von Arbeitneh-
37 mer*innenrechten ausschaltet. Zwar kann die Mit-
38 bestimmung schon heute der (zwingenden) Mitbe-
39 stimmung unterliegen, jedoch ist dies in der derzei-
40 tigen Fassung des Betriebsverfassungsgesetzes (Be-
41 trVG) nicht zwingend.
42 Die SPD ist als Partei der Arbeitnehmer*innen dazu
43 aufgerufen, die Mitbestimmung zu stärken und ge-
44 rade in diesem Bereich zu etablieren. Den berechtig-
45 ten Sorgen der Arbeitnehmer*innen ist eine interes-
46 senwahrende, politische Antwort zu geben und die
47 Rechte zu stärken.
48 In einem ersten Schritt kann dies durch eine Ergän-
49 zung des § 87 Abs. 1 BetrVG bzw. § 80 BPersVG ge-
50 schehen, die klarstellt, dass die Einführung der KI
51 immer der betrieblichen Mitbestimmung unterliegt
52 und die dortigen Gremien frühzeitig einzubinden
53 sind. Hierdurch kann auch Gestaltungen der Arbeit-
54 geber*innenseite entgegengewirkt werden, die eine
55 Einführung der KI vorsehen, aber durch Tricks in der
56 Gestaltung („Wie der Maßnahme“) die betriebliche
57 Mitbestimmung aushebeln.
58 In einem zweiten Schritt ist zu prüfen, wie die Mitbe-
59 stimmungsrechte auch auf Ebene der Länder und in
60 den dortigen Personalvertretungsgesetzen zu ver-
61 ankern ist. Die Regelung im BetrVG und im BPersVG
62 kann hier nur der Anfang einer effektiven Arbeitneh-
63 mer*inneninteressenvertretung sein.
64

Antrag R- SPD-Unterbezirk Göttingen

Femizide verhindern – Gewaltschutz für Frauen verbessern – Prävention stärken

1 Der SPD-Bezirksparteitag wird innerhalb seiner Zu-
2 ständigkeit auf der jeweiligen Ebene aufgefordert,
3 Femizide zu verhindern und Gewaltschutz für Frau-
4 en auch unter Anwendung der elektronischen Fuß-
5 fessel zu verbessern, insbesondere den proaktiven
6 Ansatz der Täterarbeit in der Interventionsspirale zu
7 verankern, sowie die Prävention zu stärken. Soweit
8 der Antrag sich über das Gewalthilfegesetz des Bun-
9 des teilerledigt hat, wird eine umgehende Umset-
10 zung beantragt.
11

12 Begründung

13 An jedem dritten Tag geschieht in Deutschland ein
14 Femizid, d.h. die Ermordung einer Frau aufgrund
15 ihres Geschlechts, weltweit sogar alle 11 Minuten
16 (Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung, 20.
17 April 2023), dies meistens durch den Partner oder
18 Ex-Partner. Im Jahr 2023 ist die häusliche Gewalt
19 um 6,7 % gestiegen (Quelle: BKA-Pressemitteilung
20 2024). 256.276 Menschen, davon 70 % Frauen, wur-
21 den in 2023 Opfer häuslicher Gewalt.

22 Bundesinnenministerin Nancy Faeser äußert sich
23 dazu besorgt: „Wir müssen als Gesellschaft sehr
24 deutlich machen, dass wir hinschauen, eingreifen
25 und Gewalt gegen Frauen und Gewalt in Familien
26 keinesfalls akzeptieren. Wir wollen die Betroffenen
27 stärken und sie ermutigen, Taten anzuzeigen...“.

28 Gleichwohl wurde das im Koalitionsvertrag (2021-
29 2025: S.91) vorgesehene Gewalthilfegesetz nicht
30 umgesetzt. Wir fordern mit den Vereinen, die sich
31 für ein gewaltfreies Zuhause einsetzen, ein solches
32 Gesetz jetzt!

33 Auf **Bundesebene** sind die Verpflichtungen
34 aus der Istanbul-Konvention und der EU-
35 Gewaltschutzrichtlinie vorbehaltlos und wirksam
36 umzusetzen.

37 Sowohl auf **Bundesebene** als auch auf **Landesebene**
38 (Polizeigesetz) sind die rechtlichen Rahmenbedin-
39 gungen für den Einsatz der elektronischen Fußfes-
40 sel als wirksames Mittel der Prävention gegen häus-
41 liche Gewalt zu schaffen.

42 Auf **kommunaler Ebene** ist die personelle Auswei-
43 tung der Stellen für die Umsetzung der Istanbul-
44 Konvention in Stadt und Landkreis Göttingen vorzu-
45 nehmen.

46
47 Die Istanbul-Konvention verpflichtet Deutschland,
48 auf allen staatlichen Ebenen alles dafür zu tun, um
49 Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, Betroffenen
50 Schutz und Unterstützung zu bieten und Gewalt zu
51 verhindern. Im Koalitionsvertrag ist die Umsetzung
52 eines Gewalthilfegesetzes als Grundlage für ein ver-
53 lässliches und dem Bedarf entsprechendes Hilfesys-
54 tem verankert. Dies muss dringend umgesetzt wer-
55 den.

56 Das Gewalthilfegesetz soll insbesondere Frauen
57 und Mädchen in Deutschland einfachen, unbüro-
58 kratischen, anonymen und kostenlosen Zugang zu
59 Schutz und Unterstützung bei häuslicher Gewalt
60 bieten – unabhängig von ihrem Wohnort oder ih-
61 rer persönlichen Situation. Dabei sollen Zugangs-
62 barrieren für besonders vulnerable Gruppen berück-

63 sichtigt werden, z.B. Gewaltbetroffene mit Behinde-
64 rungen oder von Armut betroffene Frauen, die sich
65 einen Aufenthalt im Frauenhaus nicht leisten kön-
66 nen, aber gleichzeitig keine Sozialleistungen erhal-
67 ten. Auch Maßnahmen zur Prävention von Gewalt
68 und zur Arbeit mit Tätern sind Teil dieses Gesetzes,
69 das die Vorgaben der Istanbul-Konvention und der
70 EU-Richtlinie gegen geschlechtsspezifische Gewalt
71 umsetzt (Quelle: LAG Gewaltfreies Zuhause Sachsen
72 e.V.).

73 Auch der Einsatz elektronischer Fußfesseln ist ein
74 wirksames Mittel zur Gewaltprävention. Mit die-
75 sem Instrument können Frauen, die sich aus ei-
76 ner gewalttätigen Beziehung lösen wollen, konse-
77 quenter geschützt werden. Richterliche Anordnun-
78 gen wie Kontaktsperren oder Näherungsversuche
79 können nicht mehr so häufig ignoriert und wesent-
80 lich besser kontrolliert werden. Ein Verstoß würde
81 sofort sichtbar werden. Das entfaltet eine wichtige
82 präventive Wirkung. Auf Bundes- sowie auf Landes-
83 ebene sind deshalb die rechtlichen Voraussetzun-
84 gen für den Einsatz der elektronischen Fußfessel zu
85 schaffen, um die im Kontext des Gewaltschutzge-
86 setzes getroffenen Maßnahmen effektiver überwa-
87 chen zu können.

88 Die Innenminister haben sich gemäß Bericht des
89 Deutschlandfunk vom 18. Juni 2024 für eine einheit-
90 liche Regelung und deutschlandweit für eine elek-
91 tronische Fußfessel ausgesprochen. Der ehemalige
92 Justizminister Buschmann (FDP) hat sich dafür of-
93 fen gezeigt, sie jedoch nicht umgesetzt. Dafür gibt
94 es keinen nachvollziehbaren Grund.

95 Auf kommunaler Ebene sind in Stadt und Landkreis
96 Göttingen Planstellen zur Umsetzung der Istanbul-
97 Konvention mit jeweils der Hälfte der wöchentli-
98 chen Arbeitszeit geschaffen worden. Damit wurde
99 eine wichtige Grundlage zur Verbesserung des Ge-
100 waltschutzes geschaffen. ½ Planstelle reicht jedoch
101 bei Weitem nicht aus, um im gesamten Gebiet von
102 Stadt und Landkreis Göttingen dieser enorm wichti-
103 gen Aufgabe tatsächlich umfassend gerecht zu wer-
104 den.

105 Dabei gibt es gerade im ländlichen Raum einen
106 erhöhten Bedarf an Beratung, Prävention, Fortbil-
107 dung, institutionellen Gewaltschutzkonzepten, an
108 der Vermittlung betroffener Frauen in Schutzzei-
109 richtungen und an speziellen Angeboten für be-
110 sonders vulnerable Gruppen wie z.B. behinderte,
111 suchterkrankte und obdachlose Frauen. Dies zeigt
112 auch die Erhebung zur Umsetzung der Istanbul-
113 Konvention in Stadt und Landkreis Göttingen von

114 ZOOM-Sozialforschung und Beratung GmbH, veröf-
115 fentlicht im April 2024.

**Antrag R-
SPD-Frauen**

Femizide verhindern - Gewaltschutz für Frauen verbessern – Prävention stärken

1 Die SPD-Landtagsfraktion und SPD-
2 Bundestagsfraktion werden innerhalb ihrer Zu-
3 ständigkeit auf der jeweiligen Ebene aufgefordert,
4 Femizide zu verhindern und Gewaltschutz für
5 Frauen auch unter Anwendung der elektronischen
6 Fußfessel zu verbessern sowie die Prävention
7 zu stärken. Soweit der Antrag sich über das Ge-
8 walthilfeG des Bundes teilerledigt hat, wird eine
9 umgehende Umsetzung beantragt.

10

Begründung

12 An jedem dritten Tag geschieht in Deutschland ein
13 Femizid, d.h. die Ermordung einer Frau aufgrund
14 ihres Geschlechts, weltweit sogar alle 11 Minuten
15 (Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung, 20.
16 April 2023), dies meistens durch den Partner oder
17 Ex-Partner. Im Jahr 2023 ist die häusliche Gewalt
18 um 6,7 % gestiegen (Quelle: BKA-Pressemitteilung
19 2024). 256.276 Menschen, davon 70 % Frauen, wur-
20 den in 2023 Opfer häuslicher Gewalt.

21 Bundesinnenministerin Nancy Faeser äußert sich
22 dazu besorgt: „Wir müssen als Gesellschaft sehr
23 deutlich machen, dass wir hinschauen, eingreifen
24 und Gewalt gegen Frauen und Gewalt in Familien
25 keinesfalls akzeptieren. Wir wollen die Betroffenen
26 stärken und sie ermutigen, Taten anzuzeigen...“.

27 Gleichwohl wurde das im Koalitionsvertrag (2021-
28 2025: S.91) vorgesehene Gewalthilfegesetz nicht
29 umgesetzt. Wir fordern mit den Vereinen, die sich
30 für ein gewaltfreies Zuhause einsetzen, ein solches
31 Gesetz jetzt!

32 Auf **Bundesebene** sind die Verpflichtungen
33 aus der Istanbul-Konvention und der EU-
34 Gewaltschutzrichtlinie vorbehaltlos und wirksam
35 umzusetzen.

36 Sowohl auf **Bundesebene** als auch auf **Landesebene**
37 (Polizeigesetz) sind die rechtlichen Rahmenbedin-
38 gungen für den Einsatz der elektronischen Fußfes-
39 sel als wirksames Mittel der Prävention gegen häus-
40 liche Gewalt zu schaffen.

41 Auf **kommunaler Ebene** ist die personelle Auswei-

42 tung der Stellen für die Umsetzung der Istanbul-
43 Konvention in Stadt und Landkreis Göttingen vorzu-
44 nehmen.

45 Die Istanbul-Konvention verpflichtet Deutschland,
46 auf allen staatlichen Ebenen alles dafür zu tun, um
47 Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, Betroffenen
48 Schutz und Unterstützung zu bieten und Gewalt zu
49 verhindern. Im Koalitionsvertrag ist die Umsetzung
50 eines Gewalthilfegesetzes als Grundlage für ein ver-
51 lässliches und dem Bedarf entsprechendes Hilfesys-
52 tem verankert. Dies muss dringend umgesetzt wer-
53 den.

54 Das Gewalthilfegesetz soll insbesondere Frauen
55 und Mädchen in Deutschland einfachen, unbüro-
56 kratischen, anonymen und kostenlosen Zugang zu
57 Schutz und Unterstützung bei häuslicher Gewalt
58 bieten – unabhängig von ihrem Wohnort oder ih-
59 rer persönlichen Situation. Dabei sollen Zugangs-
60 barrieren für besonders vulnerable Gruppen berück-
61 sichtigt werden, z.B. Gewaltbetroffene mit Behinde-
62 rungen oder von Armut betroffene Frauen, die sich
63 einen Aufenthalt im Frauenhaus nicht leisten kön-
64 nen, aber gleichzeitig keine Sozialleistungen erhal-
65 ten. Auch Maßnahmen zur Prävention von Gewalt
66 und zur Arbeit mit Tätern sind Teil dieses Gesetzes,
67 das die Vorgaben der Istanbul-Konvention und der
68 EU-Richtlinie gegen geschlechtsspezifische Gewalt
69 umsetzt (Quelle: LAG Gewaltfreies Zuhause Sachsen
70 e.V.).

71 Auch der Einsatz elektronischer Fußfesseln ist ein
72 wirksames Mittel zur Gewaltprävention. Mit die-
73 sem Instrument können Frauen, die sich aus ei-
74 ner gewalttätigen Beziehung lösen wollen, konse-
75 quenter geschützt werden. Richterliche Anordnun-
76 gen wie Kontaktsperren oder Näherungsversuche
77 können nicht mehr so häufig ignoriert und wesent-
78 lich besser kontrolliert werden. Ein Verstoß würde
79 sofort sichtbar werden. Das entfaltet eine wichtige
80 präventive Wirkung. Auf Bundes- sowie auf Landes-
81 ebene sind deshalb die rechtlichen Voraussetzun-
82 gen für den Einsatz der elektronischen Fußfessel zu
83 schaffen, um die im Kontext des Gewaltschutzge-
84 setzes getroffenen Maßnahmen effektiver überwa-
85 chen zu können.

86 Die Innenminister haben sich gemäß Bericht des
87 Deutschlandfunks vom 18. Juni 2024 für eine ein-
88 heitliche Regelung und deutschlandweit für eine
89 elektronische Fußfessel ausgesprochen. Der ehema-
90 lige Justizminister Buschmann (FDP) hat sich dafür
91 offen gezeigt, sie jedoch nicht umgesetzt. Dafür gibt
92 es keinen nachvollziehbaren Grund.

93 Auf kommunaler Ebene sind in Stadt und Landkreis
94 Göttingen Planstellen zur Umsetzung der Istanbul-
95 Konvention mit jeweils der Hälfte der wöchentli-
96 chen Arbeitszeit geschaffen worden.

U Umweltpolitik

Antrag U-

Jusos Bezirk Hannover

Licht aus, Nachtruhe! - Lichtverschmutzung entgegenwirken und natürliche Habitate schützen

1 Lichtverschmutzung bezeichnet das Aufhellen des
2 Nachthimmels durch künstliche Lichtquellen. Licht-
3 verschmutzung bringt dabei diverse Einschnitte in
4 das ökologische Gleichgewicht. **Unser Ziel ist es, die**
5 **Lichtemissionen bundes- sowie europaweit nach-**
6 **haltig zu reduzieren.**

7
8 Denn vor allem Tiere und Pflanzen sind auf regel-
9 mäßige Unterschiede in ihrer Lichtumgebung ange-
10 wiesen, um ihr saisonales und tagesrhythmische
11 Verhalten zu regulieren. Demnach beeinträchtigt
12 künstliche Beleuchtung nachweislich den natürli-
13 chen Biorhythmus vieler Tierarten - sie stört Ruhe-
14 phasen, verändert Jagd- und Fortpflanzungsverhal-
15 ten und schwächt dadurch langfristig Gesundheit,
16 Fortpflanzungserfolg und Artenvielfalt. So werden
17 unter anderem Insekten massenhaft von Lichtquel-
18 len angelockt und stehen Jägern, wie Fledermäusen,
19 in unnatürlicher Weise zur Verfügung, aber auch
20 verschieben Vögel durch dauerhaftes Licht ihre Brut-
21 zeiten, was die Überlebenschancen des Nachwuch-
22 ses senkt.

23 Gleichzeitig leiden Pflanzen ebenfalls unter dem
24 Phänomen der Lichtverschmutzung. Sie reagieren
25 auf künstliche Beleuchtung unter anderem mit ei-
26 nem verspäteten Laubabwurf oder veränderten Blü-
27 tezeiten. Letzteres führt im Umkehrschluss dazu,
28 dass bei einbrechendem Frost das Pflanzengewebe
29 beschädigt oder die Synchronisation der Blüte mit
30 dem Auftreten der Bestäuber gestört wird.

31
32 **Wir fordern deshalb für den Erhalt des ökologischen**
33 **Gleichgewichts:**

- 34 • dass sensible Gebiete (Naturparks und
35 -schutzgebiete sowie Sternwarten) als licht-
36 empfindliche Zonen mit strengen Vorgaben
37 für Beleuchtung ausgewiesen werden
- 38 • dabei ist die Beleuchtung auf ein Minimum zu
39 reduzieren und nach strengen Kriterien aus-
40 zurichten, die die Beleuchtungsstärke und -
41 dauer in Abhängigkeit der ökologischen Emp-
42 findlichkeit des Bereiches regeln

43 Darüber hinaus zeigen sich humanmedizinisch rele-
44 vante Wirkungen von Licht in der Nacht einerseits

45 akut durch die Unterdrückung der Ausschüttung des
46 Hormons Melatonin. Dieses ist an der Regulation
47 des Schlafes sowie der zeitlichen Koordination vie-
48 ler Körpervorgänge beteiligt. Andererseits stört das
49 Fehlen von Melatonin auch den zirkadianen (auf den
50 Tag-Nachtwechsel geprägten) Rhythmus körperei-
51 gener Stoffwechselprozesse. Studien im Schlaflabor
52 konnten zeigen, dass sowohl die akuten als auch
53 die zirkadianen Lichtwirkungen zu körperlichen Zu-
54 ständen führen können, die einem medizinischen
55 Erscheinungsbild von beispielsweise Herz-Kreislauf-
56 Störungen ähneln.

57 Lichtverschmutzung gefährdet demnach nicht nur
58 nachtaktive Tiere, Pflanzen und die menschliche Ge-
59 sundheit. Sie steht auch für eine unregelmäßige, häu-
60 fig verschwenderische Nutzung von Energie. In vie-
61 len anderen europäischen Ländern gibt es bereits
62 gesetzliche Regelungen zur Eindämmung von Licht-
63 emissionen. Deutschland hinkt noch immer hinter-
64 her. Daher bedarf es endlich deutschland- und eu-
65 ropaweit einheitlichen Regelungen zum Schutz der
66 Nacht!

67 **Natur schützen und Energie sparen durch weniger** 68 **Gebäude- und Straßenbeleuchtung**

69 Weltweit beläuft sich die Zunahme der nächtlich
70 beleuchteten Flächen und Beleuchtungsintensität
71 auf etwa 2% pro Jahr. Das hat eine internationa-
72 le Studie des Deutschen Geo-Forschungs-Zentrums
73 (GFZ) mittels Satellitendaten festgestellt. Straßen-
74 laternen sind dabei eine der Hauptursachen für die
75 Lichtverschmutzung. Und von diesen gibt es allein
76 in Deutschland circa neun Millionen. Zwar wurden
77 in den letzten Jahren viele Laternen mit energieeff-
78 zienten LEDs ausgestattet, die weniger Strom ver-
79 brauchen und dadurch zu niedrigeren Energiekos-
80 ten führen. Tatsächlich steht aber gerade das Licht-
81 spektrum der LED im Verdacht, humanmedizinisch
82 und ökologisch nachteilige Wirkungen hervorzuru-
83 fen. Darüber hinaus führt die kostengünstige Ver-
84 fügbarkeit der LED zu dem Rebound-Effekt, dass im-
85 mer mehr Licht genutzt wird - sowohl im öffentli-
86 chen als auch im privaten Raum.

87 Ein positives Beispiel ist ein Streetart Projekt in Ber-
88 lin, welches die Laternen mit "Night Caps" ausstat-
89 tet, sodass sie ihr Licht nur noch nach unten strah-
90 len - also dorthin, wo es auch wirklich gebraucht
91 wird.

92 Denn Straßenbeleuchtung ist notwendig und dient
93 der Sicherheit, das ist sicher. Besonders aus feminis-
94 tischer Perspektive darf fehlende Straßenbeleuch-
95 tung keine neuen Angsträume schaffen. Viele Ge-

96 meinden etablierten es dennoch, die Beleuchtung in
97 den Nachtstunden auszuschalten, um Energiekos-
98 ten zu sparen.

99

100 **Wir fordern allerdings, dass die Beleuchtungsan-**
101 **lagen energieeffizient sind, ohne Abstriche bei**
102 **der Sicherheit zu machen. Konkret soll dies durch**
103 **die Mehrnutzung von intelligenter Straßenbeleuch-**
104 **tung gewährleistet werden. Dies beinhaltet das An-**
105 **passen der Lichtintensität basierend auf der An-**
106 **wesenheit von Fußgänger*innen und Fahrzeugen,**
107 **den Witterungsbedingungen und den Umgebungs-**
108 **lichtverhältnissen. So kann sekundär auch Lichtver-**
109 **schmutzung reduziert werden.**

110

111 Zusätzlich stehen auch Skybeamer und Gebäudean-
112 strahlungen stark in der Kritik. Unter ersterem ver-
113 steht man helle gebündelte Lichtstrahlen, die direkt
114 in Richtung des Himmels gerichtet sind. Jedoch be-
115 einträchtigen sie besonders Zugvögel, denn sie na-
116 vigieren mit Hilfe der Sterne und des Horizontes. In
117 diesem Zuge hat das Land Hessen bereits ein Verbot
118 von Skybeamern ausgesprochen. Wir wollen nach-
119 ziehen und **fordern daher ein bundes- sowie euro-**
120 **paweites Verbot von Skybeamern.**

121 Bei der Gebäudeanstrahlung hingegen sind die
122 Strahler schlecht ausgerichtet und haben ein zu
123 breites Lichtbündel. Das Ergebnis: Das Licht streut
124 in großen Teilen am Gebäude vorbei und so in den
125 Himmel. Gleichzeitig wird mehr Energie verbraucht,
126 als wenn die Strahler gezielt eingesetzt würden.

127

128 **Deswegen fordern wir, ähnlich wie bei Straßenbe-**
129 **leuchtung:**

- 130 • dass Lichtstrahler, so ihre Anwendung nicht
131 vermieden werden kann, gezielt ausgerichtet
132 werden und Abschirmungen eingesetzt wer-
133 den, die das Streuen des Lichts in den Nacht-
134 himmel verhindern
- 135 • dass intelligente Beleuchtung, die sich je nach
136 Bedarf anpasst, und Bewegungssensoren, die
137 bei geringer Nutzung das Licht automatisch
138 dimmen (z.B. an Bahnhöfen oder Innenstäd-
139 ten) installiert werden.

140 Auch Werbeanlagen und Leuchtreklame leisten ei-
141 nen bedeutenden Teil zur Aufhellung des Himmels
142 bei. Denn diese Anlagen, wie zum Beispiel LED-
143 Tafeln sind meist heller als nötig und verfügen dar-
144 über hinaus über keine Zeitsteuerung, die ein Aus-
145 schalten nach den Geschäftszeiten erlauben würde.
146 Und auch hier stellen die Reklamen einen unnötigen

147 Verbrauch von Energieressourcen dar und tragen zu-
 148 nehmenden Lichtverschmutzung bei.
 149 Auch an dieser Stellschraube fordern wir klare ge-
 150 setzliche Vorgaben zur Begrenzung 89 sowie Regu-
 151 lierung von Werbebeleuchtung.

152 **Wir fordern:**

- 153 • ein Verbot von Werbebeleuchtung außerhalb
- 154 der Geschäftszeiten, vor allem in den Nacht-
- 155 stunden bis Sonnenaufgang - ausgenommen
- 156 sind Not- und Sicherheitsbeleuchtung
- 157 • Verpflichtende Dimmbarkeit bzw. automati-
- 158 sche Anpassung der Helligkeit an das Umge-
- 159 bungslicht

160 Um all diese Forderungen zielführend umzusetzen,
 161 fordern **wir ein nationales Gesetz zur Regelung und**
 162 **Vermeidung von Lichtverschmutzung, das**

- 163 • einheitliche Grenzwerte für Lichtemissionen
- 164 für verschiedene Nutzungsarten, wie zum Bei-
- 165 spiel Werbeanlagen und Privathäuser, fest-
- 166 legt
- 167 • die Nutzung von insektenfreundlichen, warm-
- 168 farbigen Leuchtmitteln ohne UV-Anteile vor-
- 169 schreibt
- 170 • eine Pflicht zur Nachtabstaltung von Leucht-
- 171 reklame außerhalb der Geschäftszeiten vor-
- 172 schreibt
- 173 • Skybeamer verbietet
- 174 • Beleuchtungsintensität, -dauer und -
- 175 ausrichtung regelt
- 176 • Kommunen verpflichtet, Lichtemissionen in
- 177 ihrem eigenen Verantwortungsbereich zu er-
- 178 fassen. Darüber hinaus sollen alle weiteren öf-
- 179 fentlichen oder gewerblichen Lichtquellen (et-
- 180 wa an Betriebsstätten oder Parkplätzen) von
- 181 den jeweiligen Betreiber*innen gemeldet wer-
- 182 den. Die Kosten hat dafür der Bund zu tragen.

183 Dafür ist es unabdingbar, dass Lichtverschmut-
 184 zung endlich als Umweltbelastung anzuerkennen
 185 ist, weshalb wir zusätzlich die feste Einbindung in
 186 das Bundes Immissionsschutzgesetz fordern!

Antrag U-

SPD-Unterbezirk Schaumburg

„Halten wir die Trinkwassertemperatur niedrig“

- 1 Steigende mittlere Jahrestemperaturen führen zu
- 2 erhöhten Temperaturen von Trinkwasser aus Ober-
- 3 flächenwasser. Zusätzlich erwärmt sich die Tempera-

4 tur der oberflächennahen Bodenschichten, in denen
5 die Trinkwasserverteilnetze verlegt sind.

6

7 In einigen Regionen Deutschlands führt dies be-
8 reits jetzt dazu, dass die Trinkwassertemperatur am
9 Hauseintrittspunkt nahe der an Zapfstellen gemäß
10 Stand der geltenden Normen zulässigen 20 °C liegt.
11 Die Temperaturgrenze von 20 °C wurde zur Risiko-
12 minimierung festgelegt, da unterhalb dieser Tem-
13 peratur Bakterien (z.B. Legionellen) und andere Ein-
14 zeller, die der menschlichen Gesundheit abträglich
15 sind, nicht oder nur sehr langsam vermehrungsfä-
16 hig sind.

17

18 Für die Zukunft ist mit regelmäßiger Überschreitung
19 der Temperaturgrenzen zu rechnen, wodurch das Ri-
20 siko der Verbreitung von Krankheitserregern über
21 das Trinkwasser steigt.

22

23 Als einzige bekannte mögliche Maßnahme die Tem-
24 peratur von Trinkwasser in bestehenden Leitungs-
25 netzen zu reduzieren, gilt die aktive Kühlung. Meh-
26 rere Trinkwasserversorger haben bereits Konzept-
27 studien zur Kühlung des Trinkwassers erstellt, die
28 die technische und wirtschaftliche Machbarkeit (bei
29 einer Nutzung der Wärme) darlegen konnten. Als
30 Hindernis wird jedoch die fehlende rechtliche Ein-
31 ordnung gesehen.

32 So schreibt die Trinkwasserverordnung vor, dass
33 das Trinkwasser ausschließlich nach dem Stand der
34 Technik behandelt werden darf. Der Stand der Tech-
35 nik ergibt sich daraus, was technisch erprobt und
36 wissenschaftlich evaluiert ist. Die aktuellen Nor-
37 men, die unter Mitwirkung der Trinkwasserversor-
38 ger sowie der öffentlichen Hand entwickelt werden,
39 fassen den Stand der Technik im Bereich der Trink-
40 wasserversorgung zusammen.

41 An dieser Stelle tritt das Problem auf, dass die
42 Trinkwasserversorger keine Anlagen zu Testzwecken
43 in ihren Trinkwasserversorgungsanlagen installie-
44 ren dürfen, da sie ja nicht dem Stand der Technik ent-
45 sprechen.

46

47 Wir fordern daher die Regierung des Landes Nieder-
48 sachsen sowie die Bundesregierung auf, die Verord-
49 nungen anzupassen sowie sich verstärkt in den Nor-
50 mungsgremien für die Ausführungsnormen zu be-
51 teiligen.

**Antrag U-
SPD-Unterbezirk Holzminden**

Anlagen Erneuerer Energien in kommunaler Hand

1 Es sind die Voraussetzungen zu schaffen, die Ge-
2 meinden in die Lage versetzen, in eigener Verant-
3 wortung und auf eigene Rechnung -Anlagen Er-
4 neuerer Energien zu betreiben und die dabei erzeug-
5 te Energie nicht nur gegen EEG Vergütung, sondern
6 auch durch marktliche Verwertung einzuspeisen.
7 Um Barrieren zu senken sind die Kommunen durch
8 das Land verstärkt auf die KEAN
9 Solarberatung für Kommunen hinzuweisen. Diese
10 ist bis 2035 zu verstetigen. Zudem sollte ein zu-
11 sätzliches kostenfreies Beratungsmodul zur Umset-
12 zungsbegleitung geschaffen werden, die dabei un-
13 terstützt die administrativ-technische Umsetzung
14 zu begleiten.

15

Begründung

17 Der Ausbau erneubarer Energie, insbesondere der
18 Photovoltaik bietet die Chance für eine dezentrali-
19 siertere Stromerzeugung.

20 Gleichzeitig bietet sich eine Chance - gerade für
21 ländliche Gemeinden, deren Haushaltslage derzeit
22 meist katastrophal defizitär ist – Einkommen zu ge-
23 nerieren. Derzeit werden Flächen in der Regel von
24 Investoren gepachtet. Beschäftigung vor Ort fällt
25 wenn überhaupt- nur in der Zeit der Errichtung der
26 Anlage an.

27 Gewerbesteuer wird zentral am Unternehmenssitz
28 der Investoren entrichtet.

29

30 Ein etwaiger „Akzeptanzcent“ für die Kasse der Ge-
31 meinden ist ein Almosen, der nicht ausreicht, die
32 Haushaltslage einer Gemeinde wesentlich zu ver-
33 bessern.

34

35 Ländliche Gemeinden haben oft Grundstücke, die
36 sich für die Nutzung als PV-Anlage eignen.

37 Da es sich zudem um Investitionsausgaben handelt,
38 die schnelle Amortisierung und geringe Wartungs-
39 und andere Folgekosten nach sich ziehen, ist im Wei-
40 teren eine weitestgehende Förderung angebracht.

41 Es geht darum, den Kommunen und Gemeinden zu
42 helfen, sich selbst zu helfen!

Antrag U-**SPD-Unterbezirk Holzminden****Faire Klimapolitik durch verpflichtende Kopplung der CO2Steuererhöhung an das Klimageld**

1 Die CO2-Steuer darf zukünftig nur noch erhöht wer-
2 den, wenn gleichzeitig ein Klimageld an alle Bür-
3 gerinnen und Bürger ausgezahlt wird. Das Klima-
4 geld soll die finanziellen Belastungen durch die CO2
5 Steuer abfedern und insbesondere einkommens-
6 schwache Haushalte entlasten. Die Höhe des Klima-
7 geldes soll so gestaltet sein, dass es die Mehrkosten
8 durch die
9 CO2-Steuererhöhung für die
10 Bürgerinnen und Bürger vollständig oder weitge-
11 hend kompensiert. Dabei soll eine sozial gerechte
12 Verteilung gewährleistet werden, die insbesonde-
13 re Haushalte mit geringem und mittlerem Einkom-
14 men stärker unterstützt. Die Auszahlung des Klima-
15 geldes soll unbürokratisch, transparent und regel-
16 mäßig erfolgen, beispielsweise als monatliche oder
17 jährliche Direktzahlung an alle
18 Bürgerinnen und Bürger. Die SPD setzt sich dafür ein,
19 dass die Einnahmen aus der CO2Steuer primär für
20 die Finanzierung des Klimageldes verwendet wer-
21 den, um eine direkte Rückverteilung an die Bevölke-
22 rung sicherzustellen und die Akzeptanz der Klima-
23 politik zu stärken.

24

Begründung

26 Die CO2-Steuer ist ein zentrales Instrument, um den
27 Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren. Sie führt
28 jedoch zu steigenden Kosten für Energie, Mobilität
29 und Heizen, was insbesondere einkommensschwache
30 Haushalte überproportional belastet. Um die
31 soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten und die Ak-
32 zeptanz für klimapolitische Maßnahmen zu erhö-
33 hen, ist es essenziell, dass die Einnahmen aus der
34 CO2-Steuer direkt an die Bürgerinnen und Bürger
35 zurückfließen. Das Klimageld stellt sicher, dass nie-
36 mand durch die CO2-Steuer finanziell benachteiligt
37 wird. Es entlastet insbesondere Menschen mit nied-
38 rigem und mittlerem Einkommen, die einen gerin-
39 geren CO2-Fußabdruck haben, und belohnt klima-
40 freundliches Verhalten. Gleichzeitig schafft die ver-
41 pflichtende Kopplung von CO2Steuererhöhung und
42 Klimageld Transparenz und Vertrauen in die Klima-
43 politik der SPD. Die Einführung eines Klimageldes in
44 Verbindung mit der CO2-Steuer ist ein starkes Signal
45 für eine sozial gerechte Transformation hin zu einer
46 klimaneutralen Gesellschaft. Sie zeigt, dass Klima-

47 schutz und soziale Gerechtigkeit Hand in Hand ge-
48 hen können. Die SPD hat die Chance, mit diesem An-
49 satz Vorreiterin für eine akzeptierte und wirksame
50 Klimapolitik zu sein.

**Antrag U-
SPD-Unterbezirk Region Hannover**

Energiewende für alle I: Klimaneutraler Strom im Mehrfamilienhaus! – Einführung der Gemeinschaftlichen Gebäudeversorgung

1 Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, die ge-
2 setzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um
3 eine Gemeinschaftliche Gebäudeversorgung hinter
4 dem Netzverknüpfungspunkt zu ermöglichen.

5

6 Begründung

7 Bis dato ist die Energiewende zu großen Teilen ei-
8 ne Eigenheim-Wende. Insbesondere PV-Strom im
9 Wohnimmobilienbereich beschränkt sich größten-
10 teils auf Eigenheime (EFH, DHH, RH), während
11 im Mehrfamilienhaus Photovoltaik-Anlagen Selten-
12 heitsfaktor haben. Dies hat weniger damit zu tun,
13 dass die Dächer von Mehrfamilienhäusern nicht für
14 Photovoltaik geeignet wären, sondern vor allem mit
15 der überbordenden Bürokratie, die auf einen Ver-
16 mieter zukommt, der überlegt, den Strom von einer
17 PV-Anlage auf dem Dach an seine Mieter zu verkau-
18 fen.

19 Beim Einfamilienhaus ist dies einfach: Es gibt einen
20 Stromzähler, der meist für das ganze Haus zählt.
21 Man hat also nur einen Punkt an dem der Strom ver-
22 einfach gesprochen „rein- oder rausgeht“.

23 Bei einem Mehrfamilienhaus mit 8 Einheiten ist es
24 deutlich schwieriger. In der Regel ist das Dach und
25 somit die PV-Anlage nicht proportional zum höhe-
26 ren Stromverbrauch eines Mehrfamilienhauses grö-
27 ßer. Den Strom einer verhältnismäßig kleineren An-
28 lage müssen sich nun mehrere Mieter teilen.

29 Doch wie soll das überhaupt gehen? In der Bürokra-
30 tiation Deutschland muss jede geflossene Kilo-
31 wattstunde natürlich genauestens gemessen wer-
32 den. Entsprechend wären bis zur Einführung des
33 „Smart-Meter-Gesetzes“ acht neue Zähler, die alle-
34 samt (wiederkehrende) Kosten verursachen und so-
35 mit möglichen Gewinn deutlich reduziert hätten,
36 nötig gewesen. Das „Smart Meter-Gesetz“ schafft
37 hier zwar eine Vereinfachung durch die nun mögli-
38 che Messung mit digitalen Zählern (Smart-Metern),

39 die allerdings noch nicht ausreicht, um PV im Mehr-
 40 familienhaus wirklich attraktiv zu machen. Denn
 41 dies ist zwar eine technische Erleichterung, Als An-
 42 lagenbetreiber ist man aber trotzdem mit erheb-
 43 licher Bürokratie konfrontiert, denn per Gesetz ist
 44 man nun ein Energielieferant mit allen zugehörigen
 45 Pflichten.

46 Stattdessen ist es nötig den Grundgedanken der
 47 Überregulierung aufzugeben, um praktische Lösun-
 48 gen zu ermöglichen. Die Lösung „Gemeinschaftli-
 49 che Gebäudeversorgung“ würde ermöglichen, den
 50 Stromverbrauch hinter dem Netzanschlusspunkt
 51 anteilig den einzelnen Wohnungen zuzuordnen. Der
 52 Anlagenbetreiber ist in diesem Fall von wesentli-
 53 chen Vorgaben für Energielieferverträge und Rech-
 54 nungen nach den §§ 40-42 EnWG befreit. Dies ist
 55 sehr entscheidend, da das Konstrukt so auch für
 56 energiewirtschaftlich nicht versierte kleine Vermie-
 57 ter/WEGs umsetzbar ist.

58 Der Betreiber könnte den Eigenverbrauch verhält-
 59 nismäßig einfach an einen Mieter/Miteigentümer
 60 verkaufen während letzterer weiterhin für seinen
 61 Reststrombedarf einen normalen Vertrag mit einem
 62 Energielieferanten hat. Ihm steht es frei den Strom
 63 vom Dach abzunehmen, wird dies aber i.d.R. tun,
 64 weil der Strom vom Dach zu einem deutlich günsti-
 65 geren Preis angeboten werden kann. Der auf diesem
 66 Weg verbrauchte Strom wird vom Smart-Meter ge-
 67 messen und kann unbürokratisch abgerechnet wer-
 68 den. Weil sich das alles hinter dem Netzverteilpunkt
 69 abspielt, sind auf den so verbrauchten Strom auch
 70 keine Netzentgelte fällig. In den meisten Fällen wird
 71 die Steuerfreiheit für PV-Anlagen greifen, sodass
 72 das Modell Gemeinschaftliche Gebäudeversorgung
 73 erfolgreich dafür sorgen kann, dass in Zukunft deut-
 74 lich mehr PV-Anlagen ihren Weg auf Dächer von
 75 mehr Familienhäusern finden, weil dieses nun ren-
 76 tabel und vor allem unbürokratisch funktioniert!

Antrag U-

SPD-Unterbezirk Region Hannover

Energiewende für alle II: Klimaneutrales heizen im Mehrfamilienhaus! – PV-Strom für Wärmepumpen unbürokratisch abrechnen

- 1 Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, die ge-
- 2 setzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um
- 3 den Eigenverbrauch des von einer PV-Anlage auf
- 4 dem Dach eines (Mehrfamilien-) Hauses produzier-

ten Stroms durch eine zentrale Wärmepumpe im Rahmen der Heizkostenabrechnung mit anfangs 20ct/kWh abrechnen zu können. Im weiteren Verlauf soll die Vergütung so an den aktuellen Strompreis gekoppelt sein, dass sie immer niedriger ist, als der aktuelle Endkundenpreis auf dem Strommarkt.

Begründung

Perspektivisch werden immer mehr Mehrfamilienhäuser mit einer zentralen Wärmepumpe beheizt werden. Diese für die Wärmewende notwendige Entwicklung wirft jedoch folgende Frage auf: Was ist, wenn ich eine PV-Anlage auf dem Dach habe und den von der PV produzierten Strom zum Betrieb meiner Wärmepumpe in einem Mehrfamilienhaus nutze.

Zur Verdeutlichung zwei Beispiele:

Ohne PV-Anlage wäre es so: Die Wärmepumpe verbraucht 10 000 kWh in einem Jahr, um das Haus zu beheizen. Bei einem Strompreis von 30ct pro kWh wären das jährliche Heizkosten von 3000 Euro. Diese werden nun entsprechend eines Verteilerschlüssels, häufig 30% Grundkosten und 70% Verbrauchskosten verteilt. So muss Mieter Herr Müller dann vielleicht 250 Euro Heizkosten zahlen und Frau Meier 350 Euro.

Nun kommt eine PV-Anlage ins Spiel: Vermieter Herr Friedrich möchte die Energiewende voranbringen. Er installiert eine PV-Anlage auf dem Dach des Mehrfamilienhauses. Vom produzierten Strom werden nun 4000 kWh von der Wärmepumpe verbraucht. Das ist super, so müssen nur noch 6000 kWh aus dem öffentlichen Netz für 30ct pro kWh gekauft werden. Die Heizkosten betragen also nur noch 1800 Euro. Herr Müller freut sich, er müsste auf einmal nur noch 180 Euro Heizkosten zahlen und Frau Meier nur noch 200 Euro.

Der Einzige, der nicht begeistert ist, ist Herr Friedrich. Er hat 20 000 Euro für die Anlage investiert und hat nun aber keine Vergütung für den von seinen Mietern verbrauchten Strom.

Um diese Situation zu lösen, soll aufbauend auf dem Modell der Gemeinschaftlichen Gebäudeversorgung eine Regelung geschaffen werden, dass von einer zentralen Wärmepumpe verbrauchter Strom von Herrn Friedrich pauschal mit 20 Cent auf die Heizkosten umgelegt werden darf. Er würde nun also die 4000 von seinen Mietern verbrauchten kWh zu 20 Cent umlegen können und würde so 800 Euro bekommen, mit denen er zusätzlich zur Einspeisevergütung für den eingespeisten Strom die Inves-

56 titionskosten für die Anlage reinvestieren kann. Für
57 Herrn Friedrich macht die Investitionen nun also
58 wieder Sinn.
59 Die Heizkosten lägen nun insgesamt bei 1800 Euro
60 + 800 Euro = 2600 Euro. Das freut auch Herrn Mül-
61 ler und Frau Meier, denn sie bezahlen jetzt nur noch
62 230 Euro und 310 Euro Heizkosten, sparen also auch
63 Kosten aufgrund der PV-Anlage.
64 Mit diesem Modell einer pauschalen Vergütung
65 könnte unbürokratisch die Kombination vom PV-
66 Anlage und Wärmepumpe nicht nur im Eigenheim,
67 sondern auch im Mehrfamilienhaus attraktiv ge-
68 macht werden. Davon profitieren am Ende alle: So-
69 wohl der Vermieter, der seine Investitionskosten re-
70 finanziert bekommt, aber auch die Mieter, die bei
71 den Stromkosten sparen. Das Modell funktioniert
72 natürlich auch bei Wohnungseigentümergemein-
73 schaften, die sich gemeinsam die PV-Anlage an-
74 schaffen.
75 Mit diesem Model kann ein zentrales Problem für
76 die Energiewende im Gebäudesektor in den nächs-
77 ten Jahren gelöst werden. Die Höhe der Verbrauchs-
78 vergütung könnte selbstverständlich an den aktuel-
79 len Strompreis gekoppelt werden, sodass die Vergü-
80 tung immer günstiger ist als der aktuelle Endkun-
81 denpreis.

V Verkehrspolitik

Antrag V-

AG 60plus Unterbezirk Diepholz

Teilhabe auf Mobilität durch bessere analoge Verkaufsbedingungen des Deutschlandticket

1 Das Deutschlandticket soll - zusätzlich zu den jetzt
2 gültigen Verkaufsbedingungen - auch für Bürgerin-
3 nen und Bürger ohne Internetzugang analog in den
4 Reisezentren der Deutschen Bahn, den Verkaufsstel-
5 len der Verkehrsverbünde sowie an Ticketautoma-
6 ten zu kaufen sein. Geringe Preisunterschiede zur je-
7 weiligen Bereithaltung der Infrastruktur, beispiels-
8 weise in Form von Servicegebühren für die Bezah-
9 lung von Personal, können möglich sein.

10

11 Begründung

12 Gerade ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger wer-
13 den durch die heute gültige Regelung (Forcierung
14 von digitalen Tickets) allein gelassen oder brauchen
15 internerfahrene Helferinnen und Helfer, weshalb
16 die analoge Infrastruktur zum Ticketerwerb wie bei
17 anderen Zeitfahrkarten ausgeweitet werden soll.

Antrag V-

SPD-Unterbezirk Lüneburg

Die Verkehrswende auch auf der Schiene zwischen Hannover und Hamburg realisieren

1 Die Niedersächsische Landesregierung wird aufge-
2 fordert, den Bestandsausbau und wenn notwendig
3 auch Neubau von Schieneninfrastruktur auf der Ver-
4 bindung Hamburg – Hannover so zu unterstützen,
5 dass diese die notwendigen Kapazitäten für eine er-
6 folgreiche Verkehrswende und den Deutschlandtakt
7 erfüllen. Um diese beiden Anforderungen zu erfül-
8 len, präferiert die SPD Niedersachsen dabei den be-
9 standsfernen Streckenneubau.

10

11 Begründung

12 Jede*r der schon mal von Hamburg nach Hanno-
13 ver den Schienenverkehr genutzt hat, kennt die alt-
14 bekannten Probleme dieser Strecke. Seien es Zug-
15 ausfälle, Überholungen durch den Fernverkehr oder
16 massiv verspätete Regionalverkehrszüge. Die Stre-
17 cke ist zu 147% ausgelastet und zählt damit zu den
18 meistbelastendsten Zugstrecken in ganz Deutsch-
19 land. Aus diesem Grund hat sich das Land Nieder-

sachsen mit dem Bund dazu entschieden, die Strecke 2029 für ein Jahr zu sperren und komplett zu sanieren (Generalsanierung). Diese Entscheidung unterstützen wir ausdrücklich, da sie zur Entlastung der Strecke beiträgt. Gleichzeitig ist schon heute klar, dass diese Sanierung alleine nicht dafür sorgen wird, dass mehr Verkehr auf die Schiene verlagert wird. Die notwendigen Schienenkapazitäten für die Verkehrswende im Güter- und Personenverkehr sowie die Fahrzeiten für den Deutschlandtakt auf der weit überregional wichtigen Strecke Hamburg - Hannover können nach dem aktuellen Stand der Pläne nur durch den bestandsnahen Ausbau mit Ortsumfahrungen oder den bestandsfernen Neubau erreicht werden. Aus den Daten des Trassenvergleichs ergibt sich, dass der bestandsferne Neubau via Soltauer Heide und Celle mit Abstand die sinnvollste Variante ist. Deshalb halten wir es für essenziell, neben der Generalsanierung und kleineren Ausbauten auf der Bestandsstrecke ebenso einen bestandsfernen Neubau auf dieser Strecke anzustreben.

42 Soziale Gerechtigkeit:

43 Ein Bahnanschluss sichert soziale Teilhabe. Im Rahmen des Neubaus wird zum Einen erheblich mehr Kapazität auf der bestehenden Strecke zwischen Hamburg und Hannover frei, wodurch mehr und insbesondere pünktlicher Nahverkehr verwirklicht werden kann. Zum Anderen können durch einen Neubau Ortschaften an die Schiene angebunden werden, die zuvor noch keinen oder einen unzureichenden Anschluss hatten. Darunter fallen die Orte Soltau im Heidekreis und Bergen im Landkreis Celle. Durch das Deutschlandticket ist es bereits jetzt kostengünstiger geworden den ÖPNV zu nutzen und durch den Neubau würde es vor allem für Familien auf dem Land, die sich kein Auto leisten können möglich werden, soziale Teilhabe zu gewährleisten um z.B. zu verreisen, Freizeitaktivitäten zu nutzen oder zur Arbeit oder Ausbildung zu pendeln. Ebenfalls würde dies für Student*innen einen Vorteil mit sich bringen, denn dadurch wäre es möglich von zuhause aus zur Hochschule zu pendeln ohne einen Umzug mit angespannten Mietmarkt in einer Großstadt stemmen zu müssen. Das von der Landesregierung unterstützte Schienenverkehrs Konzept 2040+ der LNVG sieht eine solche Möglichkeit des Regionalverkehrs klar vor, wodurch das Land damit ein Bekenntnis zur sozialen Gerechtigkeit im Mobilitätssektor setzen könnte.

70 Klimagerechtigkeit:

71 Nur eine Neubaustrecke kann es langfristig schaf-
72 fen, sowohl im Güter- als auch im Personenverkehr
73 mehr Verkehr auf die Schiene zu verlagern. Diese
74 Verlagerung ist dringend notwendig, um die sta-
75 gnierenden Emissionen im Verkehrssektor effektiv
76 zu senken und damit Deutschlands Beitrag zum
77 Pariser Abkommen und insbesondere zur Einhal-
78 tung des 1,5°C Ziels zu erreichen. Um diese Ziele
79 zu erreichen, wurde von der Bundesregierung der
80 Deutschland-Takt beschlossen. Mit ihm sollen mehr
81 Reisemöglichkeiten, bessere Anschlüsse und kürze-
82 re Fahrzeiten möglich sein. Dieser Deutschland-Takt
83 ist nur mit einem Neubau zwischen Hamburg und
84 Hannover umsetzbar. Dabei dient er nicht nur Fern-
85 reisenden, sondern sorgt auch im Nahverkehr für
86 pünktlichere und häufigere Verbindungen und gera-
87 de auch durch einen schnellen Regionalverkehr auf
88 der Neubaustrecke für eine schnellere Fahrzeit zwi-
89 schen der Heideregion und den Großstädten, was
90 den Anreiz dazu schafft das Auto eher stehen zu
91 lassen. Neben dem Personenverkehr werden durch
92 den Neubau auch Kapazitäten für den Güterver-
93 kehr frei. Dies sorgt auch in diesem Bereich dafür,
94 dass Verkehr effektiv vom LKW auf die Schiene verla-
95 gert wird, wodurch als Nebeneffekt auch die vollen
96 niedersächsischen Bundesstraßen und Autobahnen
97 vom LKW-Verkehr entlastet werden.

98 Umwelt:

99 Ein Neubau würde ebenso, im Gegensatz zum
100 ebenfalls diskutierten Bestandsausbau, die Umwelt
101 deutlich weniger belasten. Dies liegt zum einen dar-
102 an, dass eine Neubaustrecke deutlich weniger Na-
103 turschutzgebiete durchschneidet als ein Ausbau der
104 Bestandsstrecke. Zu den betroffenen Gebieten bei
105 einem Bestandstreckenausbau zählen unter ande-
106 rem die Lüneburger Ilmenauniederung mit Tiergar-
107 ten, das Naturschutzgebiet Hohes Holz mit Ketz-
108 heide und Gewässern und das Naturschutzgebiet
109 Dieksbeck. Zum Anderen wären durch einen Neubau
110 deutlich weniger Trinkwassergebiete betroffen, da
111 entlang der bestehenden Strecke siedlungsnah viele
112 Trinkwassergewinnungsgebiete entlang laufen.

113 Wirtschaftliche Faktoren:

114 Durch die bessere Anbindung der Heideregion an
115 die Schiene ergeben sich vielfältige wirtschaftli-
116 che Potenziale. Wissenschaftliche Studien zeigen,
117 dass bei der Schaffung eines neuen Bahnanschlusses
118 sich insbesondere auch neue Unternehmen in den
119 Ortschaften ansiedeln. Außerdem erschließen die
120 Bahnanschlüsse auch die Heideregion für den Tou-
121 rismus vollkommen neu, da sich die Fahrzeiten zu

122 Attraktionen wie dem Heide Park in Soltau, der Kart-
123 bahn Bispingen oder dem Naturpark Wilseder Berg
124 mit dem ÖPNV sehr stark verkürzen. Beide Fakto-
125 ren tragen zum Wirtschaftswachstum der Regionen
126 bei. Uns ist bekannt, dass ein Neubau punktuell für
127 einzelne Unternehmen in Bispingen auch Nachtei-
128 le mit sich ziehen könnte, aber diese können im
129 Zweifelsfall durch einen Dialog zwischen Bund, Land
130 und Deutscher Bahn individuell beseitigt werden.
131 Bereits heute ist klar, dass nur ein Neubau über-
132 haupt haushaltsrechtlich genehmigungsfähig wä-
133 re, da allein hier das sogenannte Nutzen-Kosten-
134 Verhältnis wirtschaftlich gesehen positiv ausfällt.
135 Das bedeutet, dass ein Neubau die kostengünstigs-
136 te Option für eine Kapazitätssteigerung der Bahn-
137 strecke Hamburg-Hannover ist.

138 Regionale Faktoren:

139 Klar ist auch heute schon, dass trotz der Verlagerung
140 eines Großteils des Fernverkehrs auf die Neubau-
141 strecke die Städte Lüneburg, Uelzen und Celle wei-
142 terhin gemäß Deutschland Takt an den Fernverkehr
143 angebunden bleiben. Mit einer gleichzeitigen Takt-
144 verdichtung im Nahverkehr entstehen ihnen da-
145 durch keine verkehrlichen Nachteile. Diese würden
146 ihnen umso mehr bei einem Ausbau der Bestands-
147 strecke drohen, da hierfür der Nahverkehr über Jahr-
148 zehnte baubedingt eingeschränkt sein würde. Ent-
149 sprechende Beispiele zeigen z.B. Bahnprojekte zwi-
150 schen Nürnberg und Ebensfeld, sowie am Ober-
151 rhein. Außerdem würden durch einen Bestands Stre-
152 ckenausbau die Orte Lüneburg und Uelzen massiv
153 durchschnitten werden, da die Bebauung sehr nah
154 an die Bestandsstrecke gerückt ist, wodurch mehr
155 Menschen im Einzugsgebiet der Trasse von einem
156 Umzug betroffen. Neben den schon angesproche-
157 nen Vorteilen einer Schienenanbindung des Heide-
158 kreises ermöglicht ein Neubau mit Bahnhöfen in
159 Bergen und Soltau auch die Möglichkeit diese mit
160 zu reaktivierbaren Schienenstrecken wie z.B. zwi-
161 schen Celle und Bergen, Celle und Soltau sowie Lü-
162 neburg und Soltau zu verknüpfen. Dies eröffnet den
163 Regionen weitere verkehrliche Vorteile und Anbin-
164 dungen in größere Städte. Das Land Niedersachsen
165 prüft derzeit die Reaktivierung dieser Strecken - ei-
166 ne Einbeziehung der Neubaustrecke bzw. der damit
167 verbundenen Regionalbahnhöfe wäre eine giganti-
168 sche Chance für die Verkehrswende und die Regio-
169 nen vor Ort.

170

**Antrag V-
Jusos Bezirk Hannover****Die Verkehrswende auch auf der Schiene zwischen Hannover und Hamburg realisieren**

1 Die Niedersächsische Landesregierung wird aufge-
2 fordert, den Bestandsausbau und wenn notwendig
3 auch Neubau von Schieneninfrastruktur auf der Ver-
4 bindung Hamburg – Hannover so zu unterstützen,
5 dass diese die notwendigen Kapazitäten für eine er-
6 folgreiche Verkehrswende und den Deutschlandtakt
7 erfüllen.

8 Um diese beiden Anforderungen zu erfüllen, präfe-
9 riert der SPD-Bezirk Hannover dabei den bestands-
10 fernen Streckenneubau.

11

12 Begründung

13 Jeder der schon mal von Hamburg nach Hanno-
14 ver den Schienenverkehr genutzt hat, kennt die alt-
15 bekannten Probleme dieser Strecke. Seien es Zug-
16 ausfälle, Überholungen durch den Fernverkehr, oder
17 massiv verspätete Regionalverkehrszüge. Die Stre-
18 cke ist zu 147% ausgelastet und zählt damit zu den
19 meistbelastendsten Zugstrecken in ganz Deutsch-
20 land. Aus diesem Grund hat sich das Land Nieder-
21 sachsen mit dem Bund dazu entschieden die Strecke
22 2029 für ein Jahr zu sperren und komplett zu sanie-
23 ren (Generalsanierung). Diese Entscheidung unter-
24 stützen wir ausdrücklich, da sie zur Entlastung der
25 Strecke beiträgt. Gleichzeitig ist schon heute klar,
26 dass diese Sanierung alleine nicht dafür sorgen wird,
27 dass mehr Verkehr auf die Schiene verlagert wird.
28 Die notwendigen Schienenkapazitäten für die Ver-
29 kehrswende im Güter- und Personenverkehr sowie
30 die Fahrzeiten für den Deutschlandtakt auf der weit
31 überregional wichtigen Strecke Hamburg - Hanno-
32 ver können nach dem aktuellen Stand der Pläne nur
33 durch den bestandsnahen Ausbau mit Ortsumfah-
34 rungen oder den Bestandsfernen Neubau erreicht
35 werden. Aus den Daten des Trassenvergleichs ergibt
36 sich, dass der bestandsferne Neubau via Soltau-
37 er Heide und Celle mit Abstand die sinnvollste Varian-
38 te ist. Deshalb halten wir es für essentiell, neben der
39 Generalsanierung und kleineren Ausbauten auf der
40 Bestandsstrecke ebenso einen bestandsfernen Neu-
41 bau auf dieser Strecke anzustreben.

42

43 Soziale Gerechtigkeit:

44 Ein Bahnanschluss sorgt auch für soziale Teilhabe.
45 Im Rahmen des Neubaus wird zum einen erheblich
46 mehr Kapazität auf der bestehenden Strecke zwi-

47 schen Hamburg und Hannover frei, wodurch mehr
48 und insbesondere pünktlicher Nahverkehr verwirk-
49 licht werden kann. Zum Anderen können durch ei-
50 nen Neubau Ortschaften an die Schiene angebun-
51 den werden, die zuvor noch keinen oder einen un-
52 zureichenden Anschluss hatten. Darunter fallen die
53 Orte Soltau im Heidekreis und Bergen im Land-
54 kreis Celle. Durch das Deutschlandticket ist es be-
55 reits jetzt kostengünstiger geworden den ÖPNV zu
56 nutzen und durch den Neubau würde es vor allem
57 für Familien auf dem Land, die sich kein Auto leis-
58 ten können möglich werden, soziale Teilhabe zu ge-
59 währleisten um z.B. zu verreisen, Freizeitaktivitäten
60 zu nutzen oder zur Arbeit oder Ausbildung zu pen-
61 deln. Ebenfalls würde dies für Student*innen einen
62 Vorteil mit sich bringen, denn dadurch wäre es mög-
63 lich von zuhause aus zur Hochschule zu pendeln
64 ohne einen Umzug mit angespannten Mietmarkt
65 in einer Großstadt stemmen zu müssen. Das von
66 der Landesregierung unterstützte Schienenverkehrs
67 Konzept 2040+ der LNVG sieht eine solche Möglich-
68 keit des Regionalverkehrs klar vor, wodurch das Land
69 damit ein Bekenntnis zur sozialen Gerechtigkeit im
70 Mobilitätssektor setzten könnte.

71 Klimagerechtigkeit:

72 Nur eine Neubaustrecke kann es langfristig schaf-
73 fen, sowohl im Güter- als auch im Personenverkehr
74 mehr Verkehr auf die Schiene zu verlagern. Diese
75 Verlagerung ist dringend notwendig, um die sta-
76 gnierenden Emissionen im Verkehrssektor effektiv
77 zu senken und damit Deutschlands Beitrag zum
78 Pariser Abkommen und insbesondere zur Einhal-
79 tung des 1,5°C Ziels zu erreichen. Um diese Ziele
80 zu erreichen, wurde von der Bundesregierung der
81 Deutschland-Takt beschlossen. Mit ihm sollen mehr
82 Reisemöglichkeiten, bessere Anschlüsse und kürze-
83 re Fahrzeiten möglich sein. Dieser Deutschland-Takt
84 ist nur mit einem Neubau zwischen Hamburg und
85 Hannover umsetzbar. Dabei dient er nicht nur Fern-
86 reisenden, sondern sorgt auch im Nahverkehr für
87 pünktlichere und häufigere Verbindungen und gera-
88 de auch durch einen schnellen Regionalverkehr auf
89 der Neubaustrecke für eine schnellere Fahrzeit zwi-
90 schen der Heideregion und den Großstädten, was
91 den Anreiz dazu schafft das Auto eher stehen zu
92 lassen. Neben dem Personenverkehr werden durch
93 den Neubau auch Kapazitäten für den Güterver-
94 kehr frei. Dies sorgt auch in diesem Bereich dafür,
95 dass Verkehr effektiv vom LKW auf die Schiene verla-
96 gert wird, wodurch als Nebeneffekt auch die vollen
97 niedersächsischen Bundesstraßen und Autobahnen

98 vom LKW-Verkehr entlastet werden.

99

100 Umwelt:

101 Ein Neubau würde ebenso, im Gegensatz zum
102 ebenfalls diskutierten Bestandsausbau, die Umwelt
103 deutlich weniger belasten. Dies liegt zum einen dar-
104 an, dass eine Neubaustrecke deutlich weniger Na-
105 turschutzgebiete durchschneidet als einen Ausbau
106 der Bestandsstrecke. Zu den betroffenen Gebieten
107 bei einem Bestand Streckenausbau zählen unter an-
108 derem die Lüneburger Ilmenauniederung mit Tier-
109 garten, das Naturschutzgebiet Hohes Holz mit Ketz-
110 heide und Gewässern und das Naturschutzgebiet
111 Dieksbeck. Zum Anderen wären durch einen Neubau
112 deutlich weniger Trinkwasser-Gebiete betroffen, da
113 entlang der bestehenden Strecke siedlungsnah viele
114 Trinkwassergewinnungsgebiete entlang laufen.

115 Wirtschaftliche Faktoren:

116 Durch die bessere Anbindung der Heideregion an
117 die Schiene ergeben sich vielfältige wirtschaftli-
118 che Potenziale. Wissenschaftliche Studien zeigen,
119 dass bei der Schaffung einen neuen Bahnanschluss
120 sich insbesondere auch neue Unternehmen in den
121 Ortschaften ansiedeln. Außerdem erschließen die
122 Bahnanschlüsse auch die Heideregion für den Tou-
123 rismus vollkommen neu, da sich die Fahrzeiten zu
124 Attraktionen wie dem Heide Park in Soltau, der Kart
125 Bahn Bismpingen oder dem Naturpark Wilseder Berg
126 mit dem ÖPNV sehr stark verkürzen. Beide Fakto-
127 ren tragen zum Wirtschaftswachstum der Regionen
128 bei. Uns ist bekannt, dass es einen Neubau punk-
129 tuell für einzelne Unternehmen in Bismpingen auch
130 Nachteile mit sich ziehen könnte, aber diese können
131 im Zweifelsfall durch einen Dialog zwischen Bund,
132 Land und Deutscher Bahn individuell beseitigt wer-
133 den. Bereits heute ist klar, dass nur ein Neubau über-
134 haupt haushaltsrechtlich genehmigungsfähig wä-
135 re, da allein hier das sogenannte Nutzen-Kosten-
136 Verhältnis wirtschaftlich gesehen positiv ausfällt.
137 Das bedeutet, dass ein Neubau die kostengünstigs-
138 te Option für eine Kapazitätssteigerung der Bahn-
139 strecke Hamburg-Hannover ist.

140 Regionale Faktoren:

141 Klar ist auch heute schon, dass trotz der Verlagerung
142 eines Großteils des Fernverkehrs auf die Neubau-
143 strecke die Städte Lüneburg, Uelzen und Celle wei-
144 terhin gemäß Deutschland Takt an den Fernverkehr
145 angebunden bleiben. Mit einer gleichzeitigen Takt-
146 verdichtung im Nahverkehr entstehen ihnen da-
147 durch keine verkehrlichen Nachteile. Diese würden
148 ihnen umso mehr bei einem Ausbau der Bestands-

149 strecke drohen, da hierfür der Nahverkehr über Jahr-
150 zehnte baubedingt eingeschränkt sein würde. Ent-
151 sprechende Beispiele zeigen z.B. Bahnprojekte zwi-
152 schen Nürnberg und Ebensfeld, sowie am Ober-
153 rhein. Außerdem würden durch einen Bestands Stre-
154 ckenausbau die Orte Lüneburg und Uelzen massiv
155 durchschnitten werden, da die Bebauung sehr nah
156 an die Bestandsstrecke gerückt ist, wodurch mehr
157 Menschen im Einzugsgebiet der Trasse von einem
158 Umzug betroffen. Neben den schon angesproche-
159 nen Vorteilen einer Schienenanbindung des Heide-
160 kreises ermöglicht ein Neubau mit Bahnhöfen in
161 Bergen und Soltau auch die Möglichkeit diese mit
162 zu reaktivierbaren Schienenstrecken wie z.B. zwi-
163 schen Celle und Bergen, Celle und Soltau sowie Lü-
164 neburg und Soltau zu verknüpfen. Dies eröffnet den
165 Regionen weitere verkehrliche Vorteile und Anbin-
166 dungen in größere Städte. Das Land Niedersachsen
167 prüft derzeit die Reaktivierung dieser Strecken - ei-
168 ne Einbeziehung der Neubaustrecke bzw. der damit
169 verbundenen Regionalbahnhöfe wäre eine giganti-
170 sche Chance für die Verkehrswende und die Regio-
171 nen vor Ort.

W Wirtschaftspolitik

Antrag W-

SPD-Unterbezirk Göttingen

Forderung nach einem landesweiten Förderprogramm für studentischen Wohnraum

1 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

2

3 „Zur Entlastung des angespannten Wohnungsmark-
4 tes werden die Landesregierung und die sie tragen-
5 den Regierungsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die
6 Grünen aufgefordert, mit den Mittel des Program-
7 mes „Junges Wohnen ein niedersachsenweites För-
8 derprogramm für die Errichtung von
9 1.300 zusätzlichen Wohnheimplätzen für Studieren-
10 de oder Auszubildende mit einem Zuschuss von
11 55.000,00 Euro pro Wohnheimplatz so schnell wie
12 möglich aufzustellen.“

13

14 **Begründung**

15 **Die Wohnungsfrage als zentrale soziale Herausfor-**
16 **derung**

17 Wohnen ist die soziale Frage zurzeit. Hierin sind sich
18 alle sozialorientierte Akteure in der Wohnungswirt-
19 schaft und die Politik im Bund wie im Land Nie-
20 dersachsen einig. Wir haben in dieser Frage kein
21 Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungspro-
22 blem.

23

24 **Bundespolitische Versprechen und Realität**

25 Dies wird vor allem deutlich vor dem Hintergrund
26 vollmundiger Versprechen aus dem Bundestags-
27 wahlkampf 2021 durch den damaligen Bundeskanz-
28 lerkandidaten Olaf Scholz:

29

30 „Gutes bezahlbares Wohnen ist ein soziales Grund-
31 recht. Deutschlandweit planen wir nun 400.000
32 neugebaute Wohnungen pro Jahr - 100.000 davon
33 als Sozialwohnungen. Dafür stellen wir das Geld be-
34 reit - 5 Milliarden Euro allein in dieser Legislatur. Für
35 den SPD-Kanzlerkandidat ist klar: Das muss auch
36 dauerhaft so sein: pro Jahr müssen mindestens eine
37 Milliarde für sozialen Wohnungsbau bereitgestellt
38 werden. ,Vergessen wir nicht: die Hälfte aller Haus-
39 halte in Deutschland hat Anspruch auf einen Wohn-
40 berechtigungsschein. Das muss für uns der Maß-
41 stab sein, wenn wir über geförderten Wohnraum spr
42 echen!111

43 ([https://www.spd.de/aktuelles/detail/news/mehr-
44 wohnungen-fuer-deutschland/23/02/2021](https://www.spd.de/aktuelles/detail/news/mehr-wohnungen-fuer-deutschland/23/02/2021)⁵)

45
46 Hierfür wurde die SPD von vielen Bürgerinnen und
47 Bürgern 2021 gewählt. Sie hatten viele Hoffnungen
48 in diese klar formulierte Botschaft: „400.000 neue
49 Wohnungen pro Jahr.“

50
51 Jedoch stellte nach der erfolgreichen Bildung der
52 Ampelregierung heraus, dass mit Mühe nur knapp
53 200.000 Wohnungen pro Jahr bundesweit neu
54 errichtet werden konnten. Die „Mission Impossi-
55 ble“ bleibt sozialer Wohnungsbau. Die Zahl der ge-
56 förderten Wohneinheiten ist zwar auf
57 49.430 Wohneinheiten gestiegen. Das ist weit ent-
58 fernt von den versprochenen 100.000 Sozialwoh-
59 nungen pro Jahr. Der Präsident des Mieterbundes
60 Lukas Siebenkotten zeigt sich gegenüber ZDFheute
61 alarmiert: „Den Kern des Problems hat die Politik
62 bisher nicht angefasst, denn jährlich fallen mehr als
63 41.000 Sozialwohnungen aus der Preisbindung, bis
64 2035 sind es sogar mehr als eine halbe Million.“
65 ([https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutsch-](https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/baukrise-ziel-400-wohnung-verfehlt)
66 [land/baukrise-ziel-400-wohnung-verfehlt](https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/baukrise-ziel-400-wohnung-verfehlt)⁶
67 [geywitz-100.html](https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/baukrise-ziel-400-wohnung-verfehlt)⁷)

68 **Wohnungsmarkt in Niedersachsen: Anhaltende Kri-**
69 **se**

70 Auch in Niedersachsen ist die Situation nicht viel
71 besser. Laut dem VdW Niedersachsen (dem Woh-
72 nungsverband der kommunalen und genossen-
73 schaftlichen Wohnungsunternehmen) bleibt nur
74 festzustellen: „Denn nach Ansicht des Verbandes
75 fehlen landauf, landab tausende bezahlbare Miet-
76 wohnungen für die arbeitende Mitte unserer Gesell-
77 schaft.“

78 ([https://vdw-online.de/haushalt-2025-sozial-](https://vdw-online.de/haushalt-2025-sozialorientierte-wohnungswirtschaft-fordert-staerkeren)
79 [orientierte-wohnungswirtschaft-fordert-](https://vdw-online.de/haushalt-2025-sozialorientierte-wohnungswirtschaft-fordert-staerkeren)
80 [staerkeren](https://vdw-online.de/haushalt-2025-sozialorientierte-wohnungswirtschaft-fordert-staerkeren)⁸ [fokus-auf-die-arbeitende-mitte](https://vdw-online.de/haushalt-2025-sozialorientierte-wohnungswirtschaft-fordert-staerkeren)⁹)

81
82 Dieser Umstand hat unmittelbare Konsequenzen
83 für die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen. Ei-
84 ne bezahlbare Wohnung zu finden ist in vielen Städ-
85 ten und Gemeinden in Niedersachsen inzwischen
86 existenzbedrohend geworden. Deshalb musste die
87 Landesregierung in Niedersachsen reagieren und im
88 Dezember 2024 folgenden Beschluss fassen:

89
90 „Das Landeskabinett hat am (heutigen) Dienstag
91 ‚grünes Licht‘ für zwei Verordnungen gegeben, mit
92 denen die Zahl der Kommunen, in denen es ei-
93 nen ‚angespannten Wohnungsmarkt‘ gibt, deut-
94 lich erhöht wird. Waren dies bisher 18, sind es
95 künftig 57 Städte und Gemeinden. Dort, wo der

96 Wohnungsmarkt nach einem von der Landesregie-
97 rung in Auftrag gegebenen Gutachten angespannt
98 ist, finden zum einen besondere mieterschützen-
99 de Bestimmungen und zum anderen die Rege-
100 lungen des Bundes-Baulandmobilisierungsgesetzes
101 Anwendung.”

102 <https://www.stk.niedersachsen.de/startseite/pres->
103 [seinformation](https://www.stk.niedersachsen.de/startseite/pres-) [en/deutlich-mehr-kommunen-](https://www.stk.niedersachsen.de/startseite/pres-)
104 [in¹⁰](https://www.stk.niedersachsen.de/startseite/pres-) [niedersachsen-können-mietpreisbremse-](https://www.stk.niedersachsen.de/startseite/pres-)
105 [einsetzen-238150.htm](https://www.stk.niedersachsen.de/startseite/pres-) |¹¹

106

107 Das in der Liste der betroffenen Städte viele Hoch-
108 schulstädte - darunter natürlich auch Göttingen -
109 aufgeführt sind überrascht nicht, dass jedoch der
110 Flecken Bovenden mit der Ziffer 30 gelistet wird da-
111 gegen schon.

112

113 **Auswirkungen auf Studierende und den allgemei-** 114 **nen Wohnungsmarkt**

115 Damit ist klar: Der stark angespannte Wohnungs-
116 markt in Göttingen strahlt inzwischen ins Umland
117 aus. Vor allem bei Drei- und Mehrzimmerwohnun-
118 gen verlieren z.B. die Alleinerziehenden mit Kindern
119 gegen studentische Wohngemeinschaften, da diese
120 insgesamt ein höheres Budget für die Miete aufbrin-
121 gen können und damit die preisgünstigen Wohnun-
122 gen vom Markt verschwinden.

123 Zudem werden die Mittel aus dem Bundespro-
124 gramm „Junges Wohnen in Niedersachsen nur
125 schleppend abgerufen, da die Förderkonditionen
126 vollkommen unzureichend sind. Das Programm
127 „Junges Wohnen ist Teil des sozialen Wohnungsbaus
128 mit dem Ziel, die Wohnsituation von Studierenden
129 und Auszubildenden durch Schaffung neuer Wohn-
130 heimplätze zu verbessern. Hierfür stellt der Bund
131 den Ländern Finanzhilfen zur Verfügung.

132

133 **Beispiel Baden-Württemberg: Erfolgreiches Förder-** 134 **programm**

135 Eine Entlastung des Wohnungsmarktes ist dringend
136 notwendig, wir müssen jetzt schnell als SPD ins
137 Handeln kommen. Die bisherigen Förderprogramme
138 zum „Jungen Wohnen sind unzureichend.

139 Dies hat das Land Baden-Württemberg erkannt: Das
140 Land Baden-Württemberg schafft mehr Wohnraum
141 für Studierende: Im Rahmen des Programms „Jun-
142 ges Wohnen“ erhalten die Studierendenwerke einen
143 Zuschuss von 55.000 Euro pro neuem Wohnheim-
144 platz. Damit entstehen - zu den aktuell von den Stu-
145 dierendenwerken verwalteten knapp 34.000 Wohn-
146 heimplätzen - in den kommenden Jahren landes-

147 weit mehr als
148 1.300 neue Plätze, die zu günstigen Mieten angebo-
149 ten werden.

150

151 Die ersten Förderbescheide wurden bereits von den
152 Regierungspräsidien versandt, weitere folgen bis
153 Weihnachten. Insgesamt stellt das Wissenschafts-
154 ministerium bis 2029 über 70 Millionen Euro für den
155 Bau neuer Wohnheime bereit. Das Wissenschafts-
156 ministerium trägt hiervon rund zehn Millionen Euro,
157 die restlichen Gelder kommen aus Bundesmitteln.
158 Baden-Württembergs Wissenschaftsministerin Pe-
159 tra Olschowski sagte: ‚Bildung ist unsere wichtigste
160 Ressource. Sie muss für alle zugänglich sein. Günsti-
161 ge Wohnheimplätze sind entscheidend, um Studie-
162 renden gleiche Chancen zu bieten - unabhängig von
163 ihrer finanziellen Situation. Gleichzeitig stärken wir
164 damit die Internationalisierung unserer Hochschu-
165 len‘. Die Ministerin betonte dabei die zentrale Rolle
166 der Studierendenwerke: ‚Sie sind zuverlässige Part-
167 ner des Landes und leisten mit ihren campusnahen
168 und bezahlbaren Wohnangeboten einen wichtigen
169 Beitrag zur sozialen Förderung der
170 Studi erenden.¹¹¹

171 ([https://www.baden-wuerttemberg.de/de/ser-](https://www.baden-wuerttemberg.de/de/ser-vice/presse/pressemitteilung/pid/land-foerdert-bau)
172 [vice/presse/pressemitteilung/pid/land-foerdert-](https://www.baden-wuerttemberg.de/de/ser-vice/presse/pressemitteilung/pid/land-foerdert-bau)
173 [bau](https://www.baden-wuerttemberg.de/de/ser-vice/presse/pressemitteilung/pid/land-foerdert-bau)¹² von-ueber-1300-neuen-wohnheimplaetzen-1
174 ¹³⁾

175

176 **Forderung: Niedersachsen muss nachziehen**

177 Der Ortsverein Bovenden fordert daher die Landes-
178 regierung und die sie tragenden Regierungsfraktio-
179 nen auf, ein analoges Förderprogramm für Nieder-
180 sachsen aus den Mitteln des
181 „Jungen Wohnen auf den Weg zu bringen, mit einer
182 Bindung von 50 Jahren für die errichteten Wohn-
183 heimplätze. Vor allem die fünf Studierendenwerke
184 in Niedersachsen sind geborene Partner für die Um-
185 setzung eines solchen Programms. Studierenden-
186 werke und andere Träger von Wohnraum für jun-
187 ge Menschen wie Studierende und Auszubilden-
188 de erfüllen eine dauerhafte gemeinwohlorientier-
189 te Aufgabe. Im Gegensatz zu anderen Wohnungs-
190 unternehmen bleiben ihre Wohnungen langfristig
191 für diese Zielgruppe reserviert. Eine Verlängerung
192 der Bindungsdauer ist daher sinnvoll und notwen-
193 dig. Während andere geförderte Wohnungen nach
194 Ablauf der Bindung auf den freien Markt überge-
195 hen können, bleibt Wohnraum für junge Menschen
196 immer zweckgebunden. Eine Anpassung der Bin-
197 dungsdauer spiegelt diese Besonderheit wider und

198 schafft Gerechtigkeit innerhalb der Wohnraumför-
 199 derung. Studierendenwerke und ähnliche Einrich-
 200 tungen sind keine renditeorientierten Unterneh-
 201 men, sondern öffentliche oder gemeinnützige Trä-
 202 ger. Eine längere Bindungsdauer stellt sicher, dass
 203 ihre Investitionen nachhaltig genutzt werden kön-
 204 nen, ohne dass eine Umwidmung oder teure An-
 205 schlussförderung notwendig wird.

⁵<https://www.spd.de/aktuelles/detail/news/mehr-wohnungen-fuer-deutschland/23/02/2021>

⁶<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/baukrise-ziel-400-wohnung-verfehlt-geywitz-100.html>

⁷<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/baukrise-ziel-400-wohnung-verfehlt-geywitz-100.html>

⁸<https://vdw-online.de/haushalt-2025-sozial-orientierte-wohnungswirtschaft-fordert-staerkeren-fokus-auf-die-arbeitende-mitte/>

⁹<https://vdw-online.de/haushalt-2025-sozial-orientierte-wohnungswirtschaft-fordert-staerkeren-fokus-auf-die-arbeitende-mitte/>

¹⁰<https://www.stk.niedersachsen.de/startseite/presseinformationen/deutlich-mehr-kommunen-in-niedersachsen-konnen-mietpreisbrems.html>

¹¹<https://www.stk.niedersachsen.de/startseite/presseinformationen/deutlich-mehr-kommunen-in-niedersachsen-konnen-mietpreisbrems.html>

¹²<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/land-foerdert-bau-von-ueber-1300-neuen-wohnheimplaet>

¹³<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/land-foerdert-bau-von-ueber-1300-neuen-wohnheimplaet>

Antrag W-

SPD-Ortsverein Nordstemmen

Leerstand von Wohnimmobilien zeitlich begrenzen

1 Wohnraum ist knapp, besonders in den Ballungsräu-
 2 men – aber es stehen gleichzeitig fast 2 Mio Woh-
 3 nungen leer.
 4 Jede/r von uns kennt Häuser, die seit Jahren nicht
 5 genutzt werden, aber auch nicht verkauft werden,
 6 damit jemand anderes es nutzen kann. Das ist we-
 7 der dem Wohnungsmarkt noch dem Ortsbild zu-
 8 träglich.
 9 Es ist verständlich, dass z.B. bei einem Wohnort-
 10 wechsel oder dem Tod der EigentümerInnen erstmal
 11 geschaut wird, was passiert mit dem Objekt. Gibt
 12 es Eigenbedarf, soll vermietet oder verkauft werden.
 13 Aber nach 5 Jahren sollte eine Entscheidung getrof-
 14 fen werden, damit der Wohnraum wieder genutzt
 15 wird.
 16 Wer Häuser oder Wohnungen als Investitionsobjekt
 17 erwirbt, sollte auch ebenfalls verpflichtet werden,
 18 den Wohnraum spätestens nach 2 Jahren zu nutzen,
 19 statt sie leer stehen zu lassen.

**Antrag W-
SPD-Unterbezirk Diepholz****Gesetzliche Pflicht zur Breitbandanbindung von Neubaugebieten**

1 Die SPD setzt sich auf Bundesebene dafür ein,
2 dass im Telekommunikationsgesetz (TKG) eine ge-
3 setzliche Verpflichtung verankert wird, wonach al-
4 le neu erschlossenen Wohn- und Gewerbegebiete
5 te mit leistungsfähigen Internetanschlüssen ausge-
6 stattet werden müssen. Dabei ist ein Anschluss an
7 ein Glasfasernetz oder eine vergleichbare zukunfts-
8 fähige Technologie sicherzustellen. Der Breitband-
9 anschluss muss spätestens mit der baulichen Fertig-
10 stellung der Gebäude verfügbar sein.
11 Zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des
12 Internetanschlusses müssen die Mindestanfor-
13 derungen an den Internetzugangsdienst nach
14 der Telekommunikationsmindestversorgungs-
15 verordnung (TKMV), welche in ihrer Bandbreite
16 nach heutiger Internetnutzung weder zeitgemäß
17 noch zukunftsfähig sind, deutlich angehoben
18 werden. Während nach TKMV die zurzeit gültigen
19 Bandbreite-Anforderungen lediglich 15,0 Megabit
20 pro Sekunde im Download sowie 5,0 Megabit pro
21 Sekunde im Upload betragen, ist eine Erhöhung
22 auf 100 Megabit pro Sekunde (Download) bzw.
23 auf 50 Megabit pro Sekunde (Upload) erforderlich,
24 um eine leistungsfähige digitale Infrastruktur
25 flächendeckend sicherzustellen.

26

27 Begründung

28 Eine moderne digitale Infrastruktur ist Grundvor-
29 aussetzung für gleichwertige Lebensverhältnisse,
30 wirtschaftliche Entwicklung und soziale Teilhabe.
31 Dennoch kommt es auch heute noch vor, dass Neu-
32 baugebiete ohne angemessene Internetanbindung
33 geplant oder erschlossen werden. Dies führt zu er-
34 heblichen Nachteilen für die Anwohnerinnen und
35 Anwohner sowie zu späteren, deutlich teureren
36 Nachrüstungen.
37 Ein gesetzlich geregelter verpflichtender Internet-
38 anschluss für Neubaugebiete ist daher notwendig,
39 um Planungsfehler zu vermeiden und dem Ziel der
40 flächendeckenden digitalen Versorgung gerecht zu
41 werden. Gerade in ländlichen Räumen ist der Glas-
42 faserausbau für die Zukunftsfähigkeit und die Wah-
43 rung von gleichwertigen Lebensverhältnissen ent-
44 scheidend. Wie bei der Versorgung mit Strom, Wär-
45 me, Wasser und Abwasser muss auch der Internet-
46 zugang zur Grundversorgung gehören – und ent-

47 sprechend rechtlich abgesichert sein.

Antrag W-

SPD-Unterbezirk Holzminden

Verbrauchertransparenz bei Produktveränderungen

1 Der Parteitag möge beschließen:

2

3 Hersteller und Vermarkter von Lebensmitteln wer-
4 den verpflichtet, Änderungen der Gewichtsmenge
5 und/oder der Rezeptur ihrer Produkte für mindes-
6 tens sechs Monate deutlich sichtbar auszuweisen.
7 Die Kennzeichnung muss in einer Schriftgröße erfol-
8 gen, die der größten sonst auf der Verpackung ver-
9 wendeten Schrift entspricht. Dies gilt auch für Fäl-
10 le des „Rebrandings“, bei denen ein verändertes Pro-
11 dukt mit leicht verändertem Namen unter zeitnaher
12 Produktionseinstellung des Ursprungsprodukts auf
13 den Markt gebracht wird.

14

15 Begründung

16 Die Lebensmittelpreise steigen seit einiger Zeit rapi-
17 de. Noch gravierender als die
18 Preissteigerung selbst wirkt auf Verbraucher jedoch
19 die gezielte Intransparenz vieler Hersteller. Durch
20 „Shrinkflation“ werden Verpackungen so gestaltet,
21 dass eine gleichbleibende oder sogar größere Füll-
22 menge suggeriert wird, während der tatsächliche
23 Inhalt reduziert wird. „Skimflation“ ersetzt hoch-
24 wertige Zutaten durch billigere Alternativen – oft
25 ohne Hinweis auf die Veränderung. Der Preis bleibt
26 gleich oder steigt sogar, begleitet von Werbeslogans
27 zu „verbesserter Rezeptur“ oder „modernisiertem
28 Design“.

29 Diese Praktiken sind rechtlich oft gerade noch zu-
30 lässig, aber sie untergraben das Vertrauen in die
31 Lebensmittelbranche und sorgen für massiven Un-
32 mut. Die Menschen fühlen sich großen Konzernen
33 ausgeliefert, die mit Trickereien ihre Gewinnmar-
34 gen erhöhen. Die Maßnahme schafft Klarheit, ver-
35 hindert Irreführung und stellt sicher, dass Verbrau-
36 cher eine informierte Kaufentscheidung treffen kön-
37 nen. Faire Geschäftsmodelle haben nichts zu ver-
38 bergen – es ist Zeit, dass Hersteller Verantwortung
39 übernehmen.

40